

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t N r . 1

über d i e G e m e i n d e r a t s s i t z u n g a m
Mittwoch, dem 10. Februar 1993, um 17 Uhr im Rathaus, Pa-
racelsussaal.

T a g e s o r d n u n g

F r a g e s t u n d e

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Selbständiger Antrag der FPÖ auf Veröffentlichung ei-
nes Informationsregisters über Straßenbenennungen im
Mitteilungsblatt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Formelle Neubeschlußfassung von Hebesätzen - Anpassung
an das Finanzausgleichsgesetz 1993
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 4.) Übertragung von unverbrauchten Voranschlagsansätzen
der AO-Gebarung 1992 in das Haushaltsjahr 1993
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 5.) Überplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 6.) Außerplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 7.) Umbau und Generalsanierung Kindergarten Pestalozzi -
Änderung des Baubeschlusses
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter

- 8.) Vergabe der Holzfußböden für den Umbau Kindergarten Pestalozzi
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 9.) Vergabe der Innenausbauarbeiten (Abhängedecken) für den Umbau Kindergarten Pestalozzi
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 10.) Vergabe der Zimmermannsarbeiten für den Umbau Kindergarten Pestalozzi
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 11.) Errichtung der biologischen Reinigungsstufe bei der Kläranlage Villach - Bauzeit, Finanzierungsplan
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 12.) Regulierung des St. Martiners Baches im Bereich des Grabenweges
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 13.) Grundverkehr 1992 - Erklärung zu Gemeindestraßen
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 14.) Neukategorisierung des Kärntner Straßennetzes im Bereich der L 49 Ossiachersee-Süduferstraße in St. Andrä - Übernahme eines Teilstückes der L 49 in das öffentliche Gut der Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 15.) Michaeler Straße - Mittagkogelweg - Übernahme von diversen Flächen in das öffentliche Gut der Stadt Villach bzw. Auflassung von öffentlichem Gut
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 16.) Feldnerstraße - Klaudio Keil - Grunderwerb aus dem öffentlichen Gut der Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 17.) Stadteigenes Grundstück KG Villach, EZ 2027, Flurnummer 1195, Weißenfelserweg - Verkauf an die Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Kärntner Ges.m.b.H. Neue Heimat
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 18.) Geschützter Grünbestand Petschnigteich - Grundtausch bzw. Grundverkauf
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 19.) Grunderwerb und Grundtausch Adolf Egger - Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter

- 20.) Bebauungsplan westlich der Muldensiedlung
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 21.) Schriftliche Anfragen (§ 38 Villacher Stadtrecht) und
Anträge

Nachtrags-Tagesordnung

- 19a) Grundkauf durch die Stadt Villach von der Volksbank,
Gewerbe- und Handelsbank Kärnten AG, Grundstücke
54/1, 378/2, Baufläche .81/3 und .301, KG Perau
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter

Pkt. 20.) Bebauungsplan westlich der Muldensiedlung
wird zurückgestellt.

A n w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

2. Vizebürgermeister Hans-Peter Binter

Stadtrat Walter Ladstätter

Gemeinderat Dr. Josef Löberbauer
für Stadtrat Franz Pacher

Stadtrat Matthias Smoliner

Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar

Stadtrat Ing. Gerd Klamt

Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

GR Prof. Mag. Werner Raup

GR Christian Luser

GR Kurt Pinteritsch

GR Isidor Scheriau

GR Lorenz Samnitz

GR Hilde Schaumberger

GR Monika Obergantschnig
für GR Theodor Maier

GR Harald Sobe

GR Adolf Kopeinig

GR Ludwig Oitzinger
für GR Arch. Ing. Horst Eder

GR Richard Pfeiler

GR Erika Lassnig

GR Dieter Haslinger

GR Ing. Karl Woschitz

GR Direktor Helmut Raup

GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz

GR Günther Stastny

GR Mag. Heinz Maurer

GR Gertrude Vais

GR Johann Ebner

GR Waltraud Rettl

GR Dr. Kurt Assmann
GR Sigrid Steinkellner
GR Ing. Siegfried Andronik
GR Eleonore Schmolinec
für GR Roland Zellot
GR Major Otto Skedl
GR Herwig Zussner
GR Bernhard Plasounig
für GR Dr. Josef Löberbauer
GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl
GR Günter Malle
für GR Friederike Lausegger
GR Johann Kreschischnig
GR Mag. Armin Kaus
für GR Heimo Schlosser
GR Helmut Hinterleitner
GR Franz Grumeth
für GR Mag. Herwig Burian
GR Mag. Hans Haider
GR HR Mag. Karl Henhapl
für GR Josef Spitzer

Magistratsdirektor Dr. Bruno Kathollnig
Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Pühringer
Finanzdirektor Manfred Stampfer
Kontrollamtsdirektor Diemar Bihlo

Schriftführung: Karin Wernig

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Für Stadtrat Franz Pacher (krank) ist sein Vertreter Gemeinderat Dr. Josef Löberbauer, für Gemeinderat Theodor Maier (dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Monika Obergantschnig, für Gemeinderat Ing. Horst Eder (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Ludwig Oitzinger, für Gemeinderat Roland Zellot (dienstlich verhindert - Bundesheer) ist Frau Gemeinderätin Eleonore Schmoliner, für Gemeinderat Dr. Josef Löberbauer ist Gemeinderat Bernhard Plasounig, für Frau Gemeinderätin Friederike Lausegger (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Günter Malle, für Gemeinderat Heimo Schlosser (krank) ist Gemeinderat Mag. Armin Kaus, für Gemeinderat Mag. Herwig Burian (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Franz Grumeth und für Gemeinderat Josef Spitzer (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat HR Mag. Karl Henhapl anwesend.

Sämtliche Vertreter sind bereits vereidigt.

Bürgermeister Manzenreiter fragt, ob zum letzten fertiggestellten Protokoll vom 16.12.1992 und zum vorletzten Protokoll vom 27.11.1992 - Budgetprotokoll im Ausmaß von 344 Seiten - eine Richtigstellung verlangt oder ob Anträge gestellt werden.

Frau Gemeinderätin Rettl bemerkt zum Protokoll als erstes, daß es schon wieder einmal gelungen ist, zwölf Wochen nach der Budgetsitzung verstreichen zu lassen, bis das Protokoll zur Einsicht aufgelegt ist und bis es die Protokollprüfer unterschrieben haben. Das ist eine Vorgangsweise, die nicht mehr zu akzeptieren ist. Ein Protokoll mit dieser Seitenanzahl kann nicht von jedem Gemeinderat, sollte es gewünscht werden, in eineinhalb Tagen durchgelesen werden. Das Protokoll war gestern fertig und wurde heute mittag um 14.20 Uhr vom zweiten Protokollprüfer unterschrieben. Sie hat sich trotzdem die Mühe gemacht, das Protokoll durchzulesen und ist auf Seite 1086 auf einen Satz gestoßen, der ihr anders in Erinnerung war. Daraufhin hat sie sofort im Büro des Bürgermeisters die Korrektur verlangt, die auch durchgeführt wurde. Die ursprüngliche Niederschrift lautete: "Und es wird sich erweisen, mit welcher Vehemenz das Volksbegehren in Villach unterschrieben werden wird oder ob man sich davon distanzieren wird." Das war der letzte Satz der Frau Vizebürgermeisterin zur Gruppe 2. Das Tonbandprotokoll, daß sie daraufhin abgehört hat, lautete wie folgt: "Und es wird sich erweisen, wer in Villach das Volksbegehren in welcher Form und mit welcher Vehemenz dann vertreten, unterschreiben oder sich davon distanzieren wird." Und nun die Frage an Frau Vizebürgermeisterin, wie das zu verstehen ist? Es gibt einen Datenschutz. Wie wird es sich erweisen, wer in Villach das Volksbegehren unterschreiben wird? Wird das kontrolliert, ist es kontrolliert worden, werden die Daten geheim gehalten, werden sie weitergegeben? Es scheint

schon sehr eigentümlich, daß man anscheinend von vornherein die Absicht hat zu kontrollieren, wer das Volksbegehren unterschreiben wird. Das ist dieser Wortmeldung zu entnehmen. Es bleibt zu hoffen, daß die Leute, die sich dazu bekannt haben, keine Repressalien zu erwarten haben.

Bürgermeister Manzenreiter kann Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher das Wort nicht erteilen, weil über das Protokoll hier nicht verhandelt oder inhaltlich diskutiert werden kann. Es hätte die rechtliche Möglichkeit gegeben, einen Abänderungsantrag zu stellen. Nachdem vorher schon der Wunsch geäußert wurde, daß das Protokoll dem Tonband entsprechend geschrieben wird und dem Wunsch sofort nachgekommen worden ist, wurde auch keine Berichtigung mehr beantragt.

Gegen die beiden Protokolle vom 27.11. und 16.12.1992 bestehen keine weiteren Einwendungen; sie gelten somit als genehmigt.

Als Nachtrags-Tagesordnungspunkt wird der Pkt. 19a) Grundkauf durch die Stadt Villach von Volksbank, Gewerbe- und Handelsbank Kärnten AG, Grundstücke 54/1, 378/2, Baufläche .81/3 und .301, KG Perau, Berichterstat-ter: Vizebürgermeister Hans-Peter Binter, aufgenommen.

Der Pkt. 20.) Bebauungsplan westlich der Muldensiedlung wird zurückgestellt.

Die Tagesordnungspunkte 7.) - 10.) müßten eigentlich in vertraulicher Sitzung behandelt werden. Es wird aber vorgeschlagen, daß dieselbe Vorgangsweise gewählt wird, wie beim letzten Mal. Der Gemeinderat erklärt jetzt, daß er auf die Nennung von personenbezogenen Daten dritter

Firmen, die angeboten haben, in der Debatte verzichtet. In diesem Fall könnte, wenn sich der Gemeinderat dazu verpflichtet, die Vertraulichkeit aufgehoben werden.

Stadtrat Ladstätter stimmt dieser Vorgangsweise zu. Es ist nicht notwendig, die Vertraulichkeit auszusprechen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß somit auch die Tagesordnung ohne Widerspruch angenommen wurde.

Als Protokollprüfer werden Gemeinderat Adolf Kopeinig (SPÖ) und Frau Gemeinderätin Waltraud Rettl (FPÖ) bestellt.

Bürgermeister Manzenreiter bittet die Damen und Herren des Gemeinderates, sich für eine kurze Gedenkminute von den Sitzen zu erheben.

Am 5.2. dieses Jahres ist im Alter von 79 Jahren Herr Stadtrat a.D. Hans Regger von uns gegangen. Herr Stadtrat a.D. Hans Regger entstammt einer kärntnerisch-steirischen Familie mit acht Kindern, hat die Realschule in der Steiermark besucht, im Jahr 1938 geheiratet - aus dieser Ehe stammen drei Söhne. Im Krieg diente Herr Hans Regger als Leutnant der Gebirgstruppe in Frankreich und Italien. Danach war er bis zu seiner Pensionierung Privatangestellter. Es soll heute in Erinnerung gerufen werden, daß Herr Stadtrat a.D. Regger im öffentlichen Dienst der Stadt Villach am 8.10.1961 als Gemeinderat Funktionen übernommen hat, ab dem Jahr 1965 Stadtrat und Fraktionsführer der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion

war. In dieser Funktion war er Gewerbereferent und zuständig für den Schlachthof und die Plaktatierung, dies bis zum Jahr 1979.

Für die Gemeinderatswahlen am 25.3.1979 kandidierte Herr Stadtrat a.D. Hans Regger aus Altersgründen nicht mehr.

Darüberhinaus hat Herr Hans Regger die Stadt Villach in verschiedenen Gesellschaften und als Mitglied des Landesschulrates für Kärnten vertreten.

Wir haben dankend zur Kenntnis zu nehmen, daß sich Herr Hans Regger 18 Jahre in den Dienst dieser Stadt und ihrer Bürger gestellt hat. Er war ein Politiker, der nie das Trennende in den Vordergrund gestellt hat, der Kompromisse, wie sie sich aus der politischen Arbeit ergeben, als positive Ergebnisse gewürdigt hat. Wir wollen Dank und Anerkennung aussprechen für seine Leistungen im Interesse der Frauen und Männer in unserer Stadt und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zur Kenntnis genommen.

Beginn der Fragestunde: 17.15 Uhr

Fragestunde

1.) Anfrage von Frau Gemeinderätin Sigrid Steinkellner bezüglich ärztlichen Bereitschaftsdienst

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt folgende Anfrage:

"Seit 1. Jänner 1993 gibt es in Kärnten keinen nächtlichen Bereitschaftsdienst der Ärzte.

Herr Stadtrat Dr. Clar, ich frage Sie, was haben Sie als Gesundheitsreferent der Stadt Villach bisher unternommen, um diesen sozialen Rückschritt, der viele, insbesondere ältere Mitbürger betrifft und in Unruhe versetzt, wieder zu beenden?"

Stadtrat Dr. Clar beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Der erste Satz Ihrer Anfrage ist leider inhaltlich unvollständig und ich erlaube mir, ihn richtigzustellen.

1.) An Samstagen, Sonn- und Feiertagen gab und gibt es aufgrund einer Vereinbarung der Kassen und der Kammer einen Bereitschaftsdienst mit Pauschale, Abrechnung bei Visiten und Kilometergeld.

Die praktischen Ärzte haben sich zur Erleichterung ihrer schweren Dienste bereits vor Jahren zum KÄF (Kärntner Ärztefunkverein) zusammengeschlossen, um dem

ihnen mit dem Eintritt in die freie Praxis beschiedenen Los der Erreichbarkeit rund um die Uhr wenigstens zeitweise zu entgehen.

Als das Rote Kreuz sich nicht mehr imstande sah, diesen Funkdienst durchzuführen, kam diese wertvolle Einrichtung ins Wanken. Die Stadt Villach hat als eine von drei Gemeinden in ganz Kärnten den KÄF immer, auch noch 1992, subventioniert (Villach mit S 50.000,--, Feldkirchen mit S 40.000,-- und Althofen mit S 3.000,--). Im neuen Rettungsgesetz ist nach Meinung der Landesregierung die Abgeltung des KÄF enthalten und Villach bezahlt nach der Pro-Kopf-Quote 50 Prozent dieser Mittel.

Um ein positives Klima für die Verhandlungen Kassen - Kammer zu schaffen, hat das Land Kärnten bis Ende 1992 eine Bereitschaftsdienstpauschale von S 1.000,-- pro Arzt pro Nacht bezahlt unter der Prämisse, daß unter anderem auch einer der Hauptstreitpunkte, die schlechte Honorierung der Nachtvisiten, geregelt wird. In Österreich gibt es nur in Graz und Wien diese Pauschale, bezahlt von der Gebietskrankenkasse und in Wien zum kleinen Teil von der Gemeinde.

- 2.) Weiters gibt es in Villach einen bestfunktionierenden Notarztwagen und jederzeit die Möglichkeit, das Landeskrankenhaus aufzusuchen. Im ländlichen Bereich ist dies wesentlich schwieriger.

Dies alles enthebt uns nicht der Sorge um das Wohlergehen der Bevölkerung, denn zweifelsfrei ist hier eine Lücke entstanden, die es gilt, so rasch wie möglich wieder zu schließen.

Im Städte- und Gemeindebund wurde nicht nur diskutiert, sondern ebenso wie durch Frau LR Achatz wiederholt die Aufforderung an den Bund gerichtet, eine Lösung herbeizuführen.

Alle Parteien des Landtages haben sich dieser Meinung angeschlossen und in Klagenfurt hat die ÖVP und ihr Koalitionspartner, die FPÖ, dem Kollegen Zwick nicht zugestimmt, eine Extra-Honorierung zu bezahlen, da die Meinung vertreten wurde, es könne hier kein Unterschied zwischen den Bürgern einzelner Gemeinden herbeigeführt werden. Ich persönlich habe mit einzelnen und am 28.1.1993 im Rahmen einer Bezirksärzteversammlung mit fast allen Kollegen Gespräche geführt, um Lösungsansätze zu finden.

Leider flatterte inzwischen eine neue Forderung der Kammer nach S 150,-- pro Stunde und dies ab 12 Uhr mittags auf den Tisch. Dies würde ca. S 3.000,-- pro Arzt pro Dienst zuzüglich Visiten etc. bedeuten. Sicherlich eine Maximalforderung, die nicht erfüllt werden kann.

Ich glaube, daß bundesweit neue Modelle gefunden werden müssen, da es einerseits verständlich ist, daß niemand ohne Abgeltung einen Bereitschaftsdienst versehen will, andererseits aber ein reales Maß der Dinge gefunden werden muß. Ich werde mich weiterhin massiv mit diesem Problem beschäftigen und hoffe, daß ein Konsens mit allen Beteiligten baldmöglichst gefunden wird. Bis dahin möchte ich den Ärzten für ihre Leistungen, die sie derzeit im sogenannten Hintergrunddienst erbringen, herzlich danken."

Erste Zusatzfrage:

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt nach dieser Antwort fest, daß Stadtrat Dr. Clar in dieser Beziehung sehr wenig bzw. nichts unternommen hat. Er besitzt als Gesundheitsreferent sehr wenig Durchsetzungsvermögen, denn er hätte längst aktiv werden sollen und sich beim Bürgermeister und bei der Finanzreferentin dafür einsetzen müssen, daß die finanziellen Mittel für den ärztlichen Bereitschaftsdienst in Villach umgehend bereitgestellt werden. Wenn nun erklärt wird, daß der Notarztdienst am Wochenende funktioniert, dann werden bewußt Äpfel mit Birnen verwechselt. Damit wird versucht, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen. So geht es nicht. Stadtrat Dr. Clar weiß als Arzt genau, daß zwischen Bereitschaftsdienst und Notarztdienst ein hoher Unterschied besteht. Jeder kranke, insbesondere ältere Bürger in Villach hat ein Recht darauf, daß er jederzeit einen praktischen Arzt erreichen kann. Der derzeitige Stand kommt einem enormen sozialen Rückschritt gleich. Wenn die Stadt Villach eine Million Schilling für Reliefs in der Zeremonienhalle am Waldfriedhof ausgibt, wobei alle bei dieser Entscheidung mitgestimmt haben, so muß von ihr der ärztliche Bereitschaftsdienst, welcher in etwa gleichviel im Jahr kosten würde, selbstverständlich auch übernommen werden. Tote haben von einer Million nichts mehr, aber Lebenden wird damit geholfen. Die FPÖ-Fraktion bringt daher einen diesbezüglichen Antrag ein, der kurz verlesen werden soll.

Bürgermeister Manzenreiter bittet Frau Gemeinderätin Steinkellner, die Frage zu stellen. Die Fragestunde, das kann im Stadtrecht nachgelesen werden, geht davon aus, daß Fragen zu stellen sind. Der Antrag kann

dann jederzeit eingebracht werden. Das was keine Belehrung, vielmehr hat der Vorsitzende gewisse Aufgaben wahrzunehmen.

Frau Gemeinderätin Steinkellner richtet die Frage an den Referenten, wann er endlich seine Inaktivität aufgeben wird oder ob er aufgrund seiner Doppelfunktion als Oberarzt im LKH und als Stadtrat in Villach überfordert ist.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß somit zwei Fragen gestellt wurden und bittet Stadtrat Dr. Clar, beide Fragen zu beantworten.

Stadtrat Ladstätter gibt den Antrag der FPÖ-Fraktion ab.

Stadtrat Dr. Clar stellt fest, daß sich Frau Gemeinderätin Steinkellner mit der Materie überhaupt nicht beschäftigt hat. Im Sozialausschuß hatte es den Anschein, als würde sie sich damit auseinandersetzen. Sie hat das in keiner Weise getan. Es wird ihm vorgeworfen, er würde Notarztwagen und nächtlichen Ärztebereitschaftsdienst verwechseln. Der Notarztwagen ist eine Funktion, die vom Roten Kreuz gestellt wird, wobei der Arzt vom Land bezahlt wird. Der Notarztwagen ist rund um die Uhr von Montag bis Sonntag immer im Einsatz. Das eine hat mit dem anderen nur insofern zu tun als es der Rettung obliegt, je nach Schweregrad der Erkrankung, des Unfalles etc., den Notarzt zu verständigen. Das ist eine Einrichtung, die mit und ohne ärztliche Bereitschaft nicht mehr wegzudenken ist, da sie ein elementarer Bestandteil unseres Rettungswesens und daher sehr wichtig ist. Diese Einrichtung hat schon vielen Menschen das Leben gerettet hat. Das ist das eine. Das andere ist der Bereitschaftsdienst der Ärzte.

Dieser Bereitschaftsdienst der Ärzte funktioniert und ist an Samstagen, Sonntagen und an Feiertagen gegeben. Von Montag bis Freitag ist dies nicht der Fall. Die Basis dieses Bereitschaftsdienstes ist der KÄF - der Ärztefunkdienst. Diese beiden Dinge sind untrennbar verbunden, beides muß geregelt werden. Die Basis für einen funktionierenden Notarzt-, Ärztenachtdienst oder Bereitschaftsdienst ist der Funkdienst. Villach hat diesen Funkdienst immer unterstützt und ist auch bereit, ihn weiter zu unterstützen. Das wird nun im Rahmen des Landesrettungsgesetzes geschehen.

Er hat den Kollegen in der Bezirksärzteversammlung detaillierte Vorschläge unterbreitet, mit ihnen darüber gesprochen und Ideen mit ihnen entwickelt. Die Kollegen waren der Meinung, daß sie nicht eine einzelne Lösung, sondern eine Regelung über die Kammer möchten. Sie werden sich die Vorschläge überlegen und sich dann wieder mit ihm zusammensetzen. Er ist jederzeit zu diesem Gespräch bereit. Kein Arzt kann zu einem Dienst verpflichtet werden. Man kann ihm nur ein Angebot machen. Jetzt liegt die Forderung der Ärztekammer als Verhandlungsgrundlage auf dem Tisch. Weiters laufen Verhandlungen über den Städtebund und den Gemeindebund. Obwohl eine zumindest kärntenweite Lösung anzustreben ist, gab es zusätzlich Gespräche mit den Kollegen, ob man nicht für Villach eine Lösung finden könnte. Auf lange Sicht gesehen ist jedoch eine Lösung aller Gemeinden, aller Kommunen anzustreben. Ideen gibt es viele, aber es hat keinen Sinn, hier über die Bezirksärzteversammlung zu berichten. Es ist nun Sache der Kammer und der Kollegen, auf diese Ideen einzugehen und die Gespräche weiterzuführen.

Zur Überforderung muß gesagt werden, daß diese Frage nicht von Frau Gemeinderätin Steinkellner entschieden werden kann. In dieser Angelegenheit können ihm keine Säumnis und keine Sachprobleme vorgeworfen werden. Die Tätigkeit in der Frage der Bereitschaftsdienste ist von der Stadt Villach bisher so gehandhabt worden, wie es in allen Kommunen der Fall ist. Allein der Bereich Treibach hat bis Ende Jänner eine vorübergehende Lösung gefunden, die aber auch mit Ende Jänner wieder eingestellt worden ist.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bittet Bürgermeister Manzenreiter, noch eine zweite Zusatzfrage stellen zu dürfen, da ihrer Meinung nach erst eine Zusatzfrage gestellt wurde.

Zweite Zusatzfrage:

Frau Gemeinderätin Steinkellner ist mit der Antwort von Stadtrat Dr. Clar nicht zufrieden. In der Kronen Zeitung vom vorigen Tag kann nachgelesen werden, was die Ärzte zu diesem Thema sagen. Die zweite Zusatzfrage lautet, ob Stadtrat Dr. Clar Frau Landesrätin Achatz dazu auffordern wird, die Studie des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, welche die Zuständigkeit der Gemeinden bezüglich des Bereitschaftsdienstes enthält, nicht in ihrer Schreibtischlade zu verstecken, sondern dieselbe umgehend auf den Tisch zu legen. Oder gibt es auch hier für den Sozialreferenten der zweitgrößten Stadt Kärntens keine Verpflichtung dazu?

Stadtrat Dr. Clar wird die Studie bei Frau Landesrätin Achatz urgieren. Er kann nicht nachvollziehen, ob sie bei ihr im Schreibtisch liegt und weiß nicht, ob Frau Gemeinderätin Steinkellner die Schreibtischladen von

Frau Landesrätin Achatz kennt. Sollte die Studie dort liegen, bekommt der Gemeinderat sie sicherlich zur Verfügung gestellt.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß ihm diese Studie von Juristen erläutert worden ist. Sie kommt zu einem anderen Ergebnis, als es Frau Gemeinderätin Steinkellner dem Gemeinderat mitgeteilt hat. Sie ist nicht geheim, sondern liegt dem Städtebund, dem Gemeindebund und anderen vor. Der Bund hat die Kompetenz-Kompetenz, diese Frage zu regeln, was er nicht getan hat. Wenn der Bund regelnd eingreifen würde, dann wäre die Gemeinde zuständig. Das ist die Situation, von der das Gutachten des Bundeskanzleramtes ausgeht und es ist derzeit nicht zu erwarten, daß der Bund hier regelnd eingreifen wird.

Die Anfrage Nr. 1/1993 von Herrn Gemeinderat Ing. Siegfried Andronik betreffend Abhöraffaire konnte dem zuständigen Referenten, Herrn Bürgermeister Manzenreiter, nicht rechtzeitig zugestellt werden, da er sich im Krankenstand befand.

Die Anfrage Nr. 3/1993 von Herrn Gemeinderat Dr. Josef Löberbauer betreffend Klubsekretär der SPÖ - Büro im Rathaus ist am 3.2.1993 im Büro des Bürgermeisters eingelangt und wurde vom zuständigen Referenten, Herrn Vizebürgermeister Binter, am 5.2.1993 übernommen.

Ende der Fragestunde: 17.35 Uhr

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Olympische Spiele - Bewerbung 2002

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß sich der Stadtsenat am Vormittag auch mit der Frage der weiteren Vorgangsweise und der Behandlung einer eventuellen Bewerbung um Olympische Spiele für das Jahr 2002 befaßt hat und möchte diese erläutern. Kurz ein paar Worte zur Entwicklung. Die Stadt Villach hat sich, ausgehend vom damaligen Fremdenverkehrsdirektor Dr. Wanker mit der Idee befaßt, eine Drei-Länder-Bewerbung Italien, damals Jugoslawien und Österreich vorzunehmen. Dies geschah vor dem Hintergrund des kalten Krieges, vor dem Hintergrund Ost-West, vor dem Hintergrund der unterschiedlichen politischen Systeme. Diese Idee fand europaweite Beachtung in den Medien und ist damit in ihrer Verfolgung dem gerecht geworden, was man wollte. Man hat die Stadt Villach, den Wintertourismus und ähnliches in die Medien Mitteleuropas gebracht. Das waren die Motive am Beginn. Die Idee ist weiterverfolgt worden. Es wurden Komitees gegründet und der Gemeinderat der Stadt Villach hat beschlossen, sich für die Austragung der Olympischen Spiele 1998 zu bewerben. Dieser Termin ist weitestgehend vergeben. Die Drei-Länder-Bewerbung konnte nicht erfolgreich sein, da die Statuten des Internationalen Olympischen Komitees dagegen gesprochen haben, daß sich drei Länder, drei Städte bewerben und da sich entgegen der Beschlußfassung des Nationalen Olympischen Komitees Österreichs und des Nationalen Olympischen Komitees damals Jugoslawiens, das Italienische Olympische Komitee für das Aosta-Tal ausgesprochen hat.

Das Aosta-Tal hat sich dann in einer Volksbefragung oder Volksabstimmung durch die Bevölkerung gegen diese Bewerbung ausgesprochen.

Die Idee der Olympischen Winterspiele wird von vielen Kreisen in Kärnten, in Friaul/Italien und in Slowenien aus unterschiedlichen Motiven weiter verfolgt. Es gibt Anhänger und Gegner dieser Idee. Das geht quer durch die Bevölkerung, quer durch alle politischen Parteien. Nach rund zehn Jahren ist die Zeit vorbei, in der man die Verfolgung dieses Zieles nur mehr aus rein touristisch-werblicher Motivation sehen soll und sehen kann, denn dieser Bereich ist vermutlich ausgereizt. Es wird vorgeschlagen, daß sich der Gemeinderat der Stadt Villach am 24.3.1993 in einer Sitzung für oder gegen eine Bewerbung der Stadt Villach für das Jahr 2002 ausspricht. Ein weiteres Eingehen in diese Materie bedeutet sehr hohe Kosten. Bis zum 24.3. soll es Hearings geben, zu denen die Gemeinderäte und die Bevölkerung eingeladen sind und bei denen von Pro- und Contrarednern Informationen aus touristischer und raumplanerischer Sicht, über Vor- und Nachteile und über die Auswirkungen einer derartigen Großveranstaltung für die Stadt gebracht werden. Wenn den Bürgern nicht veranschaulicht werden kann, was sich durch die Olympischen Spiele für den Bürger und die Stadt insgesamt verbessert, so könnte man sich von vornherein dagegen aussprechen. Wenn der Gemeinderat zu einem "Nein" kommt, so sollte man in die Bewerbung keine weiteren Mittel mehr investieren und sie beenden. Sollte der Gemeinderat zu einem "Ja" kommen, so müßten am 24.3.1993, entsprechende Anträge würden vorgelegt werden, rasch Gutachten in Auftrag gegeben werden, die bisher aus Kostengründen nicht in Auftrag gegeben wurden. Er müßte eine Informationskampagne für die Bevölkerung beschließen, es müßte, da so eine Entscheidung nicht nur vom Gemeinderat, sondern nur von der Gesamt-

bevölkerung getragen werden kann, eine Volksbefragung mitbeschlossen werden. Es gibt in Österreich einen zweiten Bewerber, und zwar die Stadt Innsbruck und das Land Tirol. Dort liegt ein entsprechender Stadtsenatsbeschluß für eine Bewerbung bereits vor. Es wird auch einen positiven Beschluß des Gemeinderates geben und im Oktober des Jahres 1993 wird auch in Innsbruck eine Volksbefragung durchgeführt werden. Heute sollte nicht über Olympia "Ja" oder "Nein" diskutiert, sondern diese Vorgangsweise gewählt werden. Es wäre vermutlich auch sinnvoll, in den nächsten Tagen mit dem Chef des Österreichischen Olympischen Komitees, Dr. Wallner, Kontakt aufzunehmen, um seine Meinung in dieser Angelegenheit zu hören. Er muß sich eine Meinung bilden, um für die Stadt Villach ein klares Bild zu bekommen. Das Ziel ist, diese nunmehr zehn Jahr währende Bewerbung, die immer wieder aufgefrischt wurde, entweder einschlafen zu lassen, wenn es zu einem "Nein" kommt, oder diese Bewerbung mit aller Kraft zu verfolgen. Das wird der Gemeinderat in erster Linie vorerst zu beraten und dann zu beschließen haben und hiefür wird als Termin der 24.3. dieses Jahres vorgeschlagen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
b) Sitzungstermine

Die nächsten Gemeinderatssitzungen finden am 24.3.1993 um 17.00 Uhr und am 25.6.1993 um 14.30 Uhr (Jahresrechnung) statt.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
c) Offizielles Ergebnis der Volks-
zählung 1991

folg. 1

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß das offizielle Endergebnis der Volkszählung des Jahres 1991 der Stadt nunmehr seitens des Statistischen Zentralamtes mit 54.640 mitgeteilt wurde.

Auf Grund dieses endgültigen Ergebnisses hat die Stadtbevölkerung seit dem Jahre 1981 um 1.948 Personen oder um 3,7 % zugenommen. Damit liegt die Bevölkerungszunahme in Villach an der Spitze der österreichischen Statutarstädte (an 2. Stelle: Salzburg mit 3,3 %, an 3. Stelle: Wels mit 3,0 %). Klagenfurt hat um 2,4 % zugenommen (89.415 Einwohner). Im Durchschnitt haben die Kärntner Städte um 2,6 % zugenommen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
d) Endgültiges Ergebnis zum Volks-
begehren "Österreich zuerst"

Blg. 2

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß die Bezirkswahlbehörde Villach-Stadt zum in der Zeit vom 25. Jänner bis 1. Feber 1993 stattgefundenen Volksbegehren "Österreich zuerst" in ihrer Sitzung am 2.2.1993 folgendes Eintragungsergebnis bestätigt hat:

Stimmberechtigt waren insgesamt 41.250 Villacherinnen und Villacher, davon 18.614 Männer und 22.636 Frauen.

Insgesamt wurden 5.012 gültige Eintragungen vorgenommen, was einer Beteiligung von 12,15 % entspricht.

Frau Gemeinderätin Steinkellner möchte sich bei Bürgermeister Manzenreiter, "Bürgermeister aller Villacher", dafür bedanken, daß er öffentlich seine nicht sehr demokratische Vorgangsweise bei der Installierung des Eintragungslokales des Volksbegehrens "Österreich zuerst" bewiesen hat. Trotz schikanöser Versuche, den Bürgern der Stadt das Unterschreiben des Volksbegehrens zu erschweren, haben über 5.000 Villacherinnen und Villacher Zivilcourage bewiesen und von ihrem demokratischen Recht Gebrauch gemacht. Das Eintragungslokal war, wie bereits erwähnt, im dritten Stock eines Nebengebäudes. Für übersichtliche und erkennbare Beschilderung des magistratseigenen Wahlamtes wurde ebenfalls nicht gesorgt. Der Lift zum Eintragungslokal ist lediglich für eine Kapazität von vier Personen zugelassen, zudem war er durch zahlreiche Störfälle öfters außer Betrieb. Vor allem älteren Bürgern wurde beschwerliches Treppensteigen zugemutet. Das Eintragungslokal war

nicht behindertengerecht, Rollstuhlfahrer konnten den viel zu kleinen Lift nicht benützen. Das sind Fakten und Tatsachen.

Viele der Parteifreunde des Herrn Bürgermeisters haben, wie von diesen selbst Mitgliedern der FPÖ-Fraktion erklärt wurde, dieses Volksbegehren unterschrieben. Herr Bürgermeister kann sich aber heute schon sicher sein, daß diese mündigen Menschen, wie auch alle übrigen Bürger Villachs die gesehen haben, wie Druck von sozialistischer Seite ausgeübt wird, sich bei den nächsten Wahlen bei ihm dafür bedanken werden, indem sie eine Partei, die neuerdings das Wort Demokratie in ihre Parteibezeichnung aufgenommen hat, nicht mehr wählen werden. Für diese Wahlhilfe der SPÖ-Fraktion sei heute schon recht herzlichst gedankt.

Gemeinderat Samnitz ist der Meinung, daß sich Frau Gemeinderätin Steinkellner diese Wortmeldung hätte ersparen können. Auf dem Blatt, das den Villacher Bürgern zugeschickt wurde, steht genau das, was sie gesagt hat. Er würde die einzelnen Punkte gerne näher durchleuchten. Die Mitglieder der FPÖ-Fraktion möchten Villach in die Rolle des Opfers drängen, obwohl sie eigentlich die Täter sind, die mit einem Volksbegehren gespielt haben, die mit der Angst der Bevölkerung gespielt haben und auf den Bauch gefallen sind. In dem Flugblatt ist die Rede von Einschüchterungsversuchen durch Medien, Gewerkschaften, politische Parteien, kirchliche Organisationen und Vorgesetzte. Die FPÖ-Fraktion soll konkretisieren, wer wann wen behindert hat und nicht mit den üblichen Pauschalverdächtigungen arbeiten. Das In-den-Raum-stellen von Un- und Halbwahrheiten ist eine Spezialität dieser Partei. Weiters ist auf dem Blatt zu lesen, daß die Demokratie hier durch

öffentliche Beschilderung seitens der Stadtverwaltung mit Füßen getreten wurde. Das Eintragungslokal wurde in den dritten Stock eines Nebengebäudes verlegt. In diesem Nebengebäude werden jede Woche oder alle 14 Tage auch Ausschußsitzungen abgehalten. Für ihn ist das ein zweiter Eingang, aber von der FPÖ-Fraktion soll das wahrscheinlich so dargestellt werden, als ob es irgendwo in einem Hinterhof wäre. Die FPÖ-Fraktion sollte sich daran erinnern, daß auch andere Volksbegehren schon in diesem Lokal durchgeführt wurden. Was wäre gewesen, wenn man das Eintragungslokal in das Bürgerservice verlegt hätte? Das erste Argument wäre gewesen, das geschieht deswegen, damit der Bürgermeister von seinem Balkon aus sieht, wer zum Unterschreiben hineingeht. Wäre es im ersten Stock dieses Hauses gewesen, so hätte die FPÖ-Fraktion behauptet, es ist deswegen dort, damit der Bürgermeister beim Herausgehen sieht, wer zum Unterschreiben geht. Die übersichtliche, klare Beschilderung. Diese wäre gar nicht notwendig gewesen, denn er hat Mandatare der FPÖ-Fraktion gesehen, die mit einem Lasso Leute hineingezerrt haben. Aber die FPÖ-Fraktion will wahrscheinlich eine Neonbeleuchtung haben.

Den Lift hat er sich genau angesehen. Der Lift zum Eintragungslokal hat lediglich eine Kapazität von vier Personen, wie richtig erkannt wurde. Er hat von einem Techniker wie Stadtrat Ing. Klamt erwartet, daß er das auch liest. Dieser hat angeblich sechs Leute hineingetrieben, damit der Lift steckenbleibt und die FPÖ-Fraktion einen Grund hat, sich aufzuregen und andere dafür verantwortlich zu machen. Es sind diese Störfälle also provoziert worden. Eine Zeitung hat geschrieben, es kann auch eine Faschingszeitung gewesen sein, daß Stadtrat Ing. Klamt der teuerste Liftboy Österreichs geworden ist. 5.012 Personen haben unterschrieben. 72 Stunden war das Eintragungslokal geöffnet. Er hat sich die Mühe gemacht

und nachgeprüft, wie lange man mit dem Lift hin und her fährt und wie lange vier Personen für das Aus- und Einsteigen brauchen. In 72 Stunden hätten 33.000 Leute mit dem Lift hin- und herfahren können. Die FPÖ-Fraktion soll die Ursache für den Absturz ihres Volksbegehrens, das seiner Ansicht nach eine Schande für ganz Österreich war, bei ihrer Partei selber suchen. Sie hat eine Abfuhr erlitten und sollte die anderen Parteien und den Bürgermeister damit in Ruhe lassen.

Gemeinderat Major Skedl möchte auf die Einschüchterungsversuche von Gemeinderat Samnitz eingehen. Frau Dr. Czeitschner ist wahrscheinlich nur deshalb vom ORF weg, weil sie mit einem Schreiben schwanger und in Karenz gegangen ist. Manche wahlwerbenden Gruppierungen wären froh, wenn sie bei den nächsten Gemeinderatswahlen auch mit 5.000 Stimmen auf den Bauch fallen würden. Bezüglich des Eintragungslokales im dritten Stock ist zu sagen, daß es auch schon Volksbegehren gegeben hat, die im Wahlamt im Parterre durchgeführt wurden. So gesehen war der dritte Stock sicherlich keine Erleichterung.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß im Wahlamt im Parterre noch nie eine Eintragung für ein Volksbegehren in der Form stattgefunden hat, wie auch aus einer Liste ersichtlich ist. Im kleinen Rathausaal hat es bereits Eintragungen für Volksbegehren gegeben. Es hat damals keine Proteste gegeben. Wahrscheinlich waren die Bewerber oder die Leute, die das Volksbegehren damals betrieben haben, zufrieden mit dem Ergebnis. Anders ist das nicht zu werten.

Es bürger sich langsam ein, daß sich die FPÖ-Fraktion, und er bürger diese im Interesse einer guten Zusammenarbeit wirklich das zu ändern, vorher nicht

bei ihm beschwert und nachher feststellt, daß er undemokratisch und ein Diktator ist. Es war niemand von der FPÖ-Fraktion bei ihm und hat gesagt, daß sie mit diesem Lokal nicht einverstanden sind. Es hat keiner den Weg zu ihm gefunden. Zwei Mitglieder der FPÖ-Fraktion sind im Stadtsenat, acht weitere sind Gemeinderäte. Es müßte doch irgend jemand einmal zu ihm kommen und ihm sagen, daß er damit unzufrieden ist. Aber scheinbar ist man erst unzufrieden geworden nachdem man gesehen hat, daß es nicht so läuft wie erwartet. Wenn jemand zu ihm kommt, ihn darauf aufmerksam macht und er dann dagegen ist, dann kann man ihn zurecht kritisieren. Aber zuerst nichts sagen und hinterher aufregen ist unfair. So kann man mit jemandem, mit dem man zusammenarbeiten will, auch nicht umgehen.

Der kleine Rathausaal wurde deshalb gewählt, da er zwei Mal, und in seiner Amtszeit hat es mehrere Volksbegehren gegeben, am Gang von Bürgern angesprochen wurde, das eine Mal bei einem FPÖ-Volksbegehren, ob er nicht das Eintragungslokal dort weggeben will. Es kann dort, wo die leitenden Beamten hineingehen, jeder sehen, wer Eintragungen vornimmt. Die Beschwerden gingen in die Richtung, daß man gesagt hat, das Eintragungslokal soll nicht dort sein, wo der Bürgermeister sitzt, wo die hohen Beamten sitzen. Daraufhin wurde das Eintragungslokal dort hinüber verlegt. Es hat keine Beschwerde seitens der FPÖ-Fraktion gegeben. Jetzt sollten nicht künstliche Aufregungen erzeugt werden, zumindest nicht im Gemeinderat. Im Blatt der FPÖ-Fraktion wurde der Bürgermeister bereits abqualifiziert und auch die Gerichte werden demnächst von der Partei mit diesen Dingen beschäftigt werden. Nur von Fairness kann dann nicht mehr gesprochen werden.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 2.) Selbständiger Antrag der FPÖ auf
Veröffentlichung eines Informationsregisters über Straßenbenennungen im Mitteilungsblatt

Blg. 3

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 15.12.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Dem Antrag der FPÖ Gemeinderatsfraktion vom 29.5.1992 wird insoweit Rechnung getragen, als bereits ab der Nummer 15 des Mitteilungsblattes 1992 (15. September 1992) in einer eigenen Serie "Unsere Straßen, Gassen, Plätze ..." in alphabetischer Reihenfolge alle Villacher Verkehrswege und Plätze vorgestellt werden und somit auch über die Persönlichkeiten, die hinter den Straßenbezeichnungen stehen, informiert wird.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Pkt. 3.) Formelle Neubeschlußfassung von
Hebesätzen - Anpassung an das
Finanzausgleichsgesetz 1993

Bzlg. 4

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abgabenverwaltung
vom 19.1.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

1.) Grundsteuer

Gemäß BGBl.Nr. 149/1955, i.d.g.F., in Verbindung mit
§ 15 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl.Nr.
30/1993, beträgt der Hebesatz für land- und forst-
wirtschaftliche Betriebe und für Grundstücke (Grund-
vermögen und Betriebsgrundstücke).....500 %

2.) Gewerbesteuer

a) Gemäß BGBl.Nr. 2/1954, i.d.g.F., in Verbindung
mit § 13 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz 1993 wird
eine Gewerbesteuer (nach dem Gewerbeertrag und
dem Gewerbekapital) ausgeschrieben.
Der Hebesatz beträgt.....172 %
des einheitlichen Steuermeßbetrages.

b) Gemäß BGBl.Nr. 2/1954, i.d.g.F., in Verbindung
mit § 13 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz 1993 be-
trägt der Hebesatz der
Lohnsummensteuer.....1.000 %
des Steuermeßbetrages.

3.) Den Verordnungen über die Ausschreibung der
Kanalbenützungsgebühr, Getränkeabgabe,
Hundeabgabe und Vergnügungssteuer
ist das Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl.Nr. 30/1994
zugrunde zu legen.

Pkt. 4.) Übertragung von unverbrauchten
Voranschlagsansätzen der AO-Ge-
barung 1992 in das Haushalts-
jahr 1993

folg. 5

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanzdirektion
vom 3.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die Überträge des AO-Haushaltes 1992, und zwar

überplanmäßige Ausgaben von	S 60,303.000,--
außerplanmäßige Ausgaben von	S 23,231.000,--
mit dem Gesamtbetrag von	S 83,534.000,--

auf die ausgewiesenen Voranschlagsansätze des Haushalts-
jahres 1993 zu genehmigen, wobei die Bedeckung durch die
für 1992 beschlossene Finanzierung gegeben ist.

Pkt. 5.) Überplanmäßige Ausgaben

folg. 6

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 29.1.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 10,345.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beigeschlossener Aufstellung gegeben ist.

Pkt. 6.) Außerplanmäßige Ausgaben

folg. 7

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 29.1.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 133.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beigeschlossener Aufstellung gegeben ist.

Bürgermeister Manzenreiter richtet die Frage an die FPÖ-Fraktion, ob man die Punkte 7.) bis 10.) gemeinsam diskutieren sollte.

Stadtrat Ladstätter bejaht.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 7.) Umbau und Generalsanierung Kindergarten Pestalozzi - Änderung des Baubeschlusses

Pkt. 8.) Vergabe der Holzfußböden für den Umbau Kindergarten Pestalozzi

Pkt. 9.) Vergabe der Innenausbauarbeiten (Abhängedecken) für den Umbau Kindergarten Pestalozzi

Pkt. 10.) Vergabe der Zimmermannsarbeiten für den Umbau Kindergarten Pestalozzi

Blg. 8-11

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne der vier Amtsvorträge des Hochbauamtes vom 1.12.1992 und 22.12.1992.

Gemeinderat Ing. Andronik stellt fest, daß Herr Baureferent mit dem Vorlesen der vier Amtsvorträge wieder bekundet hat, wie er in seinem Referat arbeitet. Die Tagesordnungspunkte 7.) bis 10.) werden heute deshalb im Gemeinderat behandelt, weil die FPÖ-Fraktion sowohl im Bauausschuß als auch ihre Stadtsenatsmitglieder eine Behandlung im Gemeinderat verlangt haben. Ein total überforderter Baureferent versucht, eine Kostenüberschreitung von 6,2 Mio. Schilling oder 78 % nur im Bauausschuß beschließen zu lassen. Bereits vor Behandlung des Budgets, nämlich

am 7.10.1992, wußte der Baureferent, daß es zu dieser eklatanten Kostenüberschreitung kommen wird. Eine Information im Bauausschuß hat es bis zur ersten Bauausschußsitzung im heurigen Jahr nicht gegeben. Vizebürgermeister Binter war auch nicht bereit, einen Bericht über die geplanten Hochbaumaßnahmen dem Bauausschuß vorzulegen. Die Antwort, die er Gemeinderat Dr. Assmann bei der Budgetsitzung gegeben hat, ist im Budgetprotokoll nachzulesen. Das, was Vizebürgermeister Binter hier betreibt, ist ein Verstecken von nicht ausgebrüteten Eiern. Und ein solches Ei, in der Zwischenzeit sehr, sehr faul geworden, ist die Sanierung des Kindergartens Pestalozzi. Einige Fakten zur Aufklärung. Vizebürgermeister Binter hat den Amtsvortrag teilweise vorgelesen. In der Bauausschußsitzung, in der der erste Baubeschluß zu fassen war, wurde eine Gesamtbau-
summe von S 9,48 Mio. inklusive Mehrwertsteuer beschlossen. Heute liegt eine Gesamtbau-
summe von S 16,92 Mio. und nicht, wie von Herrn Baureferenten angegeben, S 14,1 Mio. vor. Die Mehrwertsteuer hat in diesem Betrag gefehlt. Das gibt eine Überschreitung von 78 %. Die Mehrwertsteuer ist deshalb zu erwähnen, weil der überforderte Baureferent nicht einmal in der Lage ist, die Mehrwertsteuer ordentlich im Amtsvortrag auszuweisen. Es wurde bereits eine Reihe von Amtsvorträgen, mit einer Summe von S 7,8 Mio., mit Mehrwertsteuer beschlossen. In letzter Zeit, nachdem durch die FPÖ-Fraktion Kritik geübt wurde, ist der Baureferent nicht mehr in der Lage, die Mehrwertsteuer ordentlich auszuweisen, die in diesem Fall S 2,158 Mio. beträgt. Heute liegen vier Amtsvorträge vor, in denen die Mehrwertsteuer nicht ausgewiesen ist. Es stellt sich die Frage, wie die Mehrwertsteuer bei diesem Bauvorhaben verrechnet wird, die immerhin 20 % bei jeder Summe, die beschlossen wird, beträgt. Die Begründungen zur jetzigen Kostenerhöhung zeigen eindeutig, daß der Referent total überfordert ist und seinen Pflichten als Referent überhaupt nicht

nachkommt. Vizebürgermeister Binter führt als Kostenerhöhungen unter anderem Entfeuchtung und Drainagierung mit einer Summe von S 1,51 Mio., abtragen und neuanbringen von abgehängten Decken mit S 150.000,-- und, als dritten Punkt, Hauptstiegenneubau als Auflage der Baupolizei an. Jeder, der privat ein Haus baut und um Baugenehmigung ansucht, weiß, daß die Baupolizei vorschreibt was zu tun ist. Nur der Referent weiß das nicht.

Zu den Problemen bei der Heizungsumstellung. Der Baureferent hat nicht gewußt, was mit der Heizung gemacht werden soll. Soll man mit Öl weiterheizen, soll man mit Gas heizen. Jeder Häuslbauer, der sein Haus plant, weiß, welche Heizung er installieren wird.

Außenanlagen und Parkplätze. Jeder Bürger, der in Villach irgendein Lokal eröffnen will, bekommt sofort von der Behörde die Anzahl der Parkplätze vorgeschrieben. Die Villacher Berufsschule hat vom Magistrat Villach 100 Stellplätze vorgeschrieben bekommen. Vizebürgermeister Binter baut einen Kindergarten und hat keinen einzigen Parkplatz vorgesehen. Dafür werden S 850.000,-- aufgewendet. Das hat man bei der Sanierung des Kindergartens nicht gewußt.

Als Punkt 6.) werden nichtvorhergesehene Leistungen in Summe von sage und schreibe S 950.000,-- vorgesehen, wobei der Referent nicht weiß, was er damit machen wird. Als Honorarerhöhung für die Architekten und Sonderplaner, die diesen ganzen Schlamassel anscheinend verursacht haben, ist ein Betrag von S 500.000,-- vorgesehen. Für die Einrichtungskosten wurde seinerzeit ein Betrag von S 1,5 Mio. beschlossen. Nun kommen als Erhöhung noch einmal S 1,1 Mio. dazu. Die Anschlußbeitragserhöhung wird ebenfalls mit S 200.000,-- ausgewiesen. In Summe

bedeutet das eine Erhöhung von S 6,2 Mio. All das hat der Referent vorher nicht gewußt. Dies zeigt eindeutig, daß der Baureferent nicht in der Lage ist, sein Referat ordentlich zu führen und das fortgesetzt wird, was sich schon lange abgezeichnet hat: schlampige Bauabwicklung Stadion Lind, Megaskandal Feuerwehrzentrum, Clubgebäude Maria Gail - Kostenüberschreitung 59 %, Sportanlage Hauptschule Völkendorf - Kostenüberschreitung 67 %, Sporthalle St. Martin - Bauabwicklung katastrophal, Termin wird nicht eingehalten - und jetzt Kindergarten Pestalozzi - 78 % Erhöhung. Bürgermeister Manzenreiter wird aufgefordert endlich einmal den Mut aufzubringen, den Feuerwehrreferenten, Telefonreferenten, Bau- und Kirchtagsreferenten mit einer § 58-Verfügung aus seinem Amte zu entfernen, zumal mit der Kläranlage bereits die nächste Überforderung des Baureferenten augenscheinlich ist.

Stadtrat Ing. Truppe mußte staunen, als er aus der Kleinen Zeitung entnehmen konnte, daß der Baureferent der Meinung ist, er habe unter Druck der anderen Fraktionen den Auftrag außer Haus geben müssen. Realität ist, daß die personelle Kapazität im Hause nicht gegeben war. Der Baureferent befindet sich in einer mit Mehrheit ausgestatteten Fraktion, sodaß er sicherlich den Spielraum hat zu entscheiden, ob Projekte außer Haus gegeben oder ob sie intern durchgeführt werden. Daher ist der Weg der privatwirtschaftlichen Beschäftigung sicherlich nicht unter Druck anderer Fraktionen passiert, obwohl die Vergabe nach außen sehr zu begrüßen ist. Auf dem Hochbausektor offenbart sich in letzter Zeit immer öfter, daß Kostenschätzungen total danebengehen. Das angeberische Projekt Feuerwehrzentrum ist ein Beispiel dafür und nun soll das Projekt Generalsanierung Kindergarten Pestalozzi beschlossen werden. Wenn auch der Architekt einiges übersehen hat, so kann sich doch die zuständige Dienststelle nicht so ein-

fach abseilen und die alleinige Verantwortung dem Planer zuschieben. Eine derartige Kostenüberschreitung von 78 % gegenüber dem Baubeschluß vor knapp einem Jahr ist durch Schlamperei entstanden. Es ist nicht entschuldbar, daß die Bauvorbereitung außer Haus gegeben werden soll, weil die hiesige Dienststelle überlastet ist. Angefangen vom Bauverfahren bis hin zur Fertigstellung muß eine Projektbetreuung durch Beamte des Hauses gesichert sein. So hätte man im Stadium der Einreichplanung näher an die Kostenwahrheit herankommen können. Nicht umsonst haben auch die verantwortlichen Beamten ernste Überlegungen angestellt, wie man in Zukunft durch eine gründlichere Bauvorbereitung zu einer genaueren Kostenschätzung kommen kann. Die mangelnde Bauvorbereitung ist nicht Schuld des Architekten, sondern einzig und allein der Bauherr bzw. der Auftraggeber ist voll und ganz verantwortlich. Der Baureferent wird sich in diesem Fall vor seiner politischen Verantwortung nicht drücken können.

Gemeinderat Dr. Assmann stellt fest, daß sich der Referent immer darauf ausredet, daß sich die Architekten verschätzen. Dazu muß gesagt werden, daß es eben Schätzungen sind. Auf Anregung der FPÖ-Fraktion hat die Baudirektion nunmehr endgültig eine Neuordnung für Baubeschlüsse vorgelegt. Der Grund war, daß die FPÖ-Fraktion in Zukunft keine Kostenüberschreitungen von mehr als +/- 5 % dulden wird. Es wird auch in Zukunft kein Baubeschluß mehr gefaßt werden können, da diese Art von Überschreitungen in der Stadt nicht mehr vorkommen wird. Der Referent wird aufgefordert zurückzutreten.

Gemeinderat Mag. Haider ist ebenfalls der Meinung, daß der Referent letztenendes die Kostenüberschreitungen zu verantworten hat. Die Entfeuchtung, Abtragen einer Decke, um die Träme anzuschauen, Stiege

wegen Feuergefahr, Abtragung, Drainagierung, Umstellung der Heizung - das sind alles Dinge, die vorher von der Dienststelle und natürlich auch vom Architekten hätten erkannt werden müssen. Letztenendes hat der Architekt das völlig falsch eingeschätzt. Es ist nicht vorstellbar, daß die Fachbeamten des Magistrates nicht in der Lage sein sollen, das besser einzuschätzen. Schon beim Feuerwehrzentrum hat man gemerkt, daß dem Baureferenten eigentlich nur leid tut, daß es dazu gekommen ist, er aber nicht in der Lage war zu erklären, mit welcher Politik und mit welchen Maßnahmen er derartige Fehlschätzungen abstellen will. Es wird vom Baureferenten erwartet, daß er nun erklärt, welche Maßnahmen er sich vorstellt, damit so etwas nicht mehr vorkommt.

Stadtrat Ing. Klamt hält fest, daß hier beinahe eine Verdoppelung der Kosten von S 7,9 Mio. auf S 14,1 Mio. vorliegt. Auf einen Normalbürger in Villach wäre das folgendermaßen umzulegen: Er hat für dieses Jahr S 100.000,-- zur Verfügung. Eine Autoreparatur wird auf S 40.000,-- geschätzt. Daraufhin kauft er sich eine Wohnungseinrichtung um den Restbetrag auf S 100.000,--, also um S 60.000,--, und geht dort eine Verpflichtung ein. Nun kostet die Autoreparatur aber tatsächlich S 80.000,--. Dieser Bürger würde wahrscheinlich bei diesem Werkstättenunternehmen einen Skandal machen. Wenn sich heute ein Unternehmen aus der Privatwirtschaft öfter so verplant, wie das beim Magistrat der Fall ist, dann müßte es Konkurs anmelden. Das muß jetzt klargestellt werden. Irgendwo wird man einen Trennstrich ziehen müssen. Man kann auch nicht die Beamtenschaft auf 1.500 Leute aufstocken. Irgendwann wird man sich entschließen müssen, Aufgaben, bei denen man sich nicht auskennt, nicht mehr selbst durchzuführen. Es gibt genug Zivilingenieure, es gibt genug Architekten. Man darf diesen nur nicht halbherzig einen Auftrag geben, bei

dem sie sich darauf hinausreden können, daß es nur eine Schätzung war und verschiedene Dinge nicht untersucht wurden. Man muß einen klaren Strich ziehen und einen Generalunternehmer beauftragen, den man auch für eine eventuelle Kostenüberschreitung verantwortlich machen kann. Damit gewinnt der Antrag der FPÖ-Fraktion auf Verwaltungsanalyse, der bereits eingebracht wurde, wieder an Bedeutung. Die Beamten müssen effizient eingesetzt werden. Ist das in gewissen Fällen nicht möglich, so müssen Aufträge mit einem ordentlichen Vertrag außer Haus gegeben werden. Auf diese Weise könnte der Stadt Villach nichts mehr passieren, denn die Versicherung des Zivilingenieurs müßte es abdecken, wenn dieser sich verschätzt. Es ist in den Raum gestellt worden, daß für die Stadt Villach kein Schaden entstanden ist, da im Grunde genommen der Pestalozzi-Kindergarten jetzt noch wertvoller geworden ist. Nun sind eben S 14,1 Mio. an Wert vorhanden. Man muß langsam wirklich fragen, ob da noch richtig getickt wird.

Stadtrat Ladstätter führt aus, daß die FPÖ-Fraktion seit dem beim Feuerwehrzentrum die Kosten gewaltig explodiert sind und sich jenseits von S 100 Mio. angesiedelt haben, erklärt hat, daß sie die folgenden Beschlüsse des Feuerwehrzentrums nicht mehr mittragen wird. Das bedeutet natürlich nicht, und das muß hier klar festgehalten werden, daß die FPÖ-Fraktion gegen die Feuerwehren ist. Es bedeutet eindeutig, daß mit demokratischen Mitteln versucht werden soll, den Baureferenten zu zwingen, die Sache genauer zu nehmen. Dasselbe gilt auch für den Kindergarten Pestalozzi. Es wird darauf verzichtet, alle diese Gründe, die zu der Kostenexplosion oder zu der nicht richtigen Einschätzung geführt haben, nochmals zu nennen. Es gibt hier eindeutig ein Versagen auf politischer Ebene, auf Ebene des Referenten, aber auch ein Versagen auf Beamtenebene und ein Versagen auf Archi-

tektenebene. Wenn man sich die Amtsvorträge anschaut, kann einem schon das Grausen kommen. Kollege Ing. Andronik hat bereits gesagt, daß jeder Häuslbauer mit dieser Vorgangsweise sein Haus nicht fertigstellen könnte, er würde wahrscheinlich im ersten Stock stehenbleiben. Die Amtsvorträge werden immer von zwei Beamten und vom politischen Referenten unterschrieben. Nun enthält einer beispielsweise die Angabe, daß die Holzfußböden beim Pestalozzi-Kindergarten vom Architekten mit S 900.000,-- geschätzt werden. Der Bestbieter ist bei S 450.000,-- angesiedelt. Dasselbe ist beim Innenausbau der Fall. Mit der Unterschriftsleistung tragen die Beamten und der politische Referent die Verantwortung dafür. Besonders auffallend ist das bei den Zimmermannsarbeiten. Da ist die Situation umgekehrt. Die Architektenschätzung liegt bei S 120.000,-- und der Bestbieter bekommt den Auftrag mit S 328.000,--. Es stellt sich wirklich die Frage, ob der Architekt ein Gartenhaus geschätzt hat.

Was in Villach bis dato gebaut wurde und bei welchen Projekten die Kosten gewaltig davongaloppiert sind, wurde bereits genauestens aufgezählt. Was die FPÖ-Fraktion sehr nachdenklich stimmt ist, daß der Stadt Villach Großbauvorhaben ins Haus stehen. Ein Beispiel ist die biologische Kläranlage mit einer Bausumme, die bei S 550 Mio. angesiedelt ist. Hier kann man optimistisch sein, daß der Referent mehr Gewissenhaftigkeit an den Tag legen wird, da er hierbei nicht nur dem Gemeinderat der Stadt Villach politisch verantwortlich ist, sondern auch dem Umweltwasserwirtschaftsfonds für jeden Schilling geradestehen wird müssen. Eine Stufe tiefer liegt ein Großbauvorhaben, das ebenfalls umzusetzen sein wird. Es ist dies das Kongreßhaus Villach. Wenn hier so gefuhrwerkt wird, wie es derzeit bei den Bauvorhaben der Fall ist, muß man der Sache eher pessimistisch entgegensehen. Deshalb

hat die FPÖ-Fraktion im Stadtsenat, und das gilt auch für den Gemeinderat, bei den Kosten, die das Feuerwehrzentrum betreffen, wie die Einrichtungen für das Feuerwehrzentrum mit S 6,4 Mio., nicht ihre Zustimmung gegeben. Dasselbe gilt auch für die Musikschule, Baustufe zwei. Die FPÖ-Fraktion ist nicht gegen die Musikschule. Es soll, um es nochmals zu wiederholen, der Referent aufgefordert werden, gewissenhafter zu arbeiten und sowohl die Beamten wie auch die Architekten zu mehr Genauigkeit zu ermahnen. Auch beim Pestalozzi-Kindergarten, Horteinrichtungen, hat die FPÖ-Fraktion konsequenterweise nicht ihre Zustimmung gegeben. Der Baureferent wird in Hinblick auf die bevorstehenden Bauvorhaben aufgefordert, in seinem Referat für Ordnung zu sorgen oder - sollte er überfordert sein - dieses zurückzulegen.

Gemeinderat Major Skedl fällt, nachdem er jetzt die Diskussion mitverfolgt hat, nur noch ein Satz ein: Wenn sich die Stadt Villach diesen Baureferenten erspart, kann sie sich vielleicht die Olympiade leisten.

Gemeinderat Dr. Ertl hält fest, daß bereits sehr viel über die Mißplanung des Kindergartens in der Pestalozzistraße gesprochen worden ist. Er möchte aber doch noch einen Aspekt herausgreifen. Am 29.6.1992 wurde vom Baureferenten und von der zuständigen Dienststelle dem Vergabeausschuß ein Amtsvortrag mit dem Inhalt vorgelegt, daß dem Bestbieter für die Baumeisterarbeiten der Zuschlag erteilt werden soll, und zwar in Höhe von S 4,5 Mio. Mit S 4,5 Mio. hat der Bestbieter den Zuschlag bekommen, obwohl die Dienststelle IIC, wie der Baureferent ausgeführt hat, bereits der Meinung war, daß die Kosten S 6,5 Mio. betragen werden. Da paßt etwas nicht zusammen. Ein Vergleich mit der Privatwirtschaft kann hier gebracht werden. Wenn ein Unternehmer leitende Mitarbeiter hat und

diese eine Materie, ein Projekt, so vorbereiten, dann sind in kurzer Zeit die Konsequenzen zu ziehen. Es kommt sehr selten vor, daß ein politischer Referent, ein Baureferent, freiwillig den Hut nimmt und geht. Der Vizebürgermeister hat die politische Verantwortung dafür, daß in seine Dienststelle, und vor allem in der Dienststelle IIC, Ordnung hineingebracht wird und daß auch unter Umständen dienstrechtliche Konsequenzen gezogen werden müssen. Die Stadt Villach kann sich nicht leisten, was da geboten wird. Daß es aber auch anders geht, zeigt der Bericht über die Bauvollendung in der Musikschule. Es handelt sich hier ebenfalls um ein Altgebäude, das saniert worden ist, genau so wie in der Pestalozzistraße. Hier waren jedoch scheinbar andere Beamte am Werk, die genauer ergründet haben. Es wurde im Bauausschuß berichtet, daß von den Baukosten oder Fertigstellungskosten von S 23 Mio. nur S 500.000 überzogen worden sind. Man sollte das im Verhältnis sehen - S 5 Mio. bzw. S 9 Mio. Pestalozzi-Kindergarten, jetzt S 16 Mio.; Musikschule S 23 Mio., jetzt S 23,5 Mio. Das Ziel der heutigen Diskussion sollte sein, daß im Bereich der Dienststelle, im Bereich der zuständigen politischen Verantwortung, die politische Verantwortung auch wirklich getragen und wirklich gut geplant wird. Auf etwas wird noch aufmerksam gemacht. Es wird nun der Rathauszubau durchgeführt. Das Architektenteam, das den Zuschlag bekommen und ein Honorarangebot gelegt hat, geht aus von Nettoherstellungskosten von S 35 Mio. plus Einrichtung, plus Umgestaltung des Vorplatzes. Man kommt netto, also ohne Mehrwertsteuer auf S 40 Mio. Jetzt werden die politischen Mandatäre damit konfrontiert, daß die Bauverwaltung von S 70 Mio. ausgeht. Es ist zwar kein Schaden passiert, aber der Referent hat die politische Verantwortung und hat dafür zu sorgen, daß etwas hieb- und stichfest ist, bevor es in die Öffentlichkeit getragen wird, große Ankündigungen gemacht und Kosten genannt werden. Der Vizebürgermeister wird auf-

gefordert dafür zu sorgen, daß in seiner Dienststelle, die für den Hochbau zuständig ist, Ordnung gemacht wird und dafür, daß die Gemeinderäte der Stadt Villach und auch die Villacher Bevölkerung nicht immer im nachhinein mit solchen Horrorzahlen konfrontiert werden.

Gemeinderat Ing. Woschitz ist darüber verwundert, daß in erster Linie die Beamten des Hauses diffamiert und sogar abqualifiziert werden. Die Kostenentwicklung des Kindergartens kann sicher nicht als erfreulich bezeichnet werden. Dennoch muß gesagt werden, daß aus personellen Gründen der Versuch unternommen wurde, sämtliche Planungsarbeiten an sogenannte Private außer Haus zu vergeben. Das ist mit einem ordentlichen Vertrag, nicht mit einem halbordentlichen oder halbherzigen Vertrag geschehen. Es war ein Planungsauftrag, der aus personellen Gründen alles umfaßt, der einem Planer sämtliche Verantwortung für das Gewerk überträgt. Von der Vorplanung, dem Entwurf, der Kostenschätzung über die Detailplanung, die Bauüberwachung und die Abrechnung wurde alles übertragen. Trotzdem mußte nun von den Beamten des Hauses die Handbremse angezogen werden, um das Ärgste zu verhindern. Dabei handelt es sich bei den nicht miteingeplanten Mehrkosten um Baumaßnahmen, die durchaus auch optisch wahrgenommen werden können, wenn an die Stiege oder an die feuchten Wände eines 100 Jahre alten Hauses gedacht wird. Es handelt sich hier offensichtlich um eine Fehlplanung des Architekten, was die Einschätzung der Kosten angeht. Hier ist zu prüfen, ob gegenüber dem Architekten Konsequenzen zu ziehen sind. Über einen Punkt muß sich der Gemeinderat einig sein. Der Kindergarten in der geplanten Form muß fertiggestellt werden.

des Rates 1984 Gemeinderat Samnitz will auf die Wortmeldung des Gemeinderates Ing. Andronik nicht eingehen, da er das gestörte Verhältnis zwischen ihm und dem Baureferenten kennt. Stadtrat Ing. Truppe war der Meinung, daß den Architekten keine Verantwortung trifft. Stadtrat Ladstätter ist schon ein bißchen genauer darauf eingegangen wenn er gesagt hat, daß auf politischer Ebene der zuständige Referent die Verantwortung trägt, eine gewisse Verantwortung tragen die Beamten, aber auch der Architekt hat ebenso Verantwortung zu tragen, woraufhin er die Schätzungen dieses Architekten aufgezählt hat. Es kann nicht der Ernst von Stadtrat Ing. Truppe gewesen sein wenn er der Meinung ist, daß der Architekt keine Verantwortung zu tragen hat. Wenn man zum Schluß umrechnet, dann wird man sehen, daß das Honorar weit mehr als S 1 Mio. ausmachen wird. Das ist sehr viel Geld, da muß ein normaler Angestellter sehr lange arbeiten, damit er so viel verdient. Die Meldung von Gemeinderat Dr. Assmann betreffend die Baubeschlüsse, die nicht mehr möglich sind, wurde nicht genau verstanden. Die Meldung von Stadtrat Ladstätter bezüglich Musikschule wurde ebenfalls nicht genau verstanden, es hat aber darauf schon eine Wortmeldung von Gemeinderat Dr. Ertl gegeben. Unter Umständen liegt dort die Entwicklung zu wenig daneben, um kritisieren zu können. Darum kann man es auch nicht für gut heißen. Gemeinderat Dr. Ertl hat auch angesprochen, daß es sehr gut ist, wenn man gewisse Aufträge in die Privatwirtschaft vergibt, damit die Privatwirtschaft auch von der Stadt beschäftigt wird. Dies ist aber keine Garantie dafür, daß die Arbeit auch hundertprozentig stimmt. Man hat diese Garantie nicht, wenn es im Haus selber gemacht wird, aber von Privaten ebenso nicht. Das hat man bei den Schätzungen gesehen. Bei der letzten Budgetdebatte hat Stadtrat Ladstätter von der Überbürokratisierung

des Rathauses gesprochen. In dieser Situation wäre unter Umständen ein bißchen Überbürokratisierung besser, damit man mehr Zeit hätte, sich diesem Architekten zu widmen.

Gemeinderat Mag. Henhapl führt aus, daß er kein Techniker und kein Baumeister ist. Alle die, die einen Neubau hergestellt haben, wußten genau, wieviel sie zahlen müssen. Hat aber irgendwo ein Umbau stattgefunden, so hat es nie mit dem Voranschlag übereingestimmt. Im Gegenteil, die Kosten sind gewaltig in die Höhe gestiegen, da man wirklich nicht weiß, was unter der Bausubstanz liegt.

Es wundert ihn nur, daß hier große Aufregung herrscht, sich aber die übrigen Fraktionen zu den Punkten 5.) und 6.) nicht zu Wort gemeldet haben. Hier liegt ein gewisser Stil vor. Heute schreiben wir den 10. Februar und es wurden bereits über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Jahr 1993 beschlossen. Es handelt sich hierbei nicht, wie zuerst vermutet, um Ausgaben, die für das Jahr 1992 nachzubeschließen sind. Hievon sind natürlich die S 9,5 Mio. ausgeschlossen. Es geht nicht um große Beträge, das stimmt, aber hier ist die Konsequenz zu ziehen. Man kann doch nicht zwei Monate nachdem das Budget 1993 beschlossen wurde, schon über- und außerplanmäßige Posten heranziehen. Bei der Müllbeseitigung scheint die Schneeräumung zwei Mal mit immerhin fast einer halben Million Schilling auf. Das ist nicht zu verstehen. Wenn, dann muß man bei allen Ausgaben konsequent sein und auch das kritisieren.

Gemeinderat Dr. Assmann stellt noch einmal fest, daß bezüglich der Musikschule dem Bauausschuß ein Amtsvortrag vorgelegt wurde. Dieser Amtsvortrag setzt sich folgendermaßen zusammen: Kosten laut Kostenschätzung

S 23 Mio., ein Deckenteil mußte ausgewechselt werden - S 500.000,--, ergibt S 23,5 Mio. Dahinter steht, daß bis jetzt S 20,8 Mio. bereits vergeben wurden. Für Beleuchtung, Maler, Außenanlagen liegen Schätzkosten in Höhe von S 2 Mio. vor und für Unvorhergesehenes S 700.000,--. Das ergibt exakt wieder S 23.500.000,--. Das ist eine Unmöglichkeit. Es ist nicht notwendig, einem Gemeinderat so etwas vorzulegen.

Gemeinderat Haslinger führt an, daß bestritten wurden, daß über Druck einiger Fraktionen Aufträge nunmehr an Private gegeben werden. Tatsache ist es, daß der Druck im Zusammenwirken mit der Besetzung des Hauses und mit der Bautätigkeit gekommen ist, die von den Beamten des Hauses, die beste Arbeit leisten, nicht bewältigt werden kann. Früher hat man bei Baukostenüberschreitungen gemeint, daß die Beamten schlecht arbeiten. Wenn nun der Auftrag an einen Privaten vergeben wurde, hat natürlich der Architekt keine Schuld, da wieder die Beamten schlecht arbeiten und offenbar auch schlecht geschätzt haben. Da beißt sich die Katze in den Schwanz, wenn man mit diesen Argumenten in der Öffentlichkeit hausieren geht. Man muß feststellen, daß Kostenschätzungen der Architekten offenbar über den Daumen angestellt werden und hinten und vorne nicht stimmen. Im Vergabeausschuß gibt es beinahe keine Sitzung, in der nicht das Problem der Kostenschätzung behandelt und besprochen wird. Es wird in Zukunft erforderlich sein, die Architekten darauf hinzuweisen, daß sie ehrliche Kostenschätzungen zu machen haben, da auch die Honorarnote eines Architekten ehrlich gedeckt wird, und zwar in voller Länge. Aber daß es nicht nur im staatlichen Bereich zu solchen Fehlleistungen von Architekten kommt, beweist auch ein Beispiel aus der Privatwirtschaft.

Er richtet die Frage an Gemeinderat Dr. Ertl. Es ist ihm zu Ohren gekommen, Gemeinderat Dr. Ertl kann ihn da berichtigen, daß dieser vor einiger Zeit sein Gebäude am Ossiacher See, einen wunderschönen alten Stall, umgebaut hat. Es gab dort eine Baukostenüberschreitung von 65 %. Hier stellt sich die Frage, wer hatte schlecht geschätzt oder wessen Kopf wird dort im Betrieb gefordert. Hier muß jetzt die Frage erlaubt sein. Man sieht, nicht allein die öffentliche Hand ist in der Lage, etwas unter Beweis zu stellen, auch in der Privatwirtschaft ist es dasselbe. Es sollte nur in den Raum gestellt werden, daß es sowohl hier als auch auf der anderen Seite zu Unannehmlichkeiten kommen kann. Man muß sich bemühen, diese Unannehmlichkeiten abzustellen.

Stadtrat Dr. Clar weiß, daß der Gemeinderat heute über Vizebürgermeister Binter zu Rate sitzt. Trotzdem sollte man einige Punkte im Rahmen des Pestalozzi-Kindergartens doch relativieren. Es wird immer so ausgedrückt, als wäre dieses Haus nicht renoviert worden, wenn man die Kosten gekannt hätte. Das ist eine Fehleinschätzung, die ganz grob begangen wird. Das Haus, eine Schenkung des Grafen Zeidler von Görz, war absolut sanierungsbedürftig. Es war im Jahr 1991 ein gewisser Zeitdruck da. Damals wurde überraschend die Wohnung, ein Wohnrecht einer alten Dame dort, frei, es kam eine Wohnung dazu, der Kindergarten konnte jetzt nicht nur saniert werden, sondern er wurde wesentlich ausgebaut. Die vorher aufgegriffenen Themen sollen nicht beschönigt werden. Es wurden vom arbeitsmedizinischen Institut Gutachten über den Bauzustand des Pestalozzi-Kindergartens erstellt. Dies geschah sicherlich nur von der äußerlichen Variante. Das war den Architekten bekannt. Man kann jetzt nicht verlangen, daß er das vielleicht nachgeprüft hätte. Er läßt sich als Kindergartenreferent dieses wunderschöne

Projekt, daß eine Vermehrung der Kindergartenplätze von 65 auf 125 bringt, nicht vermiesen. Er läßt sich das auch für die Eltern nicht vermiesen. Das ist ein zentraler Kindergarten, der vor allem für die berufstätigen Mütter, die im innerstädtischen Bereich arbeiten, dringend gebraucht wird. Es ist ein Kindergarten, der sanierungsbedürftig in jeder Beziehung war, der nicht nur saniert wird, außer es wird die Sanierung noch verhindert, sondern der ausgebaut wird - vom Keller bis zum Dachboden, bei dem von 65 auf 125 Plätze aufgestockt wird, bei dem eine Küche dazukommt, die auch den Hort mitversorgen wird. Die Stadt erspart sich dadurch auf lange Sicht gesehen eine Köchin. Aus Umweltschutzgründen ist man von Öl- auf Gasheizung umgestiegen. Das sind natürlich alles Kosten. Wenn sich Gemeinderat Ing. Andronik auch noch so intensiv damit beschäftigt hat, so muß man doch sagen, daß hier Dinge in den Raum gestellt werden. Für den Parkplatz S 850.000,--. Gemeinderat Ing. Andronik hat nicht zugehört und auch nicht gelesen. Dieser Betrag ist für die Terrasse, für das Vordach beim Abgang zur Küche und für die Gartengestaltung vorgesehen. Das sind auch keine Parkplätze, sondern das sind Parkplätze, die zum Bringen der Kinder und zum Abholen der Kinder notwendig sind, denn die Straße ist stark frequentiert. Hier soll nicht der Eindruck entstehen, daß für teures Geld Parkplätze für Kindergärtnerinnen oder sonst jemanden gebaut werden. Hier werden Plätze geschaffen, damit die Eltern zufahren, die Kinder bringen und wieder abholen können. Gemeinderat Ing. Andronik sollte sich auch mit der tatsächlichen Materie beschäftigen und nicht einfach Zahlen hinschmeißen, Parkplatz S 850.000,-- etc., sondern einmal wenigstens in einem Satz, in einem einzigen Satz, die positiven Dinge sehen. Hier wird ein wunderschöner Kindergarten ausgebaut und erweitert.

Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, daß der Gemeinderat aus dieser Diskussion kaum etwas lernt. Man kann nichts daran ändern, daß die Stadt Villach einen Pestalozzi-Kindergarten, der in der Reparatur S 14,9 Mio. wert sein wird, bekommt. Eigentlich müßte man sich jetzt darüber Gedanken machen, wie man das für die Zukunft verhindern kann. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Sozialistische Partei in dieser Stadt die Macht. Sie hat sich eine Infrastruktur herangezüchtet, die es ermöglicht hat das zu erfüllen, was ihre Vorstellung von Politik ist. Die Vorstellung von Politik oder die Aufgabe der sozialistischen Politik bei diesem Bauvorhaben, war eigentlich folgendes: Es ist wichtig, daß man beim Spatenstich im Mitteilungsblatt ist. Wichtig ist, daß man bei der Gleichenerfeier im Mitteilungsblatt ist und wichtig ist, daß man auch bei der Eröffnung ist. Das war das, was diese Politiker, und das ist heute auch noch so, wirklich interessiert. Denn der Gemeinderat müßte sich darüber unterhalten, wie man diese Dinge abstellen kann. Vermutlich gewinnt die FPÖ-Fraktion deshalb bei den Wahlen hinzu, weil sie das klar erkannt hat. Eine These, mit der die FPÖ-Fraktion in den Wahlkampf gezogen ist, hat gelautet: Privatwirtschaft statt Stadt-Mißwirtschaft. Das kann hier nur wiederholt werden. Diesen Weg wird die FPÖ-Fraktion konsequent weitergehen.

Gemeinderat Ing. Andronik ist es schon klar, daß man von Anfang an gewußt hat, daß sich die Kosten beim Kindergartenprojekt Pestalozzi erhöhen würden. Das war von allen Anfang an eingeplant. Die FPÖ-Fraktion kreidet jedoch an, daß man die Kosten nicht im Griff hat, daß man falsch kalkuliert und geschätzt hat. Sie kreidet nicht an, daß die Stadt Villach Kindergartenplätze errichtet, im Gegenteil. Er selbst hat seine Tochter beispielsweise kaum untergebracht, da in Villach ein Mangel

an Kindergartenplätzen herrscht. Die FPÖ-Fraktion ist für Kindertartenausbau, nur ist die Vorgangsweise, die hier geboten wird, nicht in Ordnung. Zur Meldung von Gemeinderat Haslinger wäre folgendes zu sagen. Bei der letzten Bauausschußsitzung wurde ein Amtsvortrag vorgelegt, der die Kostenschätzung und den Architekten für das Zugänglichmachen des Stadtpfarrturms zum Inhalt hatte. Im Juli 1992 lag eine Kostenschätzung von S 2,9 Mio. vor. Nach den Budgetberatungen vom 22.9.1992, und zwar am 25.11.1992, hat eine Besprechung stattgefunden, an welcher außer der Stadt die Kirche, Vertreter des Carinthischen Sommers und Vertreter der Villacher Kaufmannschaft teilgenommen haben. Jetzt kommt man mit der Stadtpfarrkirchensanierung auf S 5 Mio. Zuerst beauftragt man einen Architekten und hinterher sieht man erst, daß man noch S 1 Mio. für den Ausbau eines Ruheraumes und S 600.000,-- für den Brandschutz braucht. Das alles hat man vorher nicht gewußt. Hinzu kommen S 500.000,-- für zusätzliche Anschlußgebühren, Nebengebühren, Unvorhergesehenes. Aber zuerst spricht man von S 2,9 Mio. Das kreidet die FPÖ-Fraktion an.

Er findet es unfair, daß Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ihn unterbricht, wenn er herausruft. Kritisiert die Mehrheitsfraktion sehr massiv, wenn ein Mitglied der FPÖ-Fraktion am Pult steht, dann greift sie nicht zur Glocke.

Gemeinderat Dr. Ertl ist der Meinung, daß Stadtrat Dr. Clar eine falsche Fährte legen wollte. Es hat kein Mandatar, kein Debattenredner jemals gesagt, der Bau des Kindergartens wäre nicht notwendig, im Gegenteil. Es gab im Bauausschuß einen einstimmigen Baubeschluß. Alle Fraktionen, die im Bauausschuß vertreten sind, haben einstimmig der Sanierung des Kindergartens in dem Wissen zugestimmt, daß Kindergärten für die Familien, für die

Kinder, die in Villach heranwachsen, gebraucht werden. Stadtrat Dr. Clar ist nicht informiert in baulichen Angelegenheiten. Er ist ein guter Arzt, und ein guter Referent für diesen Bereich. Stadtrat Dr. Clar hat beispielsweise angeführt, daß auch die Kosten für die Umstellung der Heizung von Öl auf Gas Kosten verursacht. Das sind jedoch keine 10 %. Im Vergabeausschuß vom 25.2.1992 wurde einem planenden Ingenieur der Auftrag für die Planung der Heizungs-, Lüftungs-, und Sanitäreanlagen gegeben und die Honorarberechnung dieses planenden Ingenieurs geht von S 1,8 Mio. aus. Wenn die Kosten der Heizung und Lüftung von S 1.600.000,-- um 25 % erhöht werden, also um S 400.000,--, so ergibt das in Summe S 2 Mio. Der planende Ingenieur geht von Kosten in Höhe von S 1,8 Mio. aus. Das ist eine Größenordnung, die vertretbar ist. Es ist aber keine Begründung dafür, daß es im Bau so danebengegangen ist. Er hat keine Pauschalurteile über Beamte abgegeben, sondern dezidiert gesagt, daß in der Abteilung IIC/H - Hochbau Ordnung gemacht werden müßte und einmal gesagt werden muß, daß es so nicht weitergehen kann. Zu Gemeinderat Haslinger ist zu sagen, daß auch er selbst als Villacher Bürger und als Villacher Gewerbetreibender dazu beiträgt, daß das Stadtsäckel in Form von Steuern gefüllt wird. Er liefert seine Steuern pünktlich ab und baut sehr viel. Die Bauarbeiten sind jedoch um rund S 500.000,-- unterschritten worden und der Gesamtbetrag, mit den Baunebenkosten und Professionisten, ist in etwa im Voranschlag gelegen. Er gibt auch zu, daß es im Bereich der Einrichtung etwas teurer geworden ist. Doch hat er, obwohl die Einrichtung des Gasthauses etwas mehr gekostet hat, trotzdem seine Steuern pünktlich abgeliefert. Da er privat angesprochen ist, möchte er noch etwas sagen. Er hatte wahrscheinlich das Glück, daß er denselben Architekten beauftragt hat, der auch mit der Musikschule der Stadt Villach beauftragt wurde. Da paßt es mit den Kosten. Das als

kleine Kritik. Die ÖVP-Fraktion wird den Tagesordnungspunkten 7.) bis 10.) nicht die Zustimmung geben. Nicht als Affront gegen die Wirtschaft, die mit diesen Aufträgen betraut werden wird, sondern als Protest dagegen, daß in der Dienststelle im Magistrat die Bauarbeiten schlecht vorbereitet werden. Des weiteren auch im Hinblick darauf, daß die ÖVP-Fraktion schon das Budget 1993 abgelehnt hat. Damals war es das Feuerwehrzentrum. Stadtrat Pacher hat damals in den Raum gestellt, daß die Budgetwahrheit fehlt. Das hat sich in einem zweiten Bereich bewahrheitet. Daher wird die ÖVP-Fraktion aus Protest diesen Tagesordnungspunkten 7.) bis 10.) nicht die Zustimmung geben.

Gemeinderat Sobe führt an, daß nach den langen Diskussionen im Bauausschuß und im Vergabeausschuß abzusehen war, daß es heute zu dieser Diskussion kommen wird. Man muß hinterfragen, welchem Projekt die Rumpold-FPÖ in Zukunft noch zustimmen wird. Sie ist nicht gegen die Feuerwehr, die Musikschule und die Kindergärten. Es stimmt ein bißchen traurig, daß die ÖVP-Fraktion momentan auch so denkt. Es ist sehr leicht, wenn man daran denkt, daß es eine Mehrheitsfraktion gibt, die ohnehin diese Bauwerke dann beschließen wird. Dann kann man immer leicht dagegenstimmen und protestieren. Jetzt nur noch eine Frage. Er hat bei der Diskussion zugehört. Es hat Stadtrat Ing. Klamt gesagt, seine Partei wird dafür sorgen, daß in Zukunft vieles privat vergeben wird. Dieser Auftrag ist privat vergeben gewesen oder ist es noch immer. Er ist in der Bauausführung, der Planung und der Überwachung privat übergeben gewesen und hat den Erfolg gebracht, den die Stadt Villach sonst über eigene Leute des Hauses gehabt hat. Wenn man sagt, man braucht eine begleitende Kontrolle und immer von Häuslbauern spricht, so stellt sich eine Frage. Hat der Häuslbauer zu Hause eine Planungsabteilung, wenn er etwas saniert? Er holt sich ei-

nen Fachmann, dem er das überträgt, der das Haus baut und saniert. Es wird in den Raum gestellt, daß man als Privater eine begleitende Kontrolle braucht. Doch dabei würden sich die Kosten noch erhöhen. Für die Zukunft ist aus dem, was passiert ist, Konsequenz gezogen worden. Es gibt zukünftig neue Richtlinien, das hat der Baudirektor vor den Mitgliedern des Bauausschusses und auch vor dem Stadtsenat erläutert. Die FPÖ-Fraktion hat eine so straff organisierte Organisation, daß deren Mitglieder das Papier wahrscheinlich schon vorher gelesen haben. Es gibt in Zukunft klare Richtlinien. Es sind Konsequenzen gezogen worden und es ist nicht klar, warum jetzt noch debattiert wird. In Villach gibt es zwei Arten von Menschen, die im Gemeinderat arbeiten. Jene, die zusehen, daß etwas weitergeht und jene, die Schneebälle bauen. Schneebälle bauen ist eben leichter. Dazu braucht man keinen Architekten.

Frau Gemeinderätin Steinkellner möchte zur Wortmeldung von Gemeinderat Sobe etwas bemerken. Sie ist Kleinstunternehmer und hat daheim ein altes Haus. Wenn sie in ihrem Geschäft so wirtschaften würde oder ihr Haus so umbauen würde, wie es in der Stadt Villach im Moment der Fall ist, so würde sie entweder vor den Kadi kommen und wegen fahrlässiger Krida angeklagt werden oder ins Gefängnis gehen. Der Stadt kann das natürlich nicht passieren. Dem Architekten wird die Schuld gegeben, doch die Kosten muß der Steuerzahler tragen, was oft vergessen wird. Und was heißt Rumpold-FPÖ? Die FPÖ-Fraktion gehört zur Haider-FPÖ, das ist zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Stadtrat Dr. Clar ist zu sagen, daß sie ihn voll und ganz versteht und weiß, daß in Villach dringendst Kindergartenplätze benötigt werden. Sie ist auch im Sozialausschuß. Wenn Stadtrat Dr. Clar nun behauptet, daß die FPÖ-Fraktion gegen den Ausbau ist, dann meint er

jetzt dasselbe, was er vorher bei dem Ärztedienst gesagt hat. Er hat wieder Äpfel mit Birnen verwechselt. Die FPÖ-Fraktion hat dezidiert immer erklärt, daß sie für den Ausbau ist, aber nicht unter den Voraussetzungen, daß Kostenüberschreitungen in diesem Ausmaß auftreten. Das geht nicht und trifft klipp und klar den Baureferenten. Etwas hat sie bei Stadtrat Dr. Clar vermißt. Warum hat er sich damals beim Land Kärnten bezüglich einer Genehmigung der wasserrechtlichen Bestimmungen für den Ausbau eines Kindergartens auf dem Grundstück Virgil-Gleisenberger-Straße - Tschabuschnigstraße nicht behaupten können? Der Besitzer des Grundstückes, die Villacher Brauerei, wollte dort einen Kindergarten errichten. Die Chance wurde leider in Villach vergeben, obwohl so dringend Kindergartenplätze gebraucht werden.

Gemeinderat Dr. Löberbauer stellt fest, daß Gemeinderat Dr. Ertl in seiner ersten Wortmeldung gemeint hat, die SPÖ-Fraktion lege eine falsche Fährte. Die SPÖ-Fraktion legt keine falsche Fährte, sondern benutzt in der Diskussion zwei Punkte, die eine ganz interessante Form von Tarnen und Täuschen beinhalten. Zum einen stellt sie es so dar, als ob die Gemeinderäte, die heute gegen die Erhöhungen stimmen werden, gegen einen Kindergarten sind. Das ist ein interessanter Versuch, entspricht aber nicht der Tatsache. Denn gegen den Kindergarten Pestalozzi ist niemand. Es ist niemand gegen die Sanierung, ist ist niemand dagegen, daß 125 Kinder dort einen Kindergartenplatz haben und es ist niemand dagegen, daß die Eltern ihre Kinder auf einem Parkplatz abliefern können und das nicht im Kreuzungsbereich machen müssen. Das stimmt nicht, es wird nur der Versuch gemacht, es so darzustellen. Es wird jetzt nicht aufgezählt wogegen, sondern wofür die ÖVP-Fraktion

und vermutlich auch die FPÖ-Fraktion ist. Die ÖVP-Mandatare sind dafür, daß man vorher ordentlich rechnet, informiert und dann kontrolliert.

Er hat es nicht so erstaunenswert gefunden, als Gemeinderat Haslinger davon gesprochen hat, daß bei Gemeinderat Dr. Ertl Kostenüberschreitungen von 65 % vorgekommen sind. Er spricht deshalb darüber, weil er Gemeinderat Dr. Ertl vorher gefragt hat, ob er über ihn reden darf. Denn private Angelegenheiten von Gemeinderäten möchte er privat lassen. Persönlich hat es ihn schon gewundert, denn so wie er Gemeinderat Dr. Ertl kennt und wie viele Mitglieder des Gemeinderates ihn kennen, hat er sich nicht vorstellen können, daß bei einem Projekt, daß noch dazu so kontrolliert wird, wie Gemeinderat Dr. Ertl kontrolliert, 65 % Überschreitungen vorkommen können. Es wird davon gesprochen, daß ohnehin nur das getan wird, was gefordert wird, nämlich an Private vergeben. Schließt die Vergabe an einen privaten Architekten aus, daß man Rücksprachen erwartet oder läßt man ihn fuhrwerken, bis er wirklich 65 % mehr Geld ausgibt? Gemeinderat Dr. Ertl hat bei sich bestens bewiesen, daß es nicht so ist. Auch er würde sich dagegen wehren, wie es auch Gemeinderat Dr. Ertl bei seinem Projekt offensichtlich sehr erfolgreich gemacht hat, da die Kosten nämlich gesunken sind. Genau das ist der Punkt. Die Gemeinderäte der Stadt Villach erwarten sich, daß der Bauherr, der Herr des Geschehens, das ist die Stadt Villach und nicht der Architekt, dem Architekten entsprechend auf die Finger klopft, wenn er den Auftrag vergeben hat. Es handelt sich dabei schließlich um eine einmalige Vergabe an einen Privaten. Das ist kein Freibrief dafür, daß dieser mit dem Geld machen kann, was er will. Es schließt eine Kontrolle nicht aus, sondern zieht eine Kontrolle zwingend nach sich. Wie man das erfolgreich macht, hat Gemeinderat Dr. Ertl ge-

schildert. Er entschuldigt sich noch einmal dafür, daß er über das Private gesprochen hat. Er hätte es nicht getan, doch wenn das Thema von Gemeinderat Haslinger in einer öffentlichen Sitzung angeschnitten wird, so kann man dazu auch Stellung nehmen. Was nachdenklich stimmen sollte, ist der Kommentar, der in der heutigen Kleinen Zeitung zu diesem Thema erschienen ist. Da heißt es unter anderem: "Budgetwahrheit hin, Kostenexplosion her - Wie wird in Villach der Haushaltsplan erstellt? Wo zaubert man zusätzliche Millionen her, die so mir nichts, dir nichts irgendwo abgehen, usw." Man hat das Feuerwehrzentrum gebraucht und jetzt den Pestalozzi-Kindergarten. Die ÖVP-Fraktion hat bei der letzten Budgetsitzung festgestellt, daß die Erfahrungen, die in der Vergangenheit gemacht wurden und laufend beim Feuerwehrzentrum gemacht werden, sie dazu veranlassen, nicht mehr an die Budgetwahrheit zu glauben. Beim Feuerwehrzentrum wurde es dokumentiert. Jetzt, eineinhalb Monate später, ist der nächste Fall an der Reihe. Die Budgetwahrheit ist wirklich nicht eingehalten worden. Die ÖVP-Fraktion hat nicht gewußt, daß es so krass sein wird, aber es war zu erwarten wenn man weiß, wie in Villach gearbeitet wird. Deshalb sollte man in Zukunft die Budgetwahrheit und auch die Kontrolle etwas genauer nehmen. Wenn man Aufträge vergibt, bedeutet das noch lange nicht, daß nicht mehr kontrolliert werden soll. Im Gegenteil, wenn ein Auftrag außer Haus gegeben wird, dann muß erst recht kontrolliert werden. Keiner würde bei seinem eigenen Haus einen Architekten ohne Einwilligung 65 % mehr Geld ausgeben lassen und es ergeht das Ersuchen an alle, das Steuergeld einmal wie sein persönliches Geld zu behandeln. Dann käme man nämlich dorthin, daß der Gemeinderat wieder gemeinsam Entscheidungen tragen kann, daß er wieder gemeinsam Budgets tragen kann und daß man zu Projekten von Anfang bis zum Ende gemeinsam stehen kann. Sollte es geringfügige Überschreitungen geben, so hat jeder

Verständnis dafür und hat es auch in der Vergangenheit nie Probleme gegeben. Aber wenn es heute Kostenexplosionen von S 7 Mio. oder über S 7 Mio. gibt, dann sollte niemand so dargestellt werden, als ob er gegen das Projekt wäre, sondern so, daß man dagegen ist, wenn S 7,9 Mio. bei so einem relativ kleinen Projekt mehr ausgegeben werden. Hierfür wird auch die Mehrheitsfraktion um Verständnis gebeten.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte etwas richtigstellen. Gemeinderat Dr. Löberbauer hat davon gesprochen, daß falsche Fährten gelegt wurden. Es muß jedoch ganz deutlich betont werden, daß es eine bewußt falsche Fahrt ist, wenn jetzt davon gesprochen wird, daß hier die Budgetwahrheit nicht gegeben sei. Es steht im Amtsvortrag, es ist allen im Raum bekannt, daß im Budget 1993 sehr wohl der Betrag, der heute mit einem Baubeschluß beschlossen wird, vorgesehen ist. Das heißt, es entspricht der Budgetwahrheit sehr wohl, wenn heute hier eine positive Beschlußfassung zum Kindergarten getroffen wird, damit dieser Kindergarten jetzt fertiggestellt werden kann. Das muß betont werden, weil es da wirklich um eine bewußt falsche Fährtenlegung geht.

Gemeinderat Malle möchte Gemeinderat Sobe eines sagen. Er hat während der Debatte einen Satz fallen lassen: "Wir machen das ja für unsere Kinder". Da muß Gemeinderat Sobe Recht gegeben werden. Nur die politische Verantwortung, daß es zu einer Kostenüberschreitung, wie Gemeinderat Dr. Ertl bereits gesagt hat, von fast S 8 Mio. kommt, die muß er seinen Kinder einmal einbläuen und behaupten, daß die Kinder es verstehen, wenn Beschlüssen gefaßt werden müssen, bei denen ein Bauvorhaben statt S 8 Mio. S 14 Mio. kostet. Das muß Gemeinderat Sobe, darum wird er gebeten, einmal seinen Kindern sagen. Es hat niemand im Gemeinderat dagegen etwas, daß Kindergarten-

plätze von 65 auf 125 aufgestockt werden. Die Planung, die Ausführung, die begleitende Kontrolle, werden von Gemeinderat Samnitz in Frage gestellt, da er behauptet, daß dabei wieder Mehrkosten entstehen. Es entstehen keine Mehrkosten, da durch den Bauherren, das Hochbauamt, die Abteilung IIC, die begleitende Kontrolle gemacht werden kann. Die Beamten werden sowieso bezahlt. Gemeinderat Samnitz hat gemeint, daß er einiges nicht verstanden hat. Wenn er während einer Debatte weniger Zwiesgespräche führen und besser aufpassen würde, dann würde er vieles besser verstehen.

Zu Stadtrat Dr. Clar ist zu sagen, daß niemand etwas gegen Kindergartenplätze hat, wie bereits erläutert wurde. Wenn Stadtrat Dr. Clar mittragen kann, daß es zu einer derartigen Kostenexplosion kommt, dann muß man sich fragen, ob er als Kindergartenreferent und als politischer Referent in dieser Angelegenheit noch tragbar ist. S 7 Mio. mehr werden mit einem Händewischen beschlossen und dabei behauptet, daß man ohnehin nur Gutes für die Stadt Villach will. Es kann nicht gutgeheißen werden, wenn mit den Steuergeldern aller Villacher Bürger so leichtfertig umgegangen wird.

Gemeinderat Dr. Löberbauer meldet sich zur Geschäftsordnung und hält seine Behauptung mit der falschen Fährte und dem Tarnen und Täuschen aufrecht. Der Amtsvortrag, von dem Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher gesprochen hat, ist mit 1.12.1992 datiert, unterzeichnet von Vizebürgermeister Binter, D.I. Steinmetz und Ing. Krassnitzer. Die Budgetsitzung war am 27.11.1992.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte das noch einmal klarstellen. Es geht nicht darum, wann die Budgetanforderung eingereicht wurde und welche

Summe im Gemeinderat als Teil des Budgets beschlossen wurde, sondern darum, ob in dieser Sitzung dem Budget entsprechend beschlossen wird oder ob es sich um Überschreitungen und Abweichungen von dem Budget, das der Gemeinderat der Stadt Villach beschlossen hat, handelt. Es handelt sich jedoch hier um keine Abweichungen, sondern um eine detaillierte Vollziehung im Rahmen des beschlossenen Budgets.

Stadtrat Dr. Clar legt überhaupt keine falsche Fährte. Er hat festgestellt, daß er einmal ein positives Wort zu diesem Kindergarten hören möchte. Nur darum geht es. Diese Kostenexplosion ist sicherlich für alle bedauerlich, das ist keine Frage. Es wird die detaillierte Frage an die Gemeinderäte gestellt, ob diese gegen den Kindergarten gestimmt und ihn abgelehnt hätten, wenn sie gewußt hätten, daß er S 14 Mio. kosten wird. Es hat Zwischenrufe darüber gegeben, daß ein neuer Kindergarten billiger gewesen wäre. Für den Kindergarten Fellach wurden mehrere Varianten berechnet, Umbau, Neubau, fünfgruppig, mit Hort, ohne Hort usw. Die Schätzkosten für einen fünfgruppigen Kindergarten in der Fellach, ohne den Hort, das wäre die Größenordnung, von der Kinderanzahl her, des Pestalozzkindergartens, wären ca. S 26 Mio. Beim Kindergarten Pestalozzi handelt es sich um einen Kindergarten mit einer sehr schwierigen Substanz, Altbau, denkmalgeschützt, Schenkung, der sicherlich ein horrendes Geld, S 14 Mio., kostet. Aber er steht nach wie vor dazu, daß damit wirklich ein wunderbarer, funktionsfähiger Kindergarten im innerstädtischen Bereich gebaut wird. Denn wo hätte man sonst im innerstädtischen Bereich die Gelegenheit, so einen Kindergarten zu bauen. Was wäre die Nachnutzung dieses Hauses gewesen, wenn man es nicht saniert und den Kindergarten woanders gebaut hätte. Die Konsequenz dieser Diskussion ist nicht sichtbar. Wenn jetzt bestätigt wird, daß

der Gemeinderat auch bei S 14 Mio. zugestimmt hätte, dann sind ohnehin alle einer Meinung. Es geht darum, den Kindergarten zu sanieren, auszubauen, die Plätze zu schaffen. Sicherlich ist diese Entwicklung von der Kostenschätzung bis zur tatsächlichen Endsumme für niemanden erfreulich. Das bestreitet niemand.

Es tut ihm leid, daß sich Frau Gemeinderätin Steinkellner schon wieder irrt. Der Wasserrechtsbescheid am Baugrund vor dem LKH ist ein Wasserrechtsbescheid. Er ist referatsmäßig nicht zuständig dafür, hat sich aber trotzdem erkundigt. Der Bescheid stammt von der Wasserrechtsbehörde. Wie Frau Gemeinderätin Steinkellner weiß, ist ihr Herr Genosse Freunschlag zuständig. Das Land, die Direktion des LKH Villach, hat ein Ansuchen gestellt, den Wasserrechtsbescheid, der aus dem Jahre unter 1970 stammt, darauf zu überprüfen, ob es nicht vielleicht doch die Möglichkeit gäbe, mit modernen baulichen Maßnahmen etc., dieses wunderschöne Projekt, das im Plan schon fertig war, durchführen zu können. Die Abteilung ihres Parteikollegen Freunschlag war nicht einmal zu einer Überprüfung bereit. Frau Gemeinderätin Steinkellner sollte zu Herrn Landesrat Freunschlag gehen und diesen kritisieren. Da wäre sie an der richtigen Adresse.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß jetzt die Komplimente hin und her fliegen. Auch Gemeinderat Dr. Ertl hat Stadtrat Dr. Clar bestätigt, daß er ein ausgezeichnete(r) Arzt ist. Er kann das nicht beurteilen, da er nicht zu Stadtrat Dr. Clar geht. Stadtrat Dr. Clar hat ihn auf den Plan gerufen und dazu gebracht, noch einmal zu sprechen, da dieser den Versuch unternommen hat, der FPÖ-Fraktion etwas zu unterstellen, obwohl bereits bei der ersten Wortmeldung für die gesamte FPÖ-Fraktion gesagt wurde, daß diese weder gegen das Feuerwehrzentrum oder

die Musikschule, noch gegen den Kindergarten ist. Der FPÖ-Fraktion geht es nur darum, das war der Ausgangspunkt der gesamten Diskussion, daß der Baureferent als politisch Verantwortlicher die Kostenentwicklungen, die Kostenexplosionen, bei all diesen Objekten in den Griff bekommen muß. Beim Pestalozzi-Kindergarten liegt vielleicht auch der Fehler darin, daß der Architekt die erste Kostenschätzung deshalb durchgeführt hat, damit er dem Bauherren seine Honorarnote bekanntgeben kann. So lautet das Gerücht, das darüber kursiert. Doch wenn er sagt, daß ein Gerücht kursiert, dann weiß er ganz sicher, daß es tatsächlich so ist. Wenn man so arbeitet und die Erstschätzung mit Billigung aller, die beteiligt sind, aus der Hüfte macht, dann wird es kritisch. Dann wird es so kritisch, daß zwei Beamte, die die Verantwortung auf Beamtenebene tragen und der politische Referent in die Schere kommen.

Die FPÖ-Fraktion ist auch dafür, daß die Kläranlage gebaut wird. Er war eineinhalb Jahre Referent für das Kongreßhaus, hat Vorarbeit dafür geleistet und hofft, daß das Kongreßhaus eventuell in zwei Jahren neu eröffnet werden kann. All diese Dinge, die nun diskutiert werden, sollen dazu führen, daß die Arbeiten gewissenhafter durchgeführt werden. Mit Konsequenz sollte versucht werden, die Kostenexplosionen, die schließlich und endlich der Villacher Bürger tragen muß, in den Griff zu bekommen und zu minimieren. Abschließend ist festzuhalten, daß die FPÖ-Fraktion zu den Punkten 7.) bis 10.) nicht ihre Zustimmung geben wird und daß die FPÖ-Fraktion nicht gegen die Feuerwehr, die Kindergärten, die Musikschulen und ähnliches ist.

Gemeinderat Grumeth führt aus, daß sehr lange über Kostenwahrheit und darüber, daß sich offensichtlich in der Hochbauabteilung etwas ändern muß,

gesprochen worden ist. Er möchte anregen, daß bei den Gebäuden, die die Stadt Villach errichtet, verbessert oder verändert in Zukunft der Faktor Baubiologie mehr eingehen müßte. Wenn es neue Richtlinien geben wird, dann sollten auch diese Richtlinien Beachtung finden. Es ist wichtig, daß beispielsweise bei Kindergärten die erste Stufe der Baubiologie, das heißt giftfreie, natürliche Oberflächen, verwirklicht wird. Jetzt, wo sich im Bauwesen alles verändern wird, sollte man dem mehr Rechnung tragen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte noch auf einen Punkt eingehen, den Gemeinderat Mag. Henhapl angezogen hat, nämlich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Vergleich mit der Beschlußfassung Kindergarten Pestalozzi. Alle Mitglieder des Gemeinderates und auch alle Beamten im Haus wissen, daß es das oberste Ziel des Finanzreferates ist und daß jede Bemühung in die Richtung geht, nicht unbedingt notwendige, deutlich erklärbare und begründbare Überschreitungen während des Jahres abzulehnen und zu verhindern. Einerseits wird es aber bei einer Budgetvorlaufzeit von mehreren Monaten nicht immer möglich sein, alle gesetzlichen Änderungen und ähnliches bereits im August oder September des Vorjahres zu berücksichtigen. Zweitens ist das heutige Beispiel von überplanmäßigen Ausgaben ein sehr gutes, daß nur in einem Punkt als exemplarisch hingestellt werden soll. Von insgesamt in etwa S 10 Mio. handelt es sich bei S 9,5 Mio. um überplanmäßige Ausgaben für den Ankauf eines Betriebsgrundstückes. Jeder im Gemeinderat weiß, daß die wirtschaftliche Zukunft dieser Stadt von der Entwicklung der bestehenden Betriebe und von der Ansiedelung neuer Betriebe abhängig ist. Es gibt Referenten, die viel tun, die sich viel Zeit nehmen, die sich kümmern, um in ihrem Referatsbereich etwas weiterzubringen. Es ist sicher Aufgabe der Wirtschaftsreferentin dafür zu sorgen, daß

in der Betriebslandschaft eine positive Weiterentwicklung in Villach möglich ist. Dazu gehören auch verfügbare Betriebsgrundstücke. Es ist andererseits eine Bedeckung bereits vorgegeben. Es sind nicht immer nur Zahlen, die heruntergelesen werden, man sollte sich einmal genauer damit beschäftigen. Die Bedeckung für die S 9,5 Mio. des Grundstückes ist zu S 7 Mio. durch Einnahmen aus Grundverkauf gegeben. Wenn man sich das ehrlicherweise überlegt, dann müßte man sich fragen, woher diese S 7 Mio. kommen. Es bedeutet ganz konkret, daß heute schon Vorverträge mit Unternehmungen vorhanden sind, die den Grundstücksbestand der Stadt Villach für Ansiedelungen, für Erweiterungen nutzen wollen. Das bedeutet, die Stadt Villach kann heute durch den Grundstückspool, den sie sich gesichert hat, Wirtschaftsentwicklung möglich machen. Man sollte nicht in allen Fällen von vornherein alles in einen Topf werfen, sondern sollte die Autonomie, die der Gemeinderat einer autonomen Stadt mit eigenem Statut hat, dort, wo es im Interesse der Wirtschaft und der Bürger sinnvoll ist, auch nützen. Sie als Finanzreferentin wird das in Zukunft auch weiter tun. Auch wenn es oft oberflächliche Kritik gibt, die nur von den Gesamtsummen ausgeht und nicht im Detail sachlich urteilt.

Vizebürgermeister Binter möchte versuchen, auf einige der Vorwürfe einzugehen. Die Frage der Mehrwertsteuer hat Gemeinderat Ing. Andronik bereits im Bauausschuß gestellt und von Baudirektor Dipl.-Ing. Pühringer zur Antwort bekommen, daß die Stadt Villach beim Bauvorhaben Kindergarten vorsteuerabzugsberechtigt ist. Nun stellen sich zwei Fragen. Entweder ist das, was von Gemeinderat Ing. Andronik vorgebracht wird, unseriös oder er hat Schwierigkeiten mit seinem Kurzzeitgedächtnis. Es gibt nur diese zwei Möglichkeiten. Er möchte Gemeinderat Ing. Andronik nicht widersprechen wenn dieser meint, daß der

Architekt und der Sonderplaner das vermässelt haben. Wenn Stadtrat Ing. Truppe der Meinung ist, daß die Arbeiten unter Druck der anderen Fraktionen nach außen gegeben werden, so ist damit nicht Druck gemeint, sondern es war der Wunsch der Fraktionen in diesem Gemeinderat, ob aufgrund der Personalsituation in der Baudirektion nicht überlegt werden soll, das eine oder andere Bauvorhaben nach außen zu vergeben. Was dabei herausgekommen ist, haben alle selbst miterlebt. Gemeinderat Dr. Assmann führt an, daß auf Anregung der FPÖ-Fraktion das Schreiben, das ein Vermeiden solcher Fehler im Bereich des Bauwesens zum Inhalt hat, erarbeitet wurde. Vizebürgermeister Binter hat, wie sich die Situation beim Feuerwehrzentrum abgezeichnet hat, Herrn Baudirektor gebeten und beauftragt, ein Schreiben und Richtlinien zu erarbeiten, die die Stadt Villach davor schützen sollen, daß in Zukunft solche Dinge passieren. Dieses Schreiben wurde von ihm bereits vor einem Monat allen Fraktionen übermittelt. Er möchte einen Punkt herausgreifen, der in den nächsten Wochen dem Bauausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Die abgeschlossene Detailplanung und Kostenermittlung in Form von vorliegenden Angeboten garantiert dann eine Kostengenauigkeit von 5 %. Zum diesem Zeitpunkt muß auch ein Baubeschluß gefaßt oder das ganze Projekt als nicht finanzierbar zu den Akten gelegt werden. Das wird in Zukunft die Richtlinie sein, die von ihm seinen Leuten in der Bauabteilung vorgegeben wurde. Das Schreiben wurde den einzelnen Fraktionsobmännern ausgehändigt, damit es diskutiert werden kann. Er wird auch, sollte der Wunsch bestehen das Schreiben in den Fraktionen zu erläutern, Herrn Baudirektor bitten, das zu tun. Es ist notwendig solche Dinge gemeinsam zu erarbeiten, damit eine gewisse Seriosität bei dem Vorgehen vorhanden ist. Das ist nicht immer der Fall. Wenn Stadtrat Ing. Klamt der Meinung ist, daß die Sozialdemokratische Fraktion in den letzten 50 Jahren in Villach die Ver-

antwortung getragen hat, so bekennt er sich dazu und ist stolz darauf, daß auch er einen Teil der 50 Jahre in diesem Bereich mitarbeiten konnte.

Zu der Wortmeldung von Stadtrat Ladstätter, der Architekt hätte dieses Projekt aus der Hüfte geschätzt, hat er nichts hinzuzufügen, da es sich hierbei um die Beurteilung von Stadtrat Ladstätter handelt. Wenn dem Baureferenten nun beispielsweise unterstellt wird, er ist dafür verantwortlich und muß deshalb zurücktreten, weil er nicht erkannt hat, daß dort keine Holzstiege, sondern eine andere Stiege hingehört, so ist das lächerlich. Eines darf versichert werden. Deshalb, weil der Architekt oder der, der für dieses Bauvorhaben in erster Linie verantwortlich war, nicht weiß, daß dort eine Holzstiege hingehört, wird es keinem gelingen, ihn zu einem Rücktritt zu überreden. Auch das Thema Musikschule wurde kurz angezogen. Vermutlich wird die Musikschule eines jener Bauvorhaben sein, das als Musterbeispiel dafür dienen kann, wie ein Bauvorhaben abgewickelt wird. Der Gemeinderat hat aus der Vergangenheit gelernt und lernen müssen. Wenn dieses Thema nun wieder in den Raum gestellt und skandalisiert wird, so ist das für ihn einfach die Vorgangsweise der FPÖ-Fraktion in diesem Gemeinderat. Noch eine Bitte wird an den Gemeinderat gerichtet. Wenn man von Schätzungen spricht, sollte nichts verwechselt werden. Ein Beispiel dafür ist der Stadtpfarrturm. Es muß erlaubt sein, daß man es für einen Vorteil für die Stadt Villach hält, den Stadtpfarrturm begehbar zu machen und Bürgermeister Manzenreiter den Auftrag gibt, eine Kostenschätzung durchzuführen. Daraufhin wurden von den Beamten des Hauses die Kosten mit etwa S 2,5 oder S 3 Mio. angegeben. Das war wirklich nur eine Schätzung. Weiters muß es erlaubt sein, daß man darüber nachdenkt, wie man eine solche Einrichtung weiterhin nützen könnte. Von Herrn Bürgermeister wurden namhafte

Persönlichkeiten eingeladen, mit denen man sich über das Projekt unterhalten hat und wobei verschiedene Ideen aufgetaucht sind. Eine der Ideen war, den Stadtpfarrturm mit der Kirche für den Carinthischen Sommer zu nützen. Wenn man den Kulturbereich ausbauen und in der Kirche Konzerte veranstalten will, dann braucht man die entsprechenden Maßnahmen dazu, wozu er sich auch bekennt. Man braucht einen Ruheraum für die Komponisten, die sich dort vorbereiten müssen und ähnliches. Wenn alle diese Dinge ausdiskutiert sind und man mit einem endgültigen Amtsvortrag in den Bauausschuß geht, dann wird man wieder verteufelt. Es wird vorgebracht, daß man ursprünglich von S 2,9 Mio. gesprochen hat und nun S 5 Mio. angibt. Das ist die Vorgangsweise. Daraus kann man nur den einen Schluß ziehen, daß man in Zukunft solche Schätzungen nicht mehr vorlegen kann. Andernfalls wird man sofort beim Fenster hinausgehängt, da die Kosten in der Endkonsequenz doch S 5 Mio. betragen. Dabei ist man nicht so fair zu fragen, warum es letztenendes zu den S 5 Mio. gekommen ist.

Er ist der letzte, der mit der Entwicklung beim Kindergarten Pestalozzi zufrieden ist. Aber er war ebenfalls der erste, auch im Bereich der Feuerwehr, der zu seinen Leuten in die Bauverwaltung gegangen ist und ihnen mitgeteilt hat, daß ein neuer Weg gesucht werden muß. Es darf und kann so nicht weitergehen. Das früher bereits erwähnte Schreiben enthält Wege die dazu führen sollen, daß man in Zukunft solche Dinge in den Griff bekommen wird. Er lädt noch einmal alle Fraktionen ein, der Baudirektor und die Beamten des Hauses werden zur Verfügung stehen, dieses Schreiben zu erläutern und gemeinsam in Zukunft diesen Weg zu beschreiten.

Zu Pkt. 7.)

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und
die Stimme von Gemeinderat Grumeth),

aufgrund des aus dem beigelegten Amtsvortrag ersichtlichen Sachverhaltes die Erhöhung der Baukosten von S 7,9 Mio. (lt. Bauausschuß-Beschluß vom 24.3.1992) auf S 14,1 Mio. zu genehmigen.

Zu Pkt. 8.)

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und
die Stimme von Gemeinderat Grumeth),

der Vergabe der Holzfußböden für den Um- und Ausbau des Kindergartens Pestalozzi an die Firma Schlick GesmbH, Ferdinand-Wedenigstraße 3, 9500 Villach, zum Betrage von S 451.460,-- excl. MWSt., zuzustimmen.

Zu Pkt. 9.)

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und
die Stimme von Gemeinderat Grumeth),

der Vergabe der Innenausbauarbeiten (Abhängedecken) für den Um- und Ausbau des Kindergartens Pestalozzi an die Firma Kurt Perchtold, Tagwerkstraße 2, 4813 Altmünster, in Summe von S 160.305,-- excl. MWSt., zuzustimmen.

Zu Pkt. 10.)

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und
die Stimme von Gemeinderat Grumeth),

der Vergabe der Zimmermannsarbeiten für den Um- und Ausbau des Kindergartens Pestalozzi an die Firma Kofler & Kaval-
lar, 10. Oktoberstraße 11, 9551 Bodensdorf, zum Betrage von S 328.177,-- excl. MWSt., zuzustimmen.

Pkt. 11.) Errichtung der biologischen
Reinigungsstufe bei der Klär-
anlage Villach - Bauzeit, Fi-
nanzierungsplan

Blg. 12 Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 29.1.1993.

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß
nun der vorliegende Amtsvortrag vom Referenten vorgetragen
worden ist. Er stellt fest, das hat er bereits im
Bauausschuß mitgeteilt, daß die Aufteilung der Eigenmittel
nicht richtig ist. Die Stadt Villach ist an den Verbänden
Ossiacher See mit 28 % und Faaker See mit 50 % beteiligt.
Das bedeutet, zu den S 8,6 Mio. vom Wasserverband Ossi-
acher See und zu den S 7,59 Mio. Abwasserverband Faaker
See muß die Stadt Villach ihr Scherflein beitragen. Es
wird daher der Villacher Bürger ebenfalls mit zusätzlichen
Mitteln, die die Verbände aufzubringen haben, belastet.
Beim Abwasserverband Faaker See ist noch nicht geklärt,
wie die Rückstandsfinanzierung von S 32 Mio. erfolgen
wird. Daher sind die im Amtsvortrag genannten Zahlen nur
mit Vorsicht zur Kenntnis zu nehmen. Ebenso fehlt die Ko-
stenbeteiligung des Anschlusses eines Teiles der Gemeinde
Weissenstein. Heute ist aus der Presse zu entnehmen, daß
Gummern und Arriach sich anschließen werden oder Teile
von Arriach angeschlossen werden. Davon ist im Amtsvortrag
ebenfalls nicht die Rede. Der Baureferent ist nicht in
der Lage, die genannten Kriterien in den Amtsvortrag mit
aufzunehmen. Die Stadt Villach hat also aus dem Titel, daß
sie an Verbänden beteiligt ist, zusätzlich noch in Summe
S 6,2 Mio. an Mitteln aufzubringen. Vizebürgermeister Bin-
ter hat, wie vorhin schon erwähnt, diese Mittel nicht in
Rechnung gestellt. In den Medien wird bekanntgegeben, daß
Teile von Gummern und Arriach angeschlossen werden sollen

oder die Abwässer der Kläranlage Villach zugeführt werden sollen, aber im Amtsvortrag ist davon überhaupt nicht die Rede. Wenn er sich die Vergangenheit ansieht so hat er starke Bedenken, daß der Villacher Bürger nicht wieder mit Kostenüberschreitungen konfrontiert wird, nachdem Vizebürgermeister Binter der zuständige Referent für diese Angelegenheit sein wird. Kosten von einer halben Milliarde Schilling, da ist er neugierig, wie das ausgehen wird.

Gemeinderat Mag. Haider stellt fest, daß ein Hauptproblem bei der Kläranlage der Klärschlamm sein wird, der dann anfällt. Es ist bekannt, daß der Klärschlamm mit Schwermetallen belastet ist und er deshalb nur sondergelagert werden kann. Es gibt jetzt die Tendenz, den Klärschlamm deshalb einer thermischen Verarbeitung zuzuführen, sprich, eine Müllverbrennung durchzuführen. Seine Sorge ist die, daß hier eine Unmenge von Klärschlamm mit Schwermetallen anfallen wird. Es müßte erhoben werden, welche Betriebe die Schwermetalle einleiten, wo vor allem diese Schwermetalle herkommen und welche Möglichkeiten es gibt, diesen Klärschlamm gesondert zu behandeln, sodaß dann ein ziemlich schwermetallfreier Klärschlamm vorhanden ist, der kompostierbar und verwendbar ist. Wenn das nicht gemacht wird, dann wird der Druck in Richtung Müllverbrennung so groß sein, daß man dem kaum standhalten wird können.

Gemeinderat Sobe hätte es gewundert, wenn die Unkenrufe des Kollegen Ing. Andronik nicht vonstatten gegangen wären. Es dürfte wahrscheinlich so sein, daß bis zum Tagesordnungspunkt 12.) die sinngemäße Aufgabe des Stadtparteiobmannes Rumpold gewesen war, sich dort zu Wort zu melden. Es dürfte ab Pkt. 13.) etwas ruhiger werden. Nur ganz kurz zu den Fakten. Es handelt sich hierbei mit S 506 Mio. um das größte Bauwerk der Stadt Villach. Es

ist eine sinnvolle Investition in Richtung Umweltschutz und mit einer halben Milliarde Schilling eine Ankurbelung für die Wirtschaft. Was er herausstreichen möchte ist, daß es durch langwierige und schwierige Verhandlungen des Bürgermeisters mit Hilfe von Landesrat Schiller gelungen ist, die beste nur mögliche Finanzierung zu sichern. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier noch um eine Finanzierung mit einer 80%igen Darlehensmöglichkeit handelt und daß heute nur mehr die Möglichkeit mit 60 % bestehen würde. Das Land Kärnten gewährt mit 10 %, also etwas über S 50 Mio., einen verlorenen Zuschuß was heißt, daß es eine Ersparnis für die zukünftigen Benützer der Kläranlage geben wird. In die Richtung des Herrn Kontrollausschußobmannes Ing. Andronik und seiner Unkenrufe darf noch etwas gesagt werden. Geplant ist dieses Projekt von den seines Erachtens besten Leuten in Österreich, von einem anerkannten Ingenieurbüro, welches, so denkt er und hofft er auch, die Kostensituation nicht so darstellen wird, wie es hier wieder in den Raum gestellt wird. Es dürfte wahrscheinlich überhaupt kein Bauwerk in der Stadt Villach mehr geben, das nicht von vornherein kritisiert wird. Es darf noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß es die vorausschauenden, wirklichen umsichtigen Gedanken des Bürgermeisters waren, unabhängig davon, wie die Verhandlungen geführt wurden, daß es zu diesen großen und sinnvollen Investitionen in Richtung Biologie in der Stadt Villach kommt.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderat Dr. Ertl informiert, daß im Bauausschuß vergangener Woche das Projekt des Baues der biologischen Kläranlage einstimmig beschlossen wurde. Das ist ein Meilenstein in der Umweltpolitik der Stadt Vil-

lach für die Villacher Bürger. Er möchte jedoch nicht verschweigen, daß letztlich der Villacher Bürger und die angeschlossenen umliegenden Gemeinden das Projekt werden finanzieren müssen. Er macht schon jetzt darauf aufmerksam, daß sich in ein bis zwei Jahren, wenn das neue Kanalisationsabgabengesetz im Land beschlossen sein wird, auch der Gemeinderat der Stadt Villach damit beschäftigen wird müssen. Die Bevölkerung wird letztlich die S 500 Mio., ausgenommen den verlorenen Zuschuß durch das Land von S 50 Mio., das bedeutet rund S 450 Mio., aufbringen müssen. Der Umweltschutz, die Reinigung der Drau, muß etwas kosten dürfen. Er appelliert jetzt schon dafür, daß bei der Verteilung der Lasten ein ausgewogenes Maß gefunden wird und daß nicht gewisse Bereiche der Stadtbevölkerung zugunsten anderer über Gebühr belastet werden. Man muß einen gerechten Schlüssel finden. Gemeinderat Mag. Haider hat Bedenken bezüglich des Klärschlammanfalles. Es gibt jedoch nur die Möglichkeiten, die biologische Kläranlage zu bauen und den Klärschlamm in Kauf zu nehmen oder die biologische Kläranlage nicht zu bauen. Seine persönliche Meinung dazu ist, daß der technische Fortschritt so groß ist, daß man sich auch mit der thermischen Entsorgung des Klärschlammes beschäftigen müssen. Er hat gehört, daß Bürgermeister Mock, der wie der Bürgermeister der Stadt Villach der sozialdemokratischen Fraktion angehört, bei Seminaren in Salzburg auftaucht, bei denen über das Thema Müllverbrennung von hochrangigen Fachleuten diskutiert wird. Das zeigt, daß es auch in der sozialdemokratischen Fraktion Menschen gibt, die nicht mit Scheuklappen durch das Leben gehen oder voreilig Beschlüsse verkünden, sondern bereit sind, sich mit der technischen Entwicklung und mit der Problematik des Mülls und der anfallenden verwertbaren Abfälle zu beschäftigen. Das als kleiner Ausflug. Die ÖVP-Fraktion steht selbstverständlich hinter

dem Projekt der Errichtung der biologischen Kläranlage. Es wird für Villach ein Meilenstein in der Umweltentwicklung sein.

Gemeinderat Mag. Haider hält es für einen großen Vorteil, daß jetzt eine biologische Kläranlage gebaut wird. Es fällt jedoch jetzt ebenfalls schon fast genausoviel Klärschlamm an, wie dann nach der Biologie anfallen wird. Die mechanische Reinigung bringt den meisten Klärschlamm. Wenn biologisch gereinigt wird, wird kaum zusätzlich Klärschlamm anfallen. Das Problem ist, daß viel Klärschlamm anfällt. Dieser Klärschlamm ist schwermetallbelastet. Insofern gibt es einen Druck für die thermische Weiterverarbeitung, sprich Müllverbrennung. Seine Anregung war, daß erhoben wird, wo die Schwermetalle herkommen, welche Betriebe sie einleiten und ob es Möglichkeiten gibt, die Schwermetallbelastung durch geeignete Maßnahmen so herunterzudrücken, daß der Klärschlamm kompostiert und dann anderwärtig verwendet werden kann. Es ist sicher jetzt schon möglich, daher sagt er es auch jetzt. Er hat nicht gesagt, daß man es in 20 Jahren machen soll.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt fest, daß es nicht der Villacher Gemeinderat mit seinem jetzigen Gesprächsklima, mit seinen Schwerpunkten, die man über die Sitzungen hinweg Revue passieren lassen sollte, wäre, würde nicht 2 3/4 Stunden über eine, wie von allen betont wurde, schlechte Kostenentwicklung auf dem Bausektor, die man dringendst in den Griff bekommen muß, bei der es sich um eine Überschreitung von S 7 Mio. gehandelt hat, diskutiert werden. Welche Megaskandale sind noch vor zwei oder drei Monaten im Raum gestanden, worum geht es dann wirklich, wie schnell wird verdrängt, wie schnell setzen sich die Tatsachen gegenüber Vermutungen durch. Jetzt geht es um einen Tagesordnungspunkt, der über

eine halbe Milliarde Schilling zum Inhalt hat, das größte Bauvorhaben in der Geschichte Villachs überhaupt, die größte Baumaßnahme im Umweltbereich in ganz Kärnten. Über diese riesige Baumaßnahme und über das, was eigentlich dahinter steckt an Bemühungen, an Arbeit, an politischen und finanziellen Erfolgen, sind heute nur wenige Sätze gefallen. Da treten dann wieder technische Details und Probleme, die eventuell kommen werden und könnten in den Vordergrund. Sie möchte nur zwei Sätze dazu sagen. Es geht um über eine halbe Milliarde Schilling. Das ist für das Budget der Stadt Villach, aller Bürger der ganzen Region, eine Rieseninvestition. Es war in der letzten Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds möglich, auf Grund enormer Kraftanstrengungen der Stadt Villach als Bauträger des Bürgermeisters, des Umweltlandesrates Villach, der die Stadt Villach in Wien beim Fonds vertritt, das Bauvorhaben in die letzte Sitzung nach den alten Richtlinien einzubringen, sonst hätte die Stadt Villach, wie schon betont wurde, nicht 80 %, sondern maximal 60 %, und das nicht zu denselben Konditionen gefördert bekommen. Da geht es um Hunderte Millionen Schilling Unterschied. Es gibt noch einen zweiten Punkt, den man nicht ganz verdrängen sollte, sondern den sie auch ganz öffentlich anführen möchte. Es haben in den letzten drei Wochen hektischste Verhandlungen mit dem Land Kärnten stattgefunden. Auf Grund der neuen Richtlinien haben die Beamten es schriftlich abgelehnt, auch nur einen einzigen Schilling an Direktzuschuß für dieses Projekt zu gewähren. Es ist ausschließlich den Bemühungen des Bürgermeisters unter Mitwirken aller anderen betroffenen Gemeinden, das muß auch betont werden, zu verdanken, daß die Stadt Villach S 51 Mio., früher wurden über S 7 Mio. drei Stunden geredet, an verlorenem Zuschuß, das heißt geschenktes Geld für die Stadt Villach und für die Bürger der Stadt Villach, bekommen hat. Das sollte man doch nicht ganz unter den Tisch fallen lassen.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß Gemeinderat Dr. Ertl in diesen Raum Scheuklappen hineingestellt hat. Er überläßt es dann Gemeinderat Dr. Ertl, wem diese Scheuklappen beim Hinausgehen besser passen werden. Er war heute bei einer Besprechung. Es ist eindeutig und klar, daß es in Kärnten nur eine einzige thermische Entsorgungsanlage geben wird können, weil nur mit einer Anlage diese Anlage auch wirtschaftlich geführt werden kann. Es wird der gesamte Klärschlamm und wenn möglich die Müllfraktion, die befreit ist von der kompostierfähigen Fraktion, in dieser thermischen Entsorgungsanlage verbrannt werden können. Es sind Gespräche mit der Industrie in Kärnten, mit namhaften Firmen bereits sehr weit gediehen, ein Entsorgungskonzept auf thermischer Basis für die Zukunft in Kärnten zu erstellen. Über diese Gespräche sollte man noch nicht reden, denn sonst wird alles zerstört. Es wird eine Anlage geben. Einer der Kollegen von Gemeinderat Dr. Ertl hat bei einem Werk, die Ruine steht etwas weiter im Osten, auf einen Einstieg gedrängt. Die SPÖ-Fraktion hat sich einmal einen Ratschlag der ÖVP-Fraktion, nämlich Magdalen zu kaufen oder weiter zu betreiben, aufschwätzen lassen. Ein zweites Mal wird sie sich nicht aufschwätzen lassen, daß sich Villach bemühen soll, die Klärschlammverbrennungsanlage, die einzige in Kärnten, zu bekommen. Man sollte an den Beginn zurückdenken und überlegen, ob es vielleicht doch nicht so gescheit ist. Man sollte manchesmal versuchen, sich etwas zurückzulehnen. Für den touristischen Standort, die emotionale Situation nach der Magdalen-Diskussion und den ganzen Ort Magdalen, denn der Standort wäre ja dort, wäre eine Müll- und Klärschlammverbrennungsanlage in Magdalen nicht wünschenswert. Das hat nichts mit gescheit oder weniger gescheit zu tun. Es wissen alle, daß die thermische Entsorgung in Zukunft auch von der Deponiefrage her die einzige Möglichkeit sein

wird, da wir, wenn wir mit unserem Grund und Boden und mit dem Grundwasser in Zukunft zusammenkommen wollen, trockene Deponien brauchen. Und diese bekommt man nur, wenn man vorher verbrennt. Das ist derzeit die einzige Möglichkeit. Es weiß jeder, daß diese Anlage kommt, aber wenn sie nicht unbedingt mitten in der Stadt Villach steht, dann ist das etwas, wo die Scheuklappen vielleicht etwas weiter hinausgehen und man doch einer Stadt etwas an Diskussion erspart. Oder man will wieder eine kontroverselle Diskussion über irgendetwas eröffnen. Das kann schon sein. Die Stadt Villach ist sicher gut beraten, wenn sie sich nicht mit dem größten Löffel anstellt, damit sie die Müllverbrennungsanlage und die Klärschlammverbrennungsanlage für ganz Kärnten bekommt. Es ist die ganze Frage der Zulieferung, die in Magdalen zu beachten ist. Er wünscht allen viel Glück um die Diskussion, sollte die Anlage nach Villach kommen. Es wird der ganze Klärschlamm irgendwann zu der zentralen Verbrennungsanlage anzuliefern sein. Wenn sich die Stadt Villach da anstellen und als erster versuchen soll die Anlage zu bekommen, dann läßt er sich gerne, wenn er nicht diesen Weg geht, Scheuklappen in irgendeiner Form vorwerfen.

Gemeinderat Dr. Ertl stellt fest, daß er mit seiner persönlichen Meinung im Zusammenhang mit der thermischen Behandlung und der technischen Entwicklung zumindest mit den Scheuklappen Bürgermeister Manzenreiter provoziert hat. Nicht im negativen, sondern im positiven Sinn. Endlich wird der Gemeinderat darüber informiert, was hier passiert. Der Gemeinderat hört andernfalls nichts davon. Es hat ihn gefreut, beziehungsweise er nimmt zur Kenntnis, daß durch seine Wortmeldung von Bürgermeister Manzenreiter einmal wahre Worte darüber gekommen sind, daß die thermische Bearbeitung des Mülls ein Grund zu diskutieren und zu überlegen ist. Er hat nicht gesagt,

daß Magdalen der Standort sein soll. Er hat nicht gesagt, daß Villach der Standort sein soll. Er ist nur, da Bürgermeister Manzenreiter bis vor kurzem das Wort thermische Behandlung nie in den Mund genommen hat, der Meinung gewesen, dieser beschäftige sich nicht mit der Materie. Er ist gerne bereit, die Scheuklappen herunterzunehmen oder sie Bürgermeister Manzenreiter wieder abzunehmen und sie woanders zu deponieren.

Bürgermeister Manzenreiter wendet sich an Gemeinderat Dr. Ertl und meint, daß dieser wissen muß, daß die öffentliche Diskussion das eine und das Arbeiten das andere ist. So lange sind beide schon im Gemeinderat. Es hat in Kärnten in der letzten Zeit sehr viele Projekte gegeben, die zum Schaden der Wirtschaft in Diskussion geraten sind und bei denen man von vornherein etwas zerstört hat. So ist die Situation. Man weiß noch nicht, wo das Werk stehen wird. In Lavamünd wird man die dort als Abwärme zu nutzende Fernwärme relativ schwer an den Mann oder an die Frau oder an die Kinder bringen. Er hat sich nie grundsätzlich gegen eine thermische Entsorgung ausgesprochen. Er hat sich immer gegen den Standort St. Magdalen ausgesprochen und war der Meinung, dieser Standort ist auf eine Generation emotional so belastet, daß man es den Villachern niemals zumuten kann. Das war immer seine Aussage. Diese war immer klar. Heute sagt jeder, auch jeder Politiker, daß die Thermik kommen muß, nur bekennt sich keiner wirklich öffentlich dazu, da hier die Emotionen so eine große Rolle spielen. Die Diskussion sollte man dann führen, wenn man ganz genau weiß, worum es geht. Es gibt bereits Konzepte und Gedanken und die sollten in der Form verfolgt werden, daß die Anlage nicht unbedingt in Villach sein muß. So gesehen könnten, wenn der Standort woanders sein kann, die Scheuklappen vielleicht doch nicht berechtigt sein.

Vizebürgermeister Binter stellt fest, daß es wieder einmal Gemeinderat Ing. Andronik vorbehalten gewesen ist zu sagen, der Amtsvortrag sei falsch. Das muß zurückgewiesen werden. Es hat niemand gesagt, daß die Stadt Villach nicht beim Wasserverband Ossiach und auch nicht beim Abwasserverband Faaker See beteiligt ist. Das hat niemand in Frage gestellt. Es steht in keinem Amtsvortrag, aber Gemeinderat Ing. Andronik, wie immer, behauptet, es sei falsch. Vizebürgermeister Binter teilt die Bedenken von Gemeinderat Mag. Haider. Man ist dabei, bei Industriebetrieben die Abwässer zu überprüfen und falls notwendig, wird es eine Vorreinigungsstufe im einen oder anderen Bereich geben müssen. Zu Gemeinderat Dr. Ertl hat er nichts hinzuzufügen. Der Gemeinderat beschließt hier ein Projekt um eine halbe Milliarde Schilling, das wahrscheinlich die größte Investition im Umweltbereich der Stadt Villach ist und es auch wahrscheinlich für die nächsten Jahrzehnte sein wird. Wer keine Silbe dazu findet, ist der Umweltreferent der Stadt Villach. Eine Angst muß man in dieser Stadt nicht mehr haben. Die Angst, daß in ihr etwas passieren könnte. Bei diesen Leuten und bei der Leistung, die sie erbringen, kann nichts passieren.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Der auf Grund des Bauzeitplanes vom 14.12.1992 geänderte Bauzeit-Finanzierungsplan mit Gesamtherstellungskosten von S 506 Millionen ohne 20 % MWSt. wird genehmigt.

- 2.) Die Förderungszusicherung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds vom 19.11.1992, wonach die Stadt Villach ein Darlehen in der Höhe von 80 % der Herstellungskosten von S 506 Millionen, das sind S 404,800.000,--, mit einer Laufzeit von 60 Halbjahren und einer 1%igen Verzinsung erhält, wird angenommen.
- 3.) Die Zusicherung des 10%igen Landesbeitrages in der Höhe von S 50,600.000,-- wird zu Kenntnis genommen.
- 4.) Der für die Errichtung dieser Anlage notwendige Baubeschluß mit der vorläufigen Projektsumme von S 506 Millionen wird gefaßt.

Pkt. 12.) Regulierung des St. Martiner
Baches im Bereich des Graben-
weges

folg. 13

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 14.12.1992.

Gemeinderat Pfeiler will es kurz machen. In dieser Gemeinderatssitzung liegen drei umweltrelevante Themen zur Bearbeitung vor. Ein großes, das war der vorhergehende Amtsvortrag, der beschlossen wurde und zwei kleinere. Das ist jetzt die Regulierung des St. Martiner Baches und dann Punkt 18.), einen Grundtausch beim Petschnigteich. Es ist folgendes festzuhalten. Es ist interessant und positiv zu erfahren, daß im Bereich des Wasserbaues bei den Technikern ein weitgehendes Umdenken stattgefunden hat, wieder der Bau und Verbau von Flußläufen und Bächen nach ökologischen Gesichtspunkten erfolgt und daß es insofern eine Umkehr gegeben hat, als auch nicht-technische Lösungen durchaus den gezeitigten Erfolg zeigen. Das wurde in diesem konkreten Fall praktiziert. Eine durchaus sinnvolle, naturnahe Rückbaumaßnahme wird hier vernünftig finanziert, was auch ein Erfolg des zuständigen Referenten ist. 80 % zahlen zu dieser S 1,2 Mio. umfassenden Investition das Land Kärnten und der Bund und nur 20 % trägt zu dieser äußerst sinnvollen Investition die Stadt Villach bei. Es wurde in dieser Sitzung die Referatsverantwortung von allen möglichen Leuten strapaziert, von Unfähigkeit und ähnlichem war die Rede. Es ist jedoch festzustellen, daß alle umweltrelevanten Maßnahmen, die in dieser Gemeinderatssitzung vorgetragen werden und beschlossen werden, nicht auf Grund einer Initiative des zuständigen Stadtrates Ing. Klamt stattfinden, sondern in der Regel über Initiative des so kritisierten Baustadtrates Hans-Peter Binter. Wenn man die Arbeitsbilanz des

letzten Jahres Revue passieren läßt, so sind von 240 Amtsvorträgen, die im letzten Jahr beschlossen wurden, über ein Viertel vom Baustadtrat gekommen und insgesamt zehn, also nicht ganz 5 %, vom Umweltstadtrat. Das zeigt die Dimension auf. Wo gearbeitet wird, fallen Späne. Es gibt in diesem Haus zwei Fraktionen. Die eine ist jene, die etwas weiterbringen will und die dabei auch Fehler macht und diese Fehler auch bereit ist, einzugestehen und Änderungen zu machen. Es gibt den zweiten Teil, der nichts tun will, der nur kritisieren will. Diese sind Oberkritisierer und benutzen ihre Zeit, wie Stadtrat Ing. Klamt dafür, nicht im Dienste der Stadt zu agieren, sondern im Dienste der eigenen Partei, der umweltpolitischen U-Boot spielt und der wochenlang Leute am Hauptplatz für ein FPÖ-Volksbegehren, das ein Parteibegehren ist, abschleppt und holt und inzwischen die Arbeit in unserer Stadt eigentlich andere machen müssen.

Stadtrat Ing. Klamt weiß nicht, was er dazu sagen soll. Diese Referatsverteilung, die Geschäftsverteilung, hat nicht er gemacht. Er fühlt sich als das Umweltgewissen dieser Stadt. Weiters wurde von einer gewissen politischen Kultur gesprochen. Er hat sich in dieser Sitzung gedacht, daß er den roten Genossen einmal diesen Erfolg und diese Freude läßt, hat sich bis jetzt vornehm zurückgezogen, hat sich gesagt, daß er das läßt. Das ist auch nicht möglich. Es kommen andere wieder ans Rednerpult und fangen an, Dreck zu schütten.

Gemeinderat Ebner ist der Meinung, daß sich die Wortmeldung des Gemeinderates Pfeiler selbst disqualifiziert. Wenn dieser vorbringt, daß soundsoviele Anträge von Herr Vizebürgermeister eingebracht worden sind, dann muß man dem schon beipflichten. Nur dienen mehr als die Hälfte dieser Anträge dazu, die Kostenüberschreitungen ab-

zudecken und das Einverständnis der anderen Parteien einzuholen, um diese Kostenüberschreitungen unter dem Tisch abzudecken. Denn es darf nicht vergessen werden, daß gerade dieser große Themenkreis deshalb im Gemeinderat besprochen werden konnte, weil die FPÖ-Fraktion darauf gepocht hat, diese Sache in den Gemeinderat zu bringen. Es ist unfair, jetzt vom Hundertsten ins Tausendste zu kommen, Kleinigkeiten im Verhältnis zu den Kostenüberschreitungen als positive und große Leistungen hinzustellen und Stadtrat Ing. Klamt zu diskriminieren.

Stadtrat Ing. Klamt führt aus, daß die Punkte, die angeschnitten wurden, das hat er früher schon erwähnt, Punkte sind, die für den Umweltschutz sicher etwas bringen. Jedoch hat er als Umweltreferent dieser Stadt in seinem Referat nur beschränkte Möglichkeiten. Er hat wirklich ein reines Gewissen und hat diese Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Denn viele Möglichkeiten waren nicht vorhanden. Die Stadt Villach hat jetzt ein lufthygienisches Sanierungskonzept, sie hat ein Umweltkonzept und eine Grünraumaufnahme, in der die ökologisch wertvollen Flächen aufgezeichnet wurden. Es wird nun an allen sein zu versuchen, Punkt für Punkt umzusetzen. Das wird in der Zukunft eine Aufgabe für ihn und für alle sein. Noch einmal, er hat diese Geschäftsverteilung nicht gemacht und er hat auch nicht die Geschäftseinteilung gemacht. Es wurde bewußt so gesteuert, daß ein freiheitlicher Referent in der Stadt Villach schwer berühmt werden kann. Er wird seine Möglichkeiten weiterhin ausschöpfen. Das verspricht er.

Gemeinderat Mag. Haider möchte grundsätzlich etwas sagen. Sicher ist es so, daß Stadtrat Ing. Klamt von der Referatsaufteilung her nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann, daß der St. Martin Bach verbaut wird, daß er ökologisch rückgebaut wird.

Aber es ist auch nicht so, daß man es so sagen kann, wie es formuliert wurde: Es gibt jetzt drei Studien, die Grünraumstudie, die Luftstudie und noch etwas und jetzt liegt es an allen, das umzusetzen. Er ist der Meinung, daß es schon Aufgabe des Umweltreferenten ist, solche Dinge umzusetzen. Beispielsweise hätte er einen Antrag auf Rückbau von diesem und jenem Bach stellen können. Es gibt viele ökologische Probleme in Villach, bei denen man zumindest initiativ werden kann, auch wenn man dafür nicht verantwortlich ist als Referent. Aber das geschieht durch Stadtrat Ing. Klamt natürlich auch nicht. Insofern stimmt die Aussage mit dem U-Boot. Es wäre schon wichtig, daß diese Studien umgesetzt werden und daß sich alle bemühen sollen. Aber in erster Linie natürlich Stadtrat Ing. Klamt.

Vizebürgermeister Binter hat dem nichts hinzuzufügen.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Stadt Villach übernimmt die Bauträgerschaft für die naturnahe Verbauung des St. Martiners Baches von der Mündung in die Drau bis zur ersten Querung mit dem Grabenweg entsprechend dem Projekt des Dipl.-Ing. Gerhard Schnattler vom November 1992.
- 2.) Die Stadt Villach erwirkt die wasserrechtliche Genehmigung für dieses Bauvorhaben.
- 3.) Die Stadt Villach übernimmt die Bezahlung des durch Bundes- und Landesmittel nicht gedeckten Beitrages (Interessentenbeitrag), und zwar 20 % der Baukosten von S 1.200.000,--, das sind rund S 240.000,--.

4.) Die Stadt Villach übernimmt das fertiggestellte Bauwerk in die ständige weitere Erhaltung.

Pkt. 13.) Grundverkehr 1992 - Erklärung
zu Gemeindestraßen

Blg. 14

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 11.1.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die nachstehend angeführten Grundflächen gemäß § 19 des Kärntner Straßengesetzes 1991 zu Gemeindestraßen zu erklären:

Nr.	Zahl	Straße	Ankauf von	ca. Ausmaß
1	612/1-900	Oberwollanigerstr.	F. Possegger	28 m ²
2	612/1-901	Grabenweg	F. Pichler	820 m ²
3	612/1-902	Grabenweg	H. Weber	34 m ²
4	612/1-904	Grabenweg	J.u.M.Moschitz	55 m ²
5	612/1-876	Italiener Straße	ÖBB	266 m ²
6	612/1-908	Millstätterstraße	Ing. N. Franz	97 m ²
7	612/1-907	Pomonaweg	O.u.R. Pippan	30 m ²
8	612/1-911	Grabenweg	E. Pontasch	106 m ²
9	612/1-914	A. Tudor Straße	E. Sommeregger	25 m ²
10	612/1-926	Mittagskogel-, Waldweg	M.Woger, Mitbes.	785 m ²
11	612/1-912	Duelerweg	J. Widmann	175 m ²

Pkt. 14.) Neukategorisierung des Kärntner Straßennetzes im Bereich der L 49 Ossiachersee-Süduferstraße in St. Andrä - Übernahme eines Teilstückes der L 49 in das öffentliche Gut der Stadt Villach

Blg. 15

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 22.12.1992.

Gemeinderat Mag. Raup führt an, daß für die Boulevardpresse üblicherweise gilt: bad news are good news. Hier handelt es sich um good news. Der Gemeinderat sitzt hier nicht nur, um der Presse Schlagzeilen zu liefern, sondern auch, um positive Ergebnisse seiner Arbeit vorzuführen. Was sich unter diesem komplizierten Tagesordnungspunkt 14.) verbirgt, ist nichts anderes als eine endlich und seit langem, seit dem Jahr 1988, von der Stadt Villach geforderte Regulierung der Kreuzung im St. Andräer Bereich. Es handelt sich um jene ampelgeregelte Kreuzung vor der Ruine Landskron und der Auffahrt der L49. Diese Straße, bisher Landessache, war lange Zeit ein Streitpunkt, denn es war von seiten der Stadt Villach nicht einzusehen, warum eine Landesstraße von seiten der Stadt ausgebaut werden muß. Das war der Wunsch des Landes. Die Zunahme des Verkehrs seit der Fertigstellung der Autobahn und der Ab- und Zufahrten im Bereich des St. Ruprecht Feldes hat bei diesem Flaschenhals, es ist die einzige enge Stelle, auf 150 m Länge, der Umfahrung des Ossiacher Sees, dazu geführt, daß der gesamte Verkehr da durch mußte. Er will keinen Vaterschaftsstreit um das Ergebnis anfangen, sondern möchte sich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, daß dieses Ergebnis zustande gekommen ist, daß jetzt eine Kreuzung geschaffen wird, die allen Anforderungen entspricht und eine der unfallträchtigsten

Kreuzungen bisher war. Es wird die Straße verbreitert, es wird ein Gehsteig errichtet, der den Schulkindern Sicherheit bieten wird, es werden also großzügige Änderung und Baumaßnahmen in diesem Bereich durchgeführt. Allen, die daran beteiligt waren und gewußt haben um dieses schwierige Projekt, sei hier Dank gesagt. Insbesondere der Finanzreferentin, denn die Stadt hat in den Verhandlungen doch einen großen Zuschuß zugesagt, damit das Land bereit war, mit diesem Umbau zu beginnen, endlich diese gefährliche Kreuzung sicher zu machen und diesen Ast zu verbreitern. So kann es auch gehen. Es hat in dieser Sitzung nur ein Hickhack gegeben aber das, was gut ist, soll auch gut genannt werden. Daher versteht er beispielsweise von seiten der FPÖ-Fraktion überhaupt nicht, warum etwa eine Maßnahme wie die Biologie im Mittelpunkt ihrer Kritik stehen kann, die erst im Planungsstadium ist, die grundsätzlich von allen nur begrüßt werden muß. Man sollte, und das sollte sich diese Fraktion tatsächlich überlegen, in der Zusammenarbeit auch darüber nachdenken, daß das, was für die Stadt Villach gut ist, auch, egal von wem es schließlich in den Gemeinderat gebracht wird, doch das Lob verdient, das diese Maßnahme nach sich zieht. Es sollte nicht nur aus taktischen und vordergründigen Überlegungen niemand bereit sein zu sagen, daß es sich um eine Maßnahme, die weitreichend bis in das Jahr 2000 reicht, handelt und niemand findet ein Wort dafür, daß es gelungen ist, hier sparsam und weitblickend diese Maßnahme über die Bühne zu bringen. Es sind viele Väter gewesen, die beispielsweise beim Tagesordnungspunkt 14.) dazu geführt haben, daß es gelungen ist, diese Lösung zu erreichen. Er möchte sich noch einmal bei allen, die von Anfang an dabei waren und die jetzt zum Schluß auch dieses Projekt verfolgt haben, bedanken, daß es zu Ende geführt worden ist und daß es nun zum Umbau kommt.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Auf Grund der mit der Landesstraßenverwaltung geführten Verhandlungen wird das Teilstück der L 49 Ossiachersee-Süduferstraße von der Abzweigung des Astes Annenheim der L 49 bis zur Kreuzung mit der Max-Lauritsch-Straße in das öffentliche Gut der Stadt Villach übernommen und gemäß § 29 Abs. 1 des Kärntner Straßengesetzes 1978 zur Gemeindestraße erklärt.
- 2.) Der Ausbau der Max-Lauritsch-Straße zwischen den beiden Landesstraßenästen erfolgt durch die Stadt Villach, wobei das Land Kärnten - Landesstraßenverwaltung für diese Baumaßnahmen gemäß Schreiben des Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ing. Mathias Reichold einen Kostenbeitrag von S 4,0 Mio. leistet.
Nach erfolgtem Ausbau dieses Teilstückes der Max-Lauritsch-Straße wird dieses von der Landesstraßenverwaltung in ihre weitere Erhaltung übernommen.
- 3.) Die Durchführung der Eigentumsübertragung wird von der Stadt Villach nach Bezahlung des anteiligen Kostenbeitrages von etwa S 4,0 Mio. für den Ausbau des Teilstückes der Max-Lauritsch-Straße zwischen den beiden Landesstraßenästen durch die Landesstraßenverwaltung veranlaßt werden, wobei als frühester Termin der 1. Jänner 1994 vorgesehen ist.

Pkt. 15.) Michaeler Straße - Mittagkogelweg - Übernahme von diversen Flächen in das öffentliche Gut der Stadt Villach bzw. Auflassung von öffentlichem Gut

folg. 16

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 10.12.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Um die verkehrsmäßige Erschließung des als Bauland - Wohngebiet gewidmeten Areals zwischen Michaeler Straße - Schulstraße und Mittagkogelweg zu ermöglichen, werden die lt. Vermessungsurkunde GZ 5484/92 des Herrn Dipl.-Ing. Herwig Moritz vom 24.8.1992 ausgewiesenen Flächen im Gesamtausmaß von 2.097 m² kostenlos und lastenfrei dem öffentlichen Gut der Stadt Villach EZ 1367 KG Seebach zugeschrieben.
- 2.) Die für das öffentliche Gut entbehrlich werdende Teilfläche von 224 m² aus dem Gst. 1099/2 KG Seebach in EZ 1367 wird gemäß § 19 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als öffentliches Gut aufgelassen und kostenlos und lastenfrei der EZ 834 KG Seebach Woger Max zugeschrieben.
- 3.) Die für das öffentliche Gut entbehrlich werdende Teilfläche von 4 m² aus dem Gst. 582/8 KG Seebach wird ebenfalls gemäß § 19 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als öffentliches Gut aufgelassen und kostenlos und lastenfrei der EZ 623 KG Seebach "Leiler Leokadia und Mitbesitzer" zugeschrieben.

- 4.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgt zu Lasten der Antragsteller
- o Max Woger, Adalbert-Stifter-Straße 2, 9500 Villach und Mitbesitzer
 - o Leokadia Leiler und Mitbesitzer, 9601 Arnoldstein sowie
 - o Karl Heinz und Flora Schlick, Mittagkogelweg 3, 9523 Landskron
- 5.) Die mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren hat ebenso der im Pkt. 4 angeführte Personenkreis zu übernehmen.

Pkt. 16.) Feldnerstraße - Klaudio Keil -
Grunderwerb aus dem öffentli-
chen Gut der Stadt Villach

Blg. 17

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 14.12.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Herr Klaudio Keil, 9601 Arnoldstein 166, erwirbt die für das öffentliche Gut entbehrliche Teilfläche von ca. 27 m² aus dem Gst. 1075/5 KG Villach in der EZ 2019 gemäß der Darstellung im beigeschlossenen Lageplan M 1:1000 vom 4.11.1992 zu einem Preis von S 405,--/m².

- 2.) Der Gesamtkaufpreis ist innerhalb von 30 Tagen nach grundbücherlicher Durchführung des gegenständlichen Grundgeschäftes an die Stadt Villach zu überweisen.
- 3.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgt auf Kosten des Herrn Klaudio Keil. Die Grundübertragung erfolgt mit Anmeldebogen.
- 4.) Die Böschungssicherung an der Nordseite des Grundstückes 498/6 hat entsprechend den mit Schreiben des Herrn Dipl.-Ing. Gräfischer vom 26.11.1992 vorgelegten Planunterlagen zu erfolgen, wobei alle damit verbundenen Kosten Herr Klaudio Keil zu übernehmen hat.
- 5.) Nach Erfüllung aller rechtlichen Voraussetzungen wird die im Lageplan M 1:1000 "gelb" dargestellte Teilfläche von ca. 27 m² aus dem Gst. 1075/5 KG Villach in EZ 2019, welche für das öffentliche Gut entbehrlich ist, gemäß § 29 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen und dem Gst. 498/6 KG Villach des Herrn Klaudio Keil, 9601 Arnoldstein 166, zugeschrieben.

Pkt. 17.) Stadteigenes Grundstück KG Villach, EZ 2027, Flurnummer 1195, Weißenfelserweg - Verkauf an die Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Kärntner Ges.m. b.H. Neue Heimat

folg. 18

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom 26.11.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Stadt Villach ist Alleineigentümerin der Liegenschaft EZ 2027, Grundbuch 75454 Villach, Flurnummer 1195, in einem unverbücherten Gesamtausmaß von 1.248 m². Die Stadt Villach übergibt und die Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Kärntner GesmbH Neue Heimat übernimmt Flurnummer 1195, EZ 2027, Grundbuch 75454 Villach, im Gesamtausmaß von 1.248 m², nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
- 2.) Der Verkehrswert wird je m² mit S 600,- festgelegt. Das ergibt bei einem Ausmaß von 1.248 m² einen Gesamtbetrag von S 748.800,-- (in Worten: siebenhundertachtundvierzigtausendachthundert/--).
- 3.) Dieser Kaufpreis ist binnen 30 Tagen nach Vorliegen des beiderseitig grundbuchsfähig unterfertigten Kaufvertrages an die Stadt Villach zur Auszahlung zu bringen.

- 4.) Die Neue Heimat verpflichtet sich, unter Einhaltung der Kärntner Wohnbauförderungsrichtlinien, zur Errichtung von ca. 15 Wohneinheiten Ersatzwohnungen Seebach 4, wobei das dauernde Einweisungsrecht uneingeschränkt der Stadt Villach zusteht.
- 5.) Die physische Übergabe bzw. Übernahme des Grundstückes durch die Käuferin erfolgt an dem auf den Vertragsabschluß folgenden Monatsersten. Mit diesem Tag geht aller Nutzen und Vorteil, aber auch alle Last und Gefahren auf die Käuferin über. Grenzen, Ausmaß und Beschaffenheit des vertragsgegenständlichen Grundstückes sind bekannt, weshalb nur für die bürgerliche und außerbürgerliche Lastenfreiheit haftet wird.
- 6.) Der Kaufvertrag und die damit verbundenen allgemeinen Schriftsätze werden von der Rechtsabteilung der Stadt Villach abgefaßt. Die Kundmachung des Grundverkaufes wird gemäß § 74 des Villacher Stadtrechtes kundgemacht.
- 7.) Die Abwicklung des Grundgeschäftes erfolgt über die VAST. 6/8400/001000.0.

Pkt. 18.) Geschützter Grünbestand am
Petschnigteich - Grundtausch
bzw. Grundverkauf

folg. 19

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom 26.11. 1992.

Stadtrat Ing. Klamt möchte etwas festhalten. Er ist politischer Mandatar in dieser Stadt und auch denen verantwortlich, die ihn gewählt haben. Er möchte etwas jetzt ganz klarstellen. Es ist nicht die Linie der FPÖ-Fraktion, sich bei der SPÖ-Fraktion anzubiedern, um solche Dinge umzusetzen. Es wurde die Verteilung so durchgeführt, daß Vizebürgermeister Binter dort stehen und sagen kann: Das ist eine große Umweltleistung. Er hätte das toleriert, wenn nicht andere gekommen wären und geschüttet hätten. Es gab eine Anfrage zu dem Thema Petschnigteich. Es hat auch einen Sinn, wenn man Druck macht. Denn er hat Gemeinderat Pfeiler darauf hingewiesen, daß dieser die politischen Möglichkeiten, die er in seiner Fraktion hat, nutzen soll. Er ist sehr stolz darauf, denn anscheinend hat das wirklich Erfolg gezeigt. Diese Maßnahme, die von seinem Amt vorgeschlagen wurde, wurde jetzt von der Liegenschaftsverwaltung umgesetzt. Das ist in Ordnung.

Frau Gemeinderätin Steinkellner führt an, was die SPÖ-Fraktion von der FPÖ-Fraktion unterscheidet. Die FPÖ-Fraktion stimmt guten Anträgen immer zu. Zum Unterschied dazu werden Anträge, die von der FPÖ-Fraktion eingebracht werden und positiv und gut sind, einfach abgeblockt oder abgeschmettert. Siehe Kaiser-Josef-Platz, siehe den sozialen Antrag, den sie für die Schütt eingebracht

hat, beide wurden abgeblockt. So läuft der Hase. Die FPÖ-Fraktion ist nicht auf Lobhudelei aus. Das ist nicht ihre Art.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Eheleute Bruno und Anna Gattertnig sind jeweils Hälfteeigentümer der Liegenschaft EZ 39, Grundbuch 75446 Seebach, zu deren Gutsbestand das Grundstück 43/1 im unverbürgten Gesamtausmaß von 19.630 m² gehört. Die Besitzer Bruno und Anna Gattertnig übergeben eine Teilfläche von 620 m² aus Flurnummer 43/1, EZ 39, KG Seebach, gemäß beiliegendem Lageplan, nach Maßgabe des Besitzstandes und Besitzrechtes an die Stadt Villach.
- 2.) Die Stadt Villach ist Eigentümerin der EZ 501, Grundbuch 75446 Seebach, Flurnummer 47/1, 47/2 und 46 und verkauft aus 47/2 die Teilflächen 1 und 2 gemäß beiliegendem Lageplan im Gesamtausmaß von 784 m² nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes an die Eheleute Frau Anna und Herrn Bruno Gattertnig.

3.) Der Kaufpreis der Grundflächen

a) für die Teilfläche von 620 m² des Grundstückes 43/1, Grundbuch 75446 Seebach, EZ 39, mit S 240,-- je m² festgesetzt, das ergibt

S 148.800,--

(in Worten: einhundertachtundvierzigtausendachthundert/--);

b) für die beiden Teilflächen 1 und 2 aus Grundstück 47/2, EZ 501, Grundbuch 75446 Seebach, im Gesamtausmaß von 784 m² mit S 360,-- je m² festgesetzt, das ergibt

S 282.240,--

(in Worten: zweihundertzweiundachtzigtausendzweihundertvierzig/--).

Der sich daraus ergebende Differenzbetrag, der an die Stadt Villach zu überweisen ist, beträgt

S 133.440,--

(in Worten: einhundertdreiunddreißigtausendvierhundertvierzig/--)

und gilt als Kaufpreis. Dieser Kaufpreis ist binnen 30 Tagen nach Vorliegen des beiderseitig grundbuchsfähig unterfertigten Vertrages an die Stadt Villach zur Auszahlung zu bringen.

4.) Die physische Übergabe bzw. Übernahme der Grundstücke durch die Vertragspartner erfolgt an dem auf den Vertragsabschluß folgenden Monatsersten. Mit diesem Tag geht aller Nutzen und Vorteil, aber auch alle Last und

Gefahren, auf die Übernehmer über. Grenzen, Ausmaß und Beschaffenheit der vertragsgegenständlichen Grundstücke sind bekannt, weshalb nur für bürgerliche und außerbürgerliche Lastenfreiheit haftet wird.

- 5.) Die Eheleute Bruno und Anna Gattermig verpflichten sich, ohne Kostenersatz, für sich und ihre Rechtsnachfolger, zur Errichtung eines unbehandelten Holzzaunes aus Stangenholz mit Säulen im Abstand von max. 2,0 m und einem oberen, unteren und mittleren Durchzug entlang der, im Lageplan besonders gekennzeichneten, Grundgrenzen. Desweiteren verpflichten sich die Eheleute Bruno und Anna Gattermig bzw. deren Rechtsnachfolger zur laufenden ordnungsgemäßen Instandhaltung dieses Zaunes.
- 6.) Die Eheleute Bruno und Anna Gattermig bzw. deren Rechtsnachfolger verpflichten sich, die Zufahrt zu ihrem Grundstück 59/1 bzw. 43/1 über die Flächen 2 und 1 des Lageplanes einzuhalten. Die Benützung der Teilfläche (Wendehammer) wird von Seiten des Liegenschaftseigentümers zu diesen Zwecken gestattet.
- 7.) Der Vertrag wird von der Rechtsabteilung der Stadt Villach erstellt, die Kosten gehen zu Lasten des Herrn Bruno Gattermig und der Frau Anna Gattermig.
- 8.) Der Grundverkauf wird gemäß § 74 Villacher Stadtrecht kundgetan.
- 9.) Die Abwicklung des Grundgeschäftes erfolgt auf der VAST. 6/8400/001000.0.

Pkt. 19.) Grunderwerb und Grundtausch

Adolf Egger - Stadt Villach

folg. 20

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Baudirektion vom 19.1.1993.

Stadtrat Truppe möchte die gleiche Kritik anbringen wie schon im Stadtsenat. Man sollte wertvolle Grünerholungsflächen, die im Besitz der Stadt sind, nicht wieder in private Hände geben, wie es hier bei der Reithalle in Warmbad der Fall ist. In das Tauschpaket sollten eher weitere forstwirtschaftliche Flächen aufgenommen werden. Die ÖVP-Fraktion wird zwar diesem Amtsvortrag zustimmen, hält die Auswahl dieses Grundstückes jedoch für nicht geschickt.

Gemeinderat Ing. Woschitz ist der Meinung, daß der Grundkauf in den Auen und auch jener in der Ghonallee, der noch zur Debatte stehen wird, durchaus positive, sehr wichtige Entscheidungen in Hinblick auf den sozialen Wohnbau in den kommenden Jahren sind. Wenn man die Entwicklung in anderen Städten Österreichs verfolgt, in denen Grundpreise von Tausenden Schilling festzustellen sind, und hier ein Grundstück um S 450,-- zu bekommen ist, so spricht das für sich. Diese Entwicklung sollte fortgesetzt werden, da sie im Hinblick auf den sozialen Wohnbau besonders wichtig ist.

Vizebürgermeister Binter führt an, daß sich Baudirektor D.I. Pühringer in den vergangenen Jahren verstärkt bemüht hat, die so dringend notwendigen Flächen für den Wohn- und Siedlungsbau in der Stadt Villach zu günstigen Preisen zu erwerben. Wenn man sich nicht unmittelbar damit beschäftigt, so kann man auch nicht feststellen wie schwierig es ist, billige und in guter Lage befindliche

Grundstücke zu bekommen. Es hat sich hier eine Möglichkeit angeboten, mit Herrn Egger zu diesem Kauf zu kommen. Aus der Skizze ist ersichtlich, um welche Größenordnung es dabei geht. Das rot umrandete Grundstück ist jenes, das im Besitz der Stadt Villach ist. Der kleine grüne Streifen ist jenes Grundstück, das von Herrn Egger gefordert wird und das ihm zur Verfügung gestellt werden muß. Da er dort eine Landwirtschaft betreibt und natürlich jene Flächen, die er bearbeiten will, unmittelbar vor seiner Haustür oder, besser gesagt, vor seiner Landwirtschaft haben will, war das die Bedingung, um das Grundstück kaufen zu können. Er wollte einen Teil von Grünflächen in seinem unmittelbaren Bereich oder auch Waldflächen dafür bekommen.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Herr Adolf Egger, Alois Krallweg 34, 9500 Villach, vertauscht und übergibt und die Stadt Villach tauscht ein und übernimmt die Grundstücke 273/1, 273/2, EZ 66 KG Judendorf im Gesamtausmaß von 12.477 m² nach Maßgabe des Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.
- 2.) Hingegen vertauscht und übergibt die Stadt Villach und Herr Adolf Egger tauscht ein und übernimmt aus EZ 107 die Grundstücke 971/70, 971/211, aus EZ 365 die Grundstücke 971/139, 972, aus EZ 399 das Grundstück 971/124 und aus EZ 913 die Grundstücke 971/120, 971/138, 971/167, 971/229 alle KG Völkendorf, aus EZ 402 KG Judendorf das Grundstück 971/137 in KG Völkendorf und aus EZ 663 die Grundstücke 148/39, .318 alle KG Judendorf in einem Gesamtausmaß von 192.001 m² nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes und Besitzrechtes ins Eigentum.

3.) Der Verkehrswert der zu vertauschenden Grundflächen wird

a) für die Flächen aus den EZ 107, 365, 399, 913, 402, KG Völkendorf und EZ 663, KG Judendorf folgend festgelegt:

Grundstück	Fläche	Verkehrswert	Summe
971/70	6.749	24,--	161.976,--
971/211	29.162	32,--	933.184,--
971/139	28.082	16,--	449.312,--
972	13.108	16,--	209.728,--
971/124	16.399	10,--	163.990,--
971/229	5.755	13,--	74.815,--
971/120	22.568	27,--	609.336,--
971/138	20.701	16,--	331.216,--
971/167	22.911	21,--	481.131,--
971/137	23.478	16,--	375.648,--
148/39	2.199	120,--	263.880,--
.318	889	120,--	106.680,--

Gesamt 192.001 m² S 4,160.896,--
(in Worten: vier Millionen einhundertsechzigtausendachthundertsechsunneunzig Schilling).

Dazuzurechnen sind die Weganteile an der Bringungsgemeinschaft "FAW Halterhütte-Villacher Alpe" über 18,8913 ha, das entspricht 19 Anteilen zu je S 3.012,-- und ergibt einen Entschädigungspreis von S 57.228,-- (in Worten: siebenundfünfzigtausendzweihundertachtundzwanzig Schilling)

- b) für die Flächen aus EZ 66 KG Judendorf im Gesamtausmaß von 12.477 m² mit S 490,-- je m² festgesetzt, das ergibt S 6,113.730,-- (in Worten: sechs Millionen einhundertdreizehntausendsiebenhundertdreißig Schilling).
- 4.) Der sich daraus ergebende Differenzbetrag, der an Herrn Adolf Egger zu überweisen ist, beträgt S 1.895.606,-- (in Worten: eine Million achthundertfünfundneunzigtausendsechshundertnullsechs Schilling) und gilt als Kaufpreis.
- 5.) Der im Punkt 4.) berechnete Kaufschilling wird ausbezahlt, sobald der beiderseits grundbuchsfähig unterfertigte Kaufvertrag vorliegt, die Freilassungserklärungen der allfälligen Buchberechtigten beigebracht sind und der Ranganmerknungsbeschluß über die beabsichtigte Veräußerung vorliegt und zwar innerhalb eines Monates nach Vorliegen dieser Unterlagen.
- 6.) Die Vertragspartner haften dafür, daß die Tauschobjekte von bürgerlichen und außerbürgerlichen Lasten, sowie von etwaigen Benützungsrechten dritter Personen frei sind.
- Ausgenommen hievon sind die bei den Liegenschaften EZ 107, EZ 365, EZ 399, EZ 913 KG Völkendorf und EZ 402 KG Judendorf hinsichtlich der Tauschgrundstücke haftenden Dienstbarkeiten des Weiderechtes, die von Adolf Egger mitübernommen werden.
- Der aktuelle Grundbuchstand ist den Vertragsteilen bekannt.

- 7.) Die Vertragspartner erklären für sich und ihre Rechtsnachfolger, daß durch diesen Vorvertrag sämtliche Entschädigungsansprüche inklusive aller anfallenden Vermittlungsgebühren erfaßt sind.
- 8.) Die mit der Errichtung des Vorvertrages und des ihm folgenden Vertrages sowie mit der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren mit Ausnahme der Kosten einer allfälligen rechtfreundlichen Vertretung der Vertragspartner trägt die Stadt Villach allein. Den Kaufvertrag erstellt die Rechtsabteilung des Magistrates.
- Die Grunderwerbssteuern sind von beiden Vertragspartnern für die von ihnen erworbenen Grundflächen getrennt zu entrichten.
- 9.) Die Vertragsteile erklären, die Bestimmungen der §§ 934 und 935 ABGB zu kennen und daß das vorliegende Rechtsgeschäft im Sinne des § 935 ABGB abgeschlossen wird. Die gesetzlichen Bestimmungen der Anfechtung wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes sind daher auf das vorliegende Rechtsgeschäft nicht anzuwenden.
- 10.) Vorstehender Vertrag wird für Herrn Adolf Egger, Alois Krallweg 34, 9500 Villach, mit seiner Fertigung, für die Stadt Villach durch die darauffolgende Annahme im Gemeinderat rechtswirksam.
- Die Bindung für Herrn Adolf Egger, Alois Krallweg 34, 9500 Villach und die Stadt Villach erlischt, wenn bis zum 30.4.1993 kein Beschluß durch den Gemeinderat der Stadt Villach erfolgt.

- 11.) Zur Entscheidung aller aus diesem Vorvertrag etwa entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist im bezirksgerichtlichen Verfahren das Bezirksgericht Villach zuständig.
- 12.) Die Finanzierung wird über die VAST. 5.8400.001000.2 abgewickelt.

Pkt. 19a) Grundkauf durch die Stadt Villach
von der Volksbank, Gewerbe- und
Handelsbank Kärnten AG, Grund-
stücke 54/1, 378/2, Baufläche
.81/3 und .301, KG Perau

folg. 21

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages der Baudirektion vom 19.1.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Volksbank, Gewerbe- und Handelsbank Kärnten Aktiengesellschaft, Bahnhofstraße 7, 9020 Klagenfurt, als Rechtsnachfolger der Volksbank Villach, reg. Gen.m.b.H., Standesamtsplatz 7, 9500 Villach, ist bereit, die im Lageplan vom 2.12.1992 des Magistrates Villach, Vermessung dargestellten Grundstücke Nr. 54/1, 378/2, Baufläche .81/3 und .301, KG Perau, in einem Gesamtausmaß von 10.056 m² zu der im Punkt 2.) festgesetzten Gegenleistung lastenfrei abzutreten.

Ausgenommen davon ist die Dienstbarkeit der Kanalmitbenützung hinsichtlich Grundstück Baufläche .81/3, gemäß Pkt. 7) Kaufvertrag 1955-01-03 für Grundstück Baufläche .81/4, und die Reallast Unterhalt auf die Dauer der Witwenschaft für Frau Maria Truppe, geb. Taschwer.

- 2.) Die Stadt Villach verpflichtet sich zur Zahlung von S 9,455.053,-- (in Worten: neun Millionen vierhundertfünfundfünzigtausendnulldreihundfünfzig Schilling).

Der Verkaufspreis resultiert aus folgender Bewertung:

10.056 m ² x S 920,-- =	S 9,251.520,--
+ 2,2 % Maklergebühr brutto	<u>S 203.533,--</u>
Verkaufspreis daher	S 9,455.053,--

- 3.) Der im Punkt 2.) berechnete Kaufschilling wird ausbezahlt, sobald der beiderseits grundbuchsfähig unterfertigte Kaufvertrag vorliegt, die Freilassungserklärungen der allfälligen Buchberechtigten beigebracht sind und der Ranganmerknungsbeschluß über die beabsichtigte Veräußerung vorliegt und zwar innerhalb eines Monates nach Vorliegen dieser Unterlagen.
- 4.) Die Verkäuferin haftet dafür, daß das Kaufobjekt von bürgerlichen und außerbürgerlichen Lasten, sowie von etwaigen Benützungsrechten dritter Personen frei ist. Ausgenommen davon sind die Dienstbarkeit der Kanalmitbenützung hinsichtlich Grundstück Baufläche .81/3 gemäß Pkt. 7) Kaufvertrag 1955-01-03 für Grundstück Baufläche .81/4 und die Reallast Unterhalt auf die Dauer der Witwenschaft für Frau Maria Truppe, geb. Taschwer. Für diese Reallast hält die Volksbank, Gewerbe- und Handelsbank Kärnten Aktiengesellschaft die Stadt Villach schad- und klaglos.

- 5.) Die Verkäuferin erklärt für sich und ihre Rechtsnachfolger, daß durch diesen Vorvertrag sämtliche Entschädigungsansprüche inklusive aller anfallenden Vermittlungsgebühren erfaßt sind.
- 6.) Die mit der Errichtung des Vorvertrages und des ihm folgenden Vertrages sowie mit der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten , Steuern und Gebühren mit Ausnahme der Kosten einer allfälligen rechtsfreundlichen Vertretung des Verkäufers trägt die Stadt Villach allein. Den Kaufvertrag erstellt die Rechtsabteilung des Magistrates.
- 7.) Die Finanzierung wird über die VAST. 5/8400/001000.2 abgewickelt und ein gesonderter Antrag auf überplanmäßige Ausgabe an den Finanzausschuß gestellt.

Pkt. 20.) Bebauungsplan westlich
der Muldensiedlung

Wird zurückgestellt.

Pkt. 21.) Schriftliche Anfragen (§ 38
Villacher Stadtrecht) und
Anträge

Blg. 22-24

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß zwei Anträge der FPÖ-Fraktion und ein Dringlichkeitsantrag vorliegen.

Ein Antrag behandelt den Bereitschaftsdienst der Ärzte und der zweite Antrag behandelt die Frage der Mülltrennung.

Beide Anträge werden

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde von den acht Mitgliedern der ÖVP-Fraktion gestellt. Damit hat er die entsprechenden Unterschriften für die Einbringung und beschäftigt sich mit der Standortfestlegung für die Behelfsbrücke im Rahmen der Kriegsbrückensanierung. Die Vorgangsweise ist so, daß zuerst über die Dringlichkeit diskutiert und dann abgestimmt wird. Wenn dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird, dann wird er auch materiell behan-

delt. Wird ihm die Dringlichkeit nicht zuerkannt, so geht der Antrag in den zuständigen Planungsausschuß. Der Antrag wird zur Verlesung gebracht.

In einer Arbeitssitzung am 8.2.1993 wurde zwischen dem Kärntner Straßenbaureferenten, Landeshauptmannstellvertreter Ing. Matthias Reichhold, und dem Villacher Verkehrsreferenten, Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe, darüber Einigung erzielt, daß während den Sanierungsarbeiten an der Kriegsbrücke eine Behelfsbrücke mit zwei Fahrstreifen und Gehweg auf Kosten des Landes errichtet wird.

Die Standortfrage wurde noch offen gelassen. Die Stadt Villach sollte ihren Einfluß auf das Land wahrnehmen und den Standort der Behelfsbrücke in der Form vorschlagen, daß diese auch nach der Brückensanierung eine Weiternutzung zur Entlastung des Verkehrs auf der Ossiacherzeile sichert.

Die unterzeichneten ÖVP-Gemeinderäte fordern in einem Dringlichkeitsantrag, der Gemeinderat der Stadt Villach möge den Standort der Behelfsbrücke auf der Höhe Reitschulgasse zwischen Zentralfriedhof und Kläranlage dem Land vorschlagen, um diese als Zwischenlösung bis zur Realisierung der geforderten vierten Draubrücke nutzen zu können.

Die Debatte zur Frage der Dringlichkeit wird eröffnet.

Stadtrat Ing. Truppe führt aus, daß es, wie bereits bekannt, ein Gutachten gibt. Dieses besagt, daß die Kriegsbrücke dringend sanierungsbedürftig ist. Es gibt keinen der heute zu einem weiteren Hinausschieben der Sanierungsarbeiten bereit wäre. Es ist ursprünglich fest-

gelegt worden, daß die Sanierungsarbeiten im Herbst 1993 beginnen sollten. Nach neuerlichen Gesprächen wird jetzt endgültig mit der Sanierung im Winter/Frühjahr 1994 begonnen. Nach massiven Protesten aus verschiedenen Bereichen ist es gelungen, doch den Straßenbaureferenten des Landes von der Absicht abzubringen, die Kriegsbrücke ohne Ersatzlösung zu sanieren. Es wurde ein Übereinkommen getroffen, eine Ersatzbrücke mit einer Kostensumme von S 12 Mio. in Villach zu errichten. Nachdem die Ausschreibungen für diese Sanierungsarbeiten in den nächsten 14 Tagen vorbereitet werden müssen ist es dringend erforderlich, die Standortfrage zu bestimmen. Es sollte das Land Kärnten der Stadt Villach den Standort nicht vorschreiben, sondern es sollte die Stadt Villach mitreden können und es sollte vor allem die Stadt Villach auch mitbestimmen können, wo eine Ersatzbrücke errichtet wird. Die Dringlichkeit ist deshalb gegeben, weil in den nächsten 14 Tagen mit den Vorbereitungen der Ausschreibung begonnen werden muß.

Stadtrat Smoliner stellt fest, daß vor zwei Tagen endlich eine Entscheidung gefallen ist, die in dieser Form, nämlich Errichtung einer Ersatzbrücke, von der SPÖ-Fraktion immer gefordert und vertreten wurde und das gemeinsam mit der ÖVP-Fraktion. Es darf daran erinnert werden, daß es der Bürgermeister war, der gemeinsam mit der Handelskammer eine Initiative unternommen hat und in Anbetracht der Notwendigkeit für die Villacher Wirtschaft auf dieser Lösung mit Ersatzbrücke bestanden hat. Es wurde mit großer Beharrlichkeit diese Zielvorstellung der Errichtung einer Ersatzbrücke verfolgt. Es wurde Druck ausgeübt und dieser hat Erfolg gezeitigt. Etwas überrascht ist er davon, daß sein Kollege Stadtrat Ing. Truppe einen Dringlichkeitsantrag einbringt und zwar konkret mit einer Situierung dieser Ersatzbrücke in einem Bereich, der zumindest zu diskutieren ist. Er wird aber nicht nur mit dem

Gemeinderat, sondern auch mit den Bürgern, mit den Betroffenen, zu diskutieren sein. Er möchte in Erinnerung rufen, daß alle gemeinsam es waren, die in Anbetracht der Notwendigkeit oder auch Nicht-Notwendigkeit einer Südosttangente gefordert haben, Bürgerinitiativen in die Entscheidungsfindung miteinzubinden. Alle gemeinsam waren es die gefordert haben, eine offene Planungsgruppe Bürgerinitiativen, Stadt Villach, Land Kärnten zu errichten. Die Bürgerinitiative und die Planungsgruppen haben sehr positive Leistungen erbracht. Er muß nun zur Kenntnis nehmen, daß der Planungsstadtrat die Absicht hat, diese Bürgerinitiativen im kalten Wege zu entmündigen und durch einen Beschluß des Gemeinderates einen Standort fixiert, von dem er nicht überzeugt ist, daß die Bürgerinitiativen damit konform gehen. Er möchte trotzdem noch dringend ersuchen, diesen Vorschlag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen und auch, daß dieser Antrag mit der gebotenen Eile, die hier vorliegt, behandelt wird. Aber er hält es nicht für sinnvoll, daß auf kaltem Wege Bürgerinitiativen und Planungsgruppen ausgebremst werden. Er hält es auch deswegen nicht für sinnvoll, weil in der Zwischenzeit Verkehrsgutachten von Dr. Sammer und D.I. Kermer eingeholt wurden, eine Verkehrsanalyse und Verkehrskonzepte, die immerhin S 3 Mio. kosten und die durch die Präjudizierung der Standortfixierung im Gemeinderat mehr oder weniger über Nacht zur Makulatur werden könnten. Er möchte in Erinnerung rufen, daß es vielleicht doch Versäumnisse von Stadtrat Ing. Truppe in den letzten Wochen und Monaten waren, in denen er Zeit gehabt hätte, über einen möglichen Standort der Ersatzbrücke nachzudenken und in den Kollegialorganen darüber zu diskutieren, um so ein schubladenfertiges Projekt hervorziehen zu können. So hätte er in dieser Gemeinderatssitzung bereits seine Vorstellungen präsentieren können. Hier besteht der Beiname für Stadtrat Ing. Truppe, Truppe der Zögerer, zurecht. Er ist für seine Fraktion

nicht bereit, die Versäumnisse von Stadtrat Ing. Truppe in der Vergangenheit durch Hektik bei der Beschlußfassung auszugleichen. Auch Umweltstadtrat Ing. Klamt ist aufgerufen, da er in dieser Planungsgruppe mitarbeitet, Farbe zu bekennen. Die Errichtung oder die Standortbestimmung einer Ersatzbrücke ist im höchsten Maße umweltrelevant und hier kann Stadtrat Ing. Klamt seine Meinung einbringen. Er sollte gemeinsam mit der SPÖ-Fraktion die Meinung vertreten, daß dieser Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen und die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen ist.

Gemeinderat Mag. Haider ist der Meinung, daß dieser Antrag eigentlich eine Ungeheuerlichkeit und eine Schweinerei ist. Er ist fachlich und moralisch eine Katastrophe. Es gibt eine offene Planungsgruppe, es gibt die Bürger von Perau, die an dieser offenen Planungsgruppe teilnehmen. Es wurden Dr. Sammer und D.I. Kermer engagiert und Millionen von Schilling für eine Verkehrsstudie ausgegeben, die letztenendes feststellen soll, ob die Stadt Villach eine Südosttangente braucht, welche Alternativen angeboten werden können und ähnliches. Stadtrat Ing. Truppe will durch diesen Antrag faktisch die Südosttangente vorwegnehmen, denn genau dort, bei der Reitschulgasse, soll sie letztenendes hinkommen. Genau dort will Stadtrat Ing. Truppe jetzt diese Brücke haben, für zwei Spuren und zwei Fußgängerspuren ebenfalls. Da verliert man als Politiker jede Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit. Denn die Bewohner der Perau werden nur noch den Kopf darüber schütteln, wie man so etwas machen kann. Dieser Antrag sollte der normalen Geschäftsordnung zugeführt werden. Sicher wäre es günstig eine Brücke zu haben, die man anschließend weiterverwenden kann. Daher war der Vorschlag der VIG-Fraktion, und der sollte geprüft werden, eine Brücke hinüber zum Gasthof Putik im Bereich

der Kelagsiedlung zu errichten, die später als Radfahr- und Fußgängerbrücke und vielleicht auch für den Busverkehr verwendet werden könnte. Diese Möglichkeit hätte Stadtrat Ing. Truppe wirklich schon prüfen können, denn das will auch die Bürgerinitiative Peral, das wollen die Bewohner dort. Das wäre eine Brücke, die anschließend eine sinnvolle Nutzung ermöglicht.

Stadtrat Ladstätter führt aus daß die Kriegsbrücke den Gemeinderat der Stadt Villach schon seit Herbst 1992 beschäftigt. Es hat bereits sehr heftige Diskussionen über die Kriegsbrücke gegeben. Die Mehrheitspartei hat es natürlich sehr gut verstanden, sofort ihn als Tourismusreferenten im Zusammenhang mit der Kriegsbrücke ins Gespräch zu bringen. Die bekannten Redner der SPÖ-Fraktion, wenn es um solche Dinge geht, haben sich auch schon in dieser Sitzung zu Wort gemeldet. Die Entscheidungsfindung für den zuständigen Referenten auf Landesebene hat sich dieser sicherlich nicht leicht gemacht. Aber nachdem auch aus Villach Wünsche deponiert worden sind, hat der Referent ein Gutachten in Auftrag gegeben, um seine Entscheidung auf sachlicher Ebene zu treffen. Am 8.2.1993 lag das Gutachten von Dr. Sammer und D.I. Kermer vor. Es sieht für die Lösung Kriegsbrücke vier Varianten vor. Die Variante eins ist Ersatz der Kriegsbrücke während der Sanierungszeit, Behelfsbrücke mit zwei Fahrstreifen usw. Variante zwei ist die Aufrechterhaltung der Befahrbarkeit der Kriegsbrücke während der Sanierungszeit durch einen Fahrstreifen mit wechselseitiger Befahrung in beiden Richtungen und Lichtsignalregelungen. Variante drei enthält die totale Sperre der Kriegsbrücke während der Sanierungszeit ohne Ersatzbrücke und die Variante vier die halbseitige Sanierung der Kriegsbrücke in Etappen, damit ein Fahrstreifen befahrbar bleibt. Zusätzlich wird ein Einbahnverkehr auf den Brücken geführt werden. Das

waren die vier Varianten, die analysiert wurden und vorgeschlagen worden sind. Die Gutachter haben dann auch die Verkehrsbelastung der B 100, der Alpen-Adria-Brücke, der Stadtbrücke und der Südautobahn mituntersucht. Sie sind, statistisch belegbar, von einer Belastung von rund 30.000 Bewegungen ausgegangen. Die Verkehrsstromanalyse, also der Villacher Verkehr, hat ergeben, daß eine totale Sperre nicht vertretbar wäre. Am 8.2.1993 wurde daraufhin in einem Gespräch bei Landeshauptmannstellvertreter Ing. Reichhold die Entscheidung getroffen, daß er sich für die Errichtung einer Behelfsbrücke entschieden hat. Es sieht so aus, daß es auch bei der Variante eins mit der Ersatzbrücke, die nun zum Tragen kommt, zu gewissen Verkehrsbelastungen, zu kleinen Stauentwicklungen, in Villach kommen wird. Das hat er auch bei einer Pressekonferenz in Klagenfurt gesagt. Die Variante eins mit der Ersatzbrücke sieht vor, daß eine zweispurige Ersatzbrücke vom Wirth-Parkplatz über die Drau Richtung Mitterlingpark, angrenzend an die Sportanlage des Villacher Turnvereines errichtet wird. Die Nachnutzung für diese in Auftrag zu gebende Behelfsbrücke ist ebenfalls gesichert. Ihn persönlich bedrückt die Formulierung des Antrages der ÖVP Fraktion sehr stark wenn es heißt, daß in einer Arbeitssitzung zwischen dem Kärntner Straßenbaureferenten, Landeshauptmannstellvertreter Ing. Matthias Reichhold, und dem Villacher Verkehrsreferenten, Stadtrat Ing. Truppe, darüber Einigung erzielt wurde, daß während der Sanierungsarbeiten an der Kriegsbrücke eine Behelfsbrücke mit zwei Fahrstreifen und Gehwegen auf Kosten des Landes errichtet werden wird. Die Standortfrage wurde noch offen gelassen. Und das ist, gelinde gesagt, aus seiner Sicht eine Unwahrheit. Es ist eine Unwahrheit, die entweder bewußt oder unbewußt so verfaßt wurde. Oder es paßt die Information innerhalb der ÖVP-Fraktion nicht. Denn die Standortfrage wurde ebenfalls mit diesem Gutachten bekanntgegeben. Es ist einfach

ungeheuerlich wenn man versucht, eine für Villach zufriedenstellende Lösung zu erwirken und dann die Standortfrage wieder in Zweifel gezogen wird. Er hat zum Glück eine Zeitung vom 19.11.1992 zur Hand mit den Überschriften "Katze im Sack" und "Kriegsbrückendiskussion". Darin wird eigentlich klar analysiert, wie ÖVP-Stadtrat Ing. Truppe mit allen legalen Mitteln versucht, bei seiner Tangentenlösung weiterzukommen. Es wurde in dieser Zeitung geschrieben: "Er ging zu den Grundbesitzern und wollte eben dort Pachtverträge auf 20 Monate abschließen." Und dann schreibt diese Zeitung folgerichtig weiter: "Eine Brücke, die so aufwendige Anfahrtswege braucht, kann nie und nimmer weggerissen werden." ÖVP-Stadtrat Ing. Truppe versucht seiner Idee, die Tangente dort durchzuziehen, mit irgendeinem Schritt oder einem Zug zum Durchbruch zu verhelfen. Er ist zutiefst betroffen. Seine Fraktion weiß, daß er in den letzten Monaten sehr intensiven Kontakt mit Landeshauptmannstellvertreter Ing. Reichhold gehabt hat. Er hat ein Exemplar der "Kärntner Nachrichten" mitgebracht, worin er bereits klipp und klar gesagt hat, wohin der Weg der FPÖ-Fraktion geht: "Villachs Clubobmann Walter Ladstätter auf die Problematik der Kriegsbrückensperre angesprochen, versichert der aufgeschlossenen Jugend, daß wir von Villach aus, die für Villach günstigste Lösung anstreben werden." Das war bei einem Jugendbürgerempfang. Zwischenzeitig ist das Gutachten von Dr. Sammer mit allen Eckdaten vorhanden und deshalb wird die FPÖ-Fraktion diesem Dringlichkeitsantrag nicht die Zustimmung geben.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ist tief entsetzt. Da geht es um einen Vertrauensbruch innerhalb des Gemeinderates, wobei es kein zweites Beispiel ähnlicher Art bisher gegeben hat. Sie möchte von Stadtrat Ing. Truppe jetzt wissen, ob dieser am 8.2.1993 bei dieser Sitzung im Auftrag der Stadt Villach in Kla-

genfurt anwesend war und ob dort vom Landesstraßenbaureferenten bzw. den Gutachtern die eben zitierten Varianten vorgestellt worden sind. Hat Stadtrat Ing. Truppe dieses Wissen um die Varianten dem Planungsausschuß, den Bürgerinitiativen und dem Gemeinderat vorenthalten? Hat Stadtrat Ing. Truppe gegen die Entscheidungen dieser Gutachter, gegen den Entscheid des Landes Kärnten versucht, alle diese Varianten in einer beispiellos undemokratischen Art außer Kraft zu setzen, indem er über einen Dringlichkeitsantrag seinen Vorschlag durchbringen wollte? Sie nimmt an, daß das auch deshalb erfolgt, weil wahrscheinlich bei einer geschäftsordnungsgemäßen Behandlung keiner der im Haus tätigen Fachbeamten, die schließlich alle mitbeteiligt und mitbefaßt sind, so einen Amtsvortrag mitunterschrieben hätte. Haben die ÖVP-Gemeinderäte, die alle diesen Dringlichkeitsantrag mitunterschrieben haben, davon gewußt, daß sie da einen Dringlichkeitsantrag stellen und eine dringliche Entscheidung gegen die Aussagen und schriftlichen Gutachten der Landesgutachter und gegen das, was im Land Kärnten beschlossen wurde, herbeiführen wollen? Sie hätte gerne eine Antwort auf diese Fragen.

Gemeinderat Mag. Raup muß sich als Vorsitzender des Planungsausschusses Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher dahingehend anschließen, daß hier ein Vertrauensbruch begangen wurde. Es wurden irgendwelche Verhandlungen geführt und obwohl er noch letzte und diese Woche mit Stadtrat Ing. Truppe über den nächsten Planungsausschuß und über den nächsten Termin gesprochen hat, wurde von Stadtrat Ing. Truppe mit keinem Wort erwähnt, daß hier von Seiten des Landes eine Entscheidung über die Brücke gefallen ist. Das Thema Brücke wurde überhaupt nicht berührt in diesen Gesprächen. Es scheint so, daß hier tatsächlich unter der Decke und in einem Schnellsieungsverfahren etwas durchgezogen werden sollte. Der ange-

sprochene Vertrauensbruch ist überhaupt, daß der Planungsausschusses völlig überrumpelt hätte werden sollen. Er wehrt sich vehement gegen diese Vorgangsweise und möchte in Zukunft, daß ihm über Besprechungen ein Stichwortprotokoll zur Verfügung gestellt wird, damit er als Vorsitzender des Planungsausschusses weiß, was der Referent mit seinen Fachbeamten auch zwischendurch gesprochen hat. Diese Vorgangsweise wurde schon mehrmals ausdrücklich gefordert. Seit einem halben Jahr ersucht er um eine Nachlieferung dieser Protokolle. Auch hier ist Stadtrat Ing. Truppe sehr säumig gewesen und es muß festgestellt werden, daß die wesentlichen Dinge, wie beispielsweise Ergebnisse einer offenen Planungsgruppe oder wie weit die Studie D.I. Kermer gediehen ist, im Planungsausschuß nicht zur Sprache gekommen sind. Sie wurden von Stadtrat Ing. Truppe nicht auf die Tagesordnung genommen und Anfragen in diese Richtung ausweichend oder nicht beantwortet. Er hofft, daß der Dringlichkeitsantrag in dieser Sitzung nicht behandelt werden kann, da einfach zu durchsichtig ist, was hier vorgehen sollte. Er möchte aber auch noch daran erinnern, daß in der Frage der Kriegsbrücke in der Handelskammer von Stadtrat Ing. Klamt Phantasielösungen vorgeschlagen wurden. Er ist froh, daß Landeshauptmannstellvertreter Ing. Reichhold nicht diese Phantasielösung gewählt hat, sondern die Ersatzbrücke. Es wurde damals vorgeschlagen, den Verkehr wieder über den Hauptplatz zu führen.

Gemeinderat Samnitz hat Stadtrat Ing. Truppe eigentlich immer für einen sehr seriösen Politiker gehalten und immer dessen Sachkompetenz, die er an den Tag gelegt hat, bewundert. Aber heute ist er bitter enttäuscht. So, wie es nun aussieht, hat Stadtrat Ing. Truppe nicht nur den Planungsausschuß hinters Licht geführt, sondern wollte wahrscheinlich auch den gesamten Gemeinderat hinters Licht führen. Was noch erschreckender ist, ist die

Frage der Bürgerinitiativen der betroffenen Bevölkerung. So geht es nicht. In dieser Sitzung sind schon sehr viele Rücktrittsforderungen gekommen, doch das wäre normalerweise für einen Rücktritt reif.

Gemeinderat Mag. Maurer stellt fest, daß nun die Karten auf dem Tisch liegen. Das ist nun bereits der zweite Versuch. Der erste Versuch, eine Brücke ohne die notwendigen Maßnahmen einfach in die Landschaft zu stellen, fand mit Hilfe des Landeshauptmannes bei der besagten Diskussion in der Handelskammer statt. Es sollte der Verkehr in ein Gebiet gezogen werden, das wirklich als Wohngebiet erster Ordnung anzusehen ist. Das gilt für den Verkehr, der durch Magdalen herein, von der Magdalener Straße und der Ossiacher Zeile hinaus und dann in die Perau, in die Ludwig-Walter-Straße, die ebenfalls jetzt schon tagtäglich unter einem Verkehrsinfarkt zu leiden hat, oder in die Burgenlandstraße übergeleitet wird. Diese Vorgangsweise wurde jetzt zum zweiten Mal mitverfolgt. Er möchte diesem Antrag die Dringlichkeit aus dem Grund nicht geben, weil er sehr interessiert daran ist, daß dieser Antrag der amtsmäßigen Behandlung zugeführt wird. In dieser Zeit kann man der Bevölkerung und den Bürgerinitiativen klarlegen, was hier eigentlich passieren hätte sollen oder können, wenn dieser Dringlichkeit die Zustimmung erteilt worden wäre. Diese Ersatzlösung einfach ohne ein dementsprechendes Straßennetz und ohne eine Weiterführung einfach mitten in die Landschaft zu stellen, das ist eine Sache, die wirklich eine Frechheit darstellt, wie er selbst sie auch noch nicht kennengelernt hat. Doch es ist, wie gesagt, nicht der erste Versuch, sondern es sind schon mehrere Versuche dieser Ordnung gestartet worden.

Stadtrat Ing. Klamt führt aus, daß er früher darauf angesprochen wurde, daß er als Umweltreferent bei großen Themen nicht so mitspricht. Es ist eben so, daß der Umweltreferent weiter in die Zukunft denken muß und es ist eben so, daß dazu eine gewisse Phantasie und wahrscheinlich auch eine Kreativität gehört, was vermutlich nicht die Stärke der SPÖ-Fraktion ist. Für ihn ist wichtig, wie er immer zum Ausdruck gebracht hat, daß man die Reparatur der Kriegsbrücke und die Südosttangente voneinander abkoppelt. Das war für ihn ein ganz wesentlicher Punkt. Man hat eine Arbeitsgruppe gegründet. Professor Dr. Sammer ist der Garant dafür, daß alles, was irgendwie modern und zukunftssträchtig ist, miteinfließt. Es hat in der Handelskammer eine Debatte stattgefunden, bei der ein Krisenszenario heraufbeschworen worden ist. Er will sich darüber jetzt nicht weiter auslassen. Etwas ist klar. Der FPÖ-Clubobmann hat sich wirklich eingesetzt, hat mit dem Landesstraßenreferenten gesprochen und ist zu einer Lösung gekommen. Obwohl es eine Bundesstraße ist, kann man sie nicht einstürzen lassen. Es ist auch Landeshauptmannstellvertreter Ing. Reichhold verpflichtet, die Steuermittel so günstig wie möglich einzusetzen. Daher ist klar, daß verschiedene Varianten untersucht werden. Jetzt ist man zu einer Variante gekommen, die wahrscheinlich auch nicht die billigste aber eine gute Variante für Villach und für die Villacher Bevölkerung ist. Es ist schon eigenartig, daß jetzt, wenn eine wirklich realisierbare Lösung da ist, von Stadtrat Ing. Truppe wieder etwas kommt und er mit dieser Lösung nicht zufrieden ist. Er macht etwas, wofür er schon einmal Prügel bekommen hat. Er sagt, daß er die Brücke dort haben möchte und damit ist die Südosttangente abgefahren.

Der dann ein Bürgermeister Manzenreiter möchte aus seiner Sicht feststellen, daß er in den Tagen seit dem 8.2.1993 von Stadtrat Ing. Truppe über das Verhandlungsergebnis in vollem Umfang nicht informiert worden ist, sondern Stadtrat Ing. Truppe ihm erklärt hat, daß es eine Brücke gibt, daß man aber noch nicht weiß, wo sie sein wird. Die Stadt Villach müsse versuchen, beim Land etwas zu erreichen. Die Tatsache, daß dies in einer Studie schon festgelegt und es Stadtrat Ing. Truppe bekannt ist, wurde von Stadtrat Ladstätter mitgeteilt. Daß diese Brücke nur oberhalb sein kann, ist für ihn vom Hausverstand her völlig klar. Diese Tatsache ist dem Bürgermeister und dem gesamten Gemeinderat vorenthalten worden. Das ist für ihn deshalb so ungeheuerlich, weil er sich über Parteigrenzen hinweg persönlich engagiert hat. Es sind hunderte Bürger, es ist die ganze Wirtschaft mobilisiert worden, es sind Bürgerinitiativen mobilisiert worden, die hohes Vertrauen in die die Villacher Standpunkte vertretenden Mandatare investiert haben. Es wird schwierig werden, die Südosttangente oder ähnliche Varianten irgendwann einmal zu beschließen. Aber wenn, dann geht es nur mit Vertrauen. Man hat hier gesehen, daß sich Villacher Bürger für ihre Stadt engagiert haben. Diese Bürger und den gesamten Gemeinderat jetzt so hinters Licht zu führen - über diese Vorgangsweise ist er persönlich entsetzt. Wenn manchesmal gefragt wird, warum es im Villacher Gemeinderat nicht so geht, dann hört er von verschiedenen Parteien immer wieder, daß der Bürgermeister schuld wäre. Das ist schon klar. Jetzt möchte er den Ball wirklich einmal zurückgeben und dringend dazu auffordern, diesem Antrag nicht die Dringlichkeit zuzuerkennen. Es kann nichts den Gemeinderat daran hindern, daß er sofort einen Planungsausschuß einberuft, daß dieser Planungsausschuß mit den Unterlagen, die dem gesamten Gemeinderat vorenthalten worden sind, konfrontiert wird und daß man von diesem Planungsausschuß

her dann eine Lösung findet, die die Zustimmung aller erhält. Wenn der Gemeinderat eine Chance hat, das Vertrauen der Bürger auch für zukünftige Lösungen zu bekommen, dann muß man mit diesen Bürgern reden und dann geht es nicht in einer Horuck-Geschichte. Die Frage der Südosttangente ist für diese Stadt etwas Lebensnotwendiges, sie wird Lebensqualität für die einen zerstören, wenn sie es behaupten, für die anderen wird sie unbedingt notwendig sein. Man muß eine Lösung in irgendeiner Form finden und kann das nicht auf diese Art und Weise durchführen. Es ist entsetzlich, was hier passiert ist.

Stadtrat Ing. Truppe versteht die entstandene Aufregung nicht. Wo ist da die Undemokratie, wenn eine Fraktion einen Dringlichkeitsantrag stellt? Es ist schon möglich, daß der Kollege Ladstätter bei seinem Parteifreund in Klagenfurt bereits an dem Tag vorher ein Zusammentreffen gehabt hat. Aber die eigentliche Arbeitssitzung, die war hier in Villach, im Straßenbauamt und hiezu wurde er vom Land Kärnten eingeladen. Hier ist es nicht um den Standort gegangen, sondern es ist darum gegangen, ob man eine Ersatzbrücke braucht, oder ob man sie nicht braucht. Die Untersuchungen und das Gutachten der beiden Zivilingenieure Dr. Sammer und D.I. Kermer haben die Befürchtungen der Stadt Villach, daß es ohne Ersatzbrücke nicht geht, unterstrichen. Jetzt ist von vier Varianten die Rede. Dabei geht es nicht um den Standort, sondern in den vier Varianten geht es darum, ob man eine Ersatzbrücke braucht oder nicht. Es gibt beispielsweise die Variante zwei, die Aufrechterhaltung der Befahrbarkeit der Kriegsbrücke mit einem Fahrstreifen, die besagt, daß die Stadtbrücke um etwa 46 % und die Alpen-Adria-Brücke um etwa 34 % mehr Kraftfahrzeuge aufnehmen müßten. Es geht also um diese Varianten, die zum Schluß das Ergebnis gebracht haben, daß es ohne Ersatzbrücke nicht geht und um nichts an-

deres. Er versteht die Fraktion der SPÖ im Hause überhaupt nicht. Er denkt an die Vergangenheit, an die Entscheidungsfreudigkeit hinsichtlich Tauernautobahn, hinsichtlich Draubermen. Er hat den Eindruck, daß wohl sehr viel von der Südosttangente gesprochen wird aber keiner wirklich ehrlich dahinter steht. Hier geht es um ein Provisorium, also um finanzielle Dinge, die das Land betreffen. Er ist davon überzeugt, daß er damit nicht in den Planungsausschuß muß. Es handelt sich hier um ein Projekt des Landes und die Sanierung wird vom Land durchgeführt. Es ist kein finanzieller Aufwand für die Stadt Villach damit verbunden. Man sollte die Gunst der Stunde nützen und die Möglichkeit schaffen, die Behelfsbrücke dort zu errichten, wo sie weitergenutzt werden kann, sodaß sie auch nach der Sanierung der Kriegsbrücke eine weitere Entlastung bringt. Diese Überlegung wäre vor allem für die Wirtschaft sinnvoll.

Stadtrat Smoliner hat vom Zögern gesprochen. Erst als er Referent geworden ist, wurde ein Planungsausschuß des Landes gegründet. Nun wird in diesem Ausschuß gearbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit wird erst in Monaten vorliegen. Deshalb ist es auch nicht möglich, schon konkrete Dinge bezüglich dieser Frage in den Planungsausschuß zu bringen. Jeder vernünftige Mensch hat gewußt, daß es ohne Ersatzbrücke nicht geht. Jetzt wurde erreicht, daß die Ersatzbrücke gebaut wird. Man sollte sehr rasch zu einem vernünftigen Standort kommen, der etwas mehr bringt, als daß die Behelfsbrücke nach zehn Monaten wieder abgetragen wird. Nicht nur er alleine, sondern auch die Fachleute des Landes sind dieser Auffassung. Deshalb wird ersucht, die Dringlichkeit dieses Antrages anzuerkennen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hätte gerne die Antwort auf ihre Fragen. War Stadtrat Ing. Truppe am 8.2. bei der Sitzung? Sind dort die vier Varianten vorgestellt worden? Sind sie der Fraktion der ÖVP bekannt gewesen, als sie den Dringlichkeitsantrag unterschrieben hat?

Stadtrat Ing. Truppe ist der Meinung, daß Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher etwas verwechselt. Es geht nicht um Varianten des Standortes, sondern es geht um die vier Varianten Ersatzbrücke, keine Ersatzbrücke, Einbahnverkehr auf der Alpen-Adria-Brücke und Kriegsbrücke und Aufrechterhaltung eines Fahrstreifens.

Stadtrat Ladstätter hat, wie allen bekannt ist, sehr gerne Sport betrieben. Dazu ist ihm etwas eingefallen. Ihm war eigentlich im Sport immer der lieber, der ihm beim Fußballspielen eins von vorne gegeben hat als einer, der ihm eins von hinten gegeben hat. So hat er auch diesen Antrag empfunden. Das ist, gelinde gesagt, der Versuch etwas durchzubringen, wogegen in Villach endlich eine Lösung vorhanden war, die alle anstreben. Es wird vorgebracht, daß die Besprechung am 8.2.1993 vormittags mit ihm, Landeshauptmannstellvertreter Ing. Reichhold und einigen Beamten des Landes anders als am Nachmittag war, bei der er nicht dabei war. Er weiß nur, daß die Beamten des Landes sich einhellig aus fachlicher Sicht der Variante eins angeschlossen haben. Und wenn in diesem Raum im Moment sehr viel versteckt und teilweise falsch gespielt wird, ohne dabei Namen zu nennen, dann sollte keiner noch falscher spielen, als er ist. Denn eines ist klar. Wenn Stadtrat Ing. Truppe das, was bis jetzt gesagt worden ist, am 8.2.1993 nicht mitbekommen hat, dann weiß er es zumindest ab 9.2.1993 aus der Kleinen Zeitung. In dieser ist wortwörtlich zu lesen: "Die Errichtung einer Behelfsbrücke

zwischen Wirth-Parkplatz und Mitterlingparkplatz für die Aufrechterhaltung des Verkehrs." Er ist persönlich, da in dieser Sitzung bereits über Ehrlichkeit, Offenheit und Referatsverantwortlichkeit diskutiert worden ist, zutiefst enttäuscht über das Verhalten von Stadtrat Ing. Truppe.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß dieser Artikel in der Kleinen Zeitung von allen gelesen worden ist. Die Information von Stadtrat Ing. Truppe war jedoch dahingehend, daß dies nicht bindend sei, sondern daß es noch die Chance gibt, etwas zu tun.

Gemeinderat Major Skedl führt aus, daß bereits lange über mögliche Standorte der Ersatzbrücke diskutiert worden ist. Es ist aber überhaupt nicht zur Sprache gekommen, daß es bereits seit mehreren Jahren sowohl beim Pionierbataillon als auch bei der Brückenbauabteilung des Landes Kärnten Pläne für den Katastrophenfall gibt, die eine Ersatzbrücke genau vom Wirth-Parkplatz auf die gegenüberliegende Seite vorsehen. Jetzt stellt sich die Frage, ob Stadtrat Ing. Truppe davon gewußt hat. Und wenn er davon gewußt hat, warum er bereits bestehende Pläne, die bereits vorliegen, nicht verwenden, sondern neue Pläne ausarbeiten lassen will, die Mehrkosten verursachen. Auch der Ansicht, daß für die Stadt Villach keine Kosten entstehen würden, kann er nicht folgen. Wenn das Land Kärnten vermehrt Kosten aufwenden muß, so sind das ebenfalls Steuergelder, die alle Villacher treffen.

Gemeinderat Plasounig war als Vertreter der Handelskammer Villach zu der Arbeitsgruppe Kriegsbrücke eingeladen. Er muß mit Verwunderung feststellen, daß Stadtrat Ladstätter und auch Bürgermeister Manzenreiter über ein Projekt bzw. über eine Planung der Ersatzbrücke und den Standort Bescheid wissen. Es wurde in dieser

Arbeitsgruppe über vier Varianten gesprochen. In der Zeitung steht immer wieder sehr viel, aber nicht immer das, was tatsächlich ausgearbeitet wurde. Variante eins: Ersatzbrücke mit zwei Fahrspuren, für die sich wirklich alle ausgesprochen haben. Variante zwei: eine Spur auf der Brücke, während der Bauphase. Variante drei: Totalsperre. Variante vier: ein Einbahnring, wobei eine Ersatzbrücke nur mit einer Spur gebaut werden sollte. Von den Bautechnikern und Planern wurden zwei Möglichkeiten der Ersatzbrücke in Erwägung gezogen. Einmal flußaufwärts, das in der Zeitung erwähnte Projekt, wobei hier zu bedenken kam, daß das Drauschiff und Baggerschiffe nicht fahren könnten. Die wahrscheinlichste Lösungsmöglichkeit für eine zweispurige Ersatzbrücke wurde erwähnt: flußabwärts, parallel zur Brücke, von der Polizei hinüber auf die andere Seite zu dem bestehenden Park, in dem von der Kirche noch alte Friedhöfe und auch Gruften bestehen. Da wurden dann die Bedenken geäußert, ob es möglich sein könnte, daß dort Schwierigkeiten von Seiten der Kirche mit dem Friedhof auftreten könnten, mit dem neu angelegten Park und drei Bäumen, die dort stehen, die dann für die Ersatzbrücke weichen müßten. Es wäre sicherlich die sinnvollste Lösung, flußabwärts die Ersatzbrücke zu bauen. Es ist auch davon gesprochen worden, daß bereits mit der Firma Krupp Verbindung aufgenommen wurde, um Träger anzuschaffen, die die Spannweite der Drau überbrücken könnten. Seine Bedenken was diese Lösung anbelangt, hat er bereits in der Arbeitsgruppe geäußert, auch wenn es die beste Lösung ist, weil der Verkehr am nächsten bei der Brücke bleibt und jede Umleitung zu einer Ersatzbrücke Stau, Verzögerungen im Verkehr und Unannehmlichkeiten für die Kraftfahrer verursacht. Bevor nichts gebaut wird, sollte man flußabwärts gehen und unter Umständen die derzeit in Diskussion befindliche Planung der Südosttangente in Erwägung ziehen, um etwas zu bauen. Es wäre sicherlich das beste, wenn es

möglich wäre, die Kriegsbrücke so zu sanieren, daß zwei Fahrstreifen aufrecht erhalten werden, um den Verkehr über die Brücke zu bringen. Es wäre für die Villacher und für den Verkehr absolut der beste Punkt. Nur gibt es derzeit nur einen Planer und einen Architekten der zusagt, daß es funktioniert, das wäre D.I. Aichholzer. Die Bautechniker des Landes Kärnten sind nicht der Meinung und bestreiten es. Sie sagen es ist nicht möglich, man kann nicht in einer Salamtaktik die Brücke sanieren. Folgedessen ist ihnen eine Totalsperre am liebsten. In der Arbeitsgruppe hat man sich dafür ausgesprochen, eine Ersatzbrücke flußabwärts in Erwägung zu ziehen und zu bauen. Es wurde aber kein anderer fixer Standort gewählt. Er hat mit Verwunderung in der Zeitung gelesen, daß der Bevölkerung ein anderer Standort mitgeteilt wurde. Er hat auch jetzt noch Bedenken, daß die Lösung des Standortes der Ersatzbrücke parallel zur Brücke flußabwärts überhaupt realisiert werden kann, da unter Umständen der Friedhof bzw. die Bäume dem im Weg stehen. Folgedessen wäre dann immer noch die bessere Lösung, bevor den Villachern eine Totalsperre ins Haus steht, eine Ersatzbrücke im Osten bzw. so wie Sie eingebracht wurde, bei der Reitschulgasse, zu bauen, damit sie dem Verkehr zur Verfügung steht. Dabei gibt es sicherlich Probleme, das ist ihm vollkommen bewußt, in der Ludwig-Walter-Straße und sicher Probleme in der Magdalener Straße. Es ist jedoch immer noch besser einen Teil des Verkehrs abzuleiten, als eine Totalsperre und keine Ersatzbrücke zu haben.

Bürgermeister Manzenreiter ist der Meinung, daß es in der Diskussion nicht darum geht. Es geht darum, daß der Stadt Villach ohne Vaterschaftsprozeß von Politikern, Kammern und Interessensvertretungen ein großer Erfolg gelungen ist. Man hat das Diktat Sperre ohne Ersatz nicht einfach zur Kenntnis genommen. Das ist ein großer

Erfolg für die Stadt Villach. Nun hat er mit Verwunderung festgestellt, daß dieses Werk in 14 Tagen bereits ausgeschrieben wird. Das war auch der Grund, warum der Gemeinderat jetzt schon entscheiden sollte. Jetzt wird dieses Werk wieder gefährdet, indem wichtige Unterlagen für die Behandlung dieses Antrages vorenthalten werden. Wenn Stadtrat Ladstätter diese Unterlagen nicht gehabt hätte, hätte der Gemeinderat diese nicht zu Gesicht bekommen und hätte nichts darüber gehört. Denn in der Wortmeldung hat Stadtrat Ing. Truppe, er hatte die erste Wortmeldung, davon, was diese Unterlagen enthalten, nichts berichtet. Die demokratiepolitisch problematische Sache ist die, daß dem Gemeinderat Unterlagen vorenthalten worden sind, die er jetzt durch Zufall bekommen hat, weil sie innerparteilich weitergegeben worden sind, daß er über die Situation insgesamt nicht informiert worden ist und daß in 14 Tagen das Projekt ausgeschrieben wird und möglicherweise in dieser Sitzung ein Beschluß gefaßt worden wäre, aufbauend auf ein Vertrauen, daß er zu Stadtrat Ing. Truppe eigentlich hat. Aufbauend auf ein Vertrauen, daß das alles wieder in Frage gestellt hätte. Das Land Kärnten hätte mit der Stadt Villach wieder Katz und Maus spielen können. Darum geht es. Alles andere, die fachliche Meinung von Gemeinderat Plasounig und ähnliches, wird von ihm geachtet und nicht in Frage gestellt. Es geht darum, daß Unterlagen vorenthalten werden und etwas beschlossen werden soll, wobei der Gemeinderat nachher gesagt hätte, daß er hinters Licht geführt worden ist.

Gemeinderat Pfeiler stellt, abgesehen von der demokratiepolitischen Ungeheuerlichkeit, fest, daß sich Planungsstadtrat Ing. Truppe in seiner letzten Wortmeldung auch etwas verraten hat. Er hat sich demaskiert. Er trauert der Zeit nach, wo Autobahnen gebaut wurden und mit diesen Entscheidungen die Bevölkerung überrollt wurde.

Er trauert einer straßenbaupolitischen Philosophie nach, die eigentlich von gestern war, wo man mit Betonbändern über Natur und Menschen hinweggefahren ist und eigentlich auf demokratiepolitische und auf die Bedürfnisse der Menschen keine Rücksicht genommen hat. Diese Zeit ist Gott sei Dank vorbei und er denkt nicht, daß man Planungsaufgaben der Zukunft mit dem Geist der Vergangenheit, nämlich daß man Menschen von der Entscheidung um ihre Lebensumwelt ausschließt, wird lösen können.

Gemeinderat Mag. Henhapl führt aus, daß Gemeinderat Pfeiler noch nie einen größeren Blödsinn geredet hat. Er war in diesem Gemeinderat, da lag Gemeinderat Pfeiler wahrscheinlich noch in den Windeln. Ganz gleich jetzt, ob das Stadtrat Regger war, ob das Gemeinderat Samitz war oder ob das auch die Gemeinderäte und Stadträte der SPÖ-Fraktion waren, diese Autobahnen wurden billiger beschlossen und sie sind nun da. Und kein Mensch regt sich mehr auf. Zum Unterschied zu den Klagenfurtern, die jetzt noch die Grausbirnen haben. Das gleiche gilt auch für die Bermen. Warum ist denn ein Bürgermeister zurückgetreten? Aus Angst, daß etwas passieren könnte. So war das. Es wurde aber doch zugestimmt. Man hat das genau geprüft und die Stadt Villach hat die schönsten Uferlandschaften und die schönsten Erholungswege. Deswegen war das, was Gemeinderat Pfeiler vorgebracht hat, ein Blödsinn.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß auch er bereits einige Zeit mit Gemeinderat Mag. Henhapl im Gemeinderat sitzt. Gemeinderat Mag. Henhapl hat eines vergessen. Bis auf die Maria Gailer Seite ist das Projekt damals auch von allen Parteien gemeinsam getragen und mit dem Bürger über die Planung gesprochen worden. Das sollte angesprochen werden. Betonieren heißt einfach in die

Landschaft stellen, ohne mit jemandem zu reden. In dieser Sitzung sollte über die Meinung anderer hinwegentschieden werden. In der Schütt haben alle Parteien mit dem Bürger gesprochen. Das war überhaupt die Grundlage, auch in Landskron.

Gemeinderat Hinterleitner möchte nicht in Polemik verfallen. Es ist in diesem Bereich so ausführlich eine zweite Schiene angeschnitten worden. Es ist viel diskutiert worden. Warum will man eigentlich eine Variante, die durch den Dringlichkeitsantrag aufgetreten ist, nämlich eine Doppelnutzung in der Erstellung einer Behelfsbrücke, nicht diskutieren? Nur diese Frage stellt sich und nicht die, daß ein Beschluß gefaßt wird und die Brücke in irgendeinem Bereich gebaut wird. Es stellt sich die Frage, warum man sich mit der Doppelnutzung nicht auseinandersetzen kann. Und da dies aus Zeitgründen nicht verzögert werden darf, bezweckt der Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion nur, daß über dieses Thema geredet wird, ohne daß man die Lukrativfrage diskutiert, wenn es um eine Sachfrage dieser Behelfsbrücke in der Doppelnutzung geht.

Bürgermeister Manzenreiter kann Gemeinderat Hinterleitner nicht zustimmen. Wenn Stadtrat Ladstätter nicht Unterlagen über seinen Parteifreund gehabt hätte, eine Studie zu diesem Thema, dann wäre sie heute dem Gemeinderat vorenthalten worden und dieser hätte, aufbauend auf ein Vertrauen, möglicherweise zugestimmt. Das ist das, was demokratiepolitisch bedenklich ist. Man hätte jetzt wochenlang Zeit gehabt, diese Dinge vorzubringen.

Gemeinderat Dr. Ertl bringt vor, daß Stadtrat Smoliner die Dringlichkeit bereits abgelehnt hat. Die ÖVP-Fraktion hat eine dringliche Anfrage gestellt und er sieht nicht ein, warum hier die Tatsachen verdreht werden sollen.

Bürgermeister Manzenreiter wiederholt, daß Stadtrat Ing. Truppe diese Studie dem Gemeinderat gegenüber bei seiner Begründung für die Dringlichkeit nicht erwähnt hat.

Gemeinderat Mag. Haider ist ebenfalls dieser Meinung. In den nächsten 14 Tagen muß das Projekt ausgeschrieben werden. Wenn es ausgeschrieben wird, muß auch der Standort festgelegt werden. Wie soll das in 14 Tagen geschehen? Wer wird jetzt den Standort festlegen? Es wird hoffentlich wohl der Planungsausschuß einberufen werden. Stadtrat Ing. Truppe will den Planungsausschuß nicht einberufen, obwohl er dieses Problem durchaus mit dem Gemeinderat diskutieren will. Warum hat der Planungsausschuß damit nichts zu tun? Wer wird das jetzt entscheiden? Stadtrat Ing. Truppe ganz alleine? Das sollte jetzt geklärt werden.

Stadtrat Ing. Truppe versteht die Empfindlichkeit nicht, die im Saal ist. Es könnte auch passieren, daß die Stadt Villach keine Ersatzbrücke hätte. Das liegt auf der Ebene des Landes und des Bundes aber nicht im Bereich der Gemeinde. Es ist nur dem Einsatz zu verdanken, daß überhaupt eine Ersatzbrücke gebaut wird, das sollte klargestellt werden. Man muß damit nicht in einem Planungsausschuß der Gemeinde Villach. Er wollte nur eine breite Zustimmung für einen Standort, der dann empfohlen werden kann. Es kann in Villach nicht beschlossen werden. Das ist eine Sache des Landes. Der vorgeschlagene Standort

der ÖVP-Fraktion bringt die Doppelnutzung, die sinnvoll und wirtschaftlich ist. Scheinbar will man von Wirtschaftlichkeit wenig wissen in dieser Stadt. Er hofft, daß Gemeinderat Skedl nun dahingehend aufgeklärt ist, daß es sich hier um keine Planung der Stadt Villach handelt und diese deshalb auch keinen Schilling in dieser Frage auszugeben hat. Bürgermeister Manzenreiter ist der Meinung, daß er nichts von der Studie weiß. Die Studie besagt nur, daß eine Ersatzbrücke gebraucht wird und nicht mehr. Da ist von Vorenthalten überhaupt keine Spur.

Gemeinderat Dr. Assmann ist es unverständlich, warum der Planungsausschuß damit nicht befaßt werden soll. Es wird im Endeffekt auf Stadtgrund gebaut. Das bedeutet seiner Meinung nach, daß der Planungsausschuß rechtlich zuständig ist.

Frau Gemeinderätin Steinkellner ist der Meinung, daß Stadtrat Ing. Truppe versucht hat, dem Gemeinderat ein Ei zu legen und gehofft hat, daß daraus die Henne Südosttangente schlüpft. Das ist leider die Tatsache.

Gemeinderat Plasounig berichtet, daß in der Arbeitsgruppe, in dem Planungsbeirat, folgender Entschluß gefaßt bzw. folgende Empfehlung abgegeben worden ist, damit auch die Ausschreibung so erfolgen kann. Während der Bauphase haben dem Verkehr zwei Fahrstreifen zur Verfügung zu stehen. Ob der Generalplaner und der Baumeister, die diese Arbeiten durchführen, das Problem mit einer Ersatzbrücke, lösen, wobei hiefür die Empfehlung abgegeben wurde, diese flußabwärts parallel zur Brücke zu bauen, oder ob es so gelöst wird, daß Fahrspuren auf der Brücke befahrbar bleiben, das sei dahingestellt. Diese Empfehlung wurde hinausgegeben. Es wurde aber in keinster Weise in

dieser Arbeitsgruppe festgelegt, ob die Ersatzbrücke flußaufwärts oder an irgendeinem anderen Standort gebaut werden sollte, sondern lediglich, daß zwei Fahrstreifen zur Verfügung stehen sollten.

Bürgermeister Manzenreiter möchte Baudirektor Dipl.-Ing. Pühringer, der bei dieser Besprechung anwesend war, als Auskunftsperson zuziehen.

BD Dipl.-Ing. Pühringer war bei dieser Planungssitzungsgruppe anwesend. Sie hat mit folgendem Ergebnis geendet. Es ist noch zu untersuchen, ob eine Variante auch unter Aufrechterhaltung des Verkehrs möglich ist, indem zwei Fahrspuren und ein Gehweg auf der Brücke selbst für den Verkehr zur Verfügung stehen würden, aber in unmittelbarer Nähe eine Ersatzbrücke zu errichten ist. In unmittelbarer Nähe deswegen, weil der Widerstand der Verkehrsströme in unmittelbarer Nähe am geringsten ist und so der Verkehrsfluß Ossiacher Zeile am besten aufrechterhalten werden kann. Das war das Ergebnis dieser Planungsbesprechung.

Bürgermeister Manzenreiter führt an, daß der Gemeinderat nun authentisch mitgeteilt bekommen hat, was das Ergebnis der Planungsbesprechung war. Entweder wird der Verkehr auf der Brücke aufrechterhalten und wenn das nicht geht, und das geht technisch nicht, soll in unmittelbarer Nähe flußaufwärts eine Ersatzbrücke gebaut werden. Jetzt verstehen die Mitglieder des Gemeinderates vielleicht, warum man ein bißchen entsetzt ist, wenn einem das nicht mitgeteilt wird.

Gemeinderat Mag. Henhapl stellt fest, daß Bürgermeister Manzenreiter auch von einem der höchsten Beamten der Stadt Villach nicht informiert worden ist. Er

richtet die Frage an Stadtrat Ing. Truppe, ob Baudirektor Dipl.-Ing. Pühringer bei dieser Besprechung anwesend war und ob dieser ebenfalls über die Sachlage informiert ist.

Bürgermeister Manzenreiter will wirklich freundlich sein. In der Frage hat Baudirektor Dipl.-Ing. Pühringer ihm gegenüber keine Berichtspflicht, denn das ist eine Angelegenheit des Landes. Die Berichtspflicht hätte Stadtrat Ing. Truppe schon am Vormittag im Stadtsenat gehabt. Das ist überhaupt keine Frage. Baudirektor Dipl.-Ing. Pühringer hat auch keinen Antrag unter falschen Voraussetzungen und unter Hintanhaltung einer wichtigen Information eingebracht und er hat nicht versucht, etwas zu ändern.

Gemeinderat Hinterleitner möchte an die Worte von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erinnern die gesagt hat, es ist über ein paar Millionen Schilling zweieinhalb Stunden diskutiert worden. Es gibt die Möglichkeit, eine Doppelnutzung zu erzielen, deshalb wurde auch der Dringlichkeitsantrag eingebracht. Es geht auch um wirtschaftlichen Aspekte, um mehrere Millionen Schilling. Es muß festgehalten werden, wieviel die Behelfsbrücke kosten wird, egal, ob das Land oder die Stadt zahlt. Wenn all das mitberücksichtigt wird, dann stellt sich sehrwohl aus wirtschaftlichen Überlegungen die Frage, es handelt sich bei der Errichtung der Behelfsbrücke immerhin um S 12 Mio., ob man nicht den erwähnten Nutzen daraus ziehen sollte, um auch in der Folge daraus weitere Entwicklungen ableiten zu können. Im Grunde genommen haben sich alle verbal bereits zu einer Südosttangente bekannt, nur ist noch nicht sicher, wo sie geführt werden soll.

Bürgermeister Manzenreiter reizt es, aus fachlicher Hinsicht etwas zu sagen. Eine Brücke an einem eventuellen Standort Südosttangente, alte Planung, hätte keine Doppelnutzung. Sie hätte nur eine einfache Nutzung, nämlich die Südosttangente festzulegen. Andernfalls wäre sie nach Ansicht der Verkehrsplaner unwirksam was die Entlastung der Ossiacher Zeile betrifft, was auch bei der Diskussion in der Handelskammer schon von den Fachleuten vorgebracht worden ist. Es gibt keine Doppelnutzung. Sie hätte nur den Nutzen, daß sie in der grünen Landschaft steht, daß die Südosttangente vorprogrammiert wäre und den Nutzen oder Unnutzen, daß die Wohnbevölkerung in der Ludwig-Walter-Straße und in der Magdalener Straße bis zum Exzeß belastet werden würde. Die Wirtschaft in der Ossiacher Zeile, das ist ebenfalls unbestritten, hätte auch einen Unnutzen aus dieser Brücke, nämlich daß es dort eine Blindarmfunktion gäbe, die möglicherweise zwei Jahre, zumindest jedoch zehn Monate aufrechterhalten werden würde.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion),

dem Antrag der Fraktion der Österreichischen Volkspartei im Villacher Gemeinderat, den Standort der Behelfsbrücke auf der Höhe Reitschulgasse zwischen Zentralfriedhof und Kläranlage dem Land vorzuschlagen, die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen.

Da diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde, wird er

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 21.55 Uhr

Der Protokollführer:



(Karin Wernig)

Der Bürgermeister:

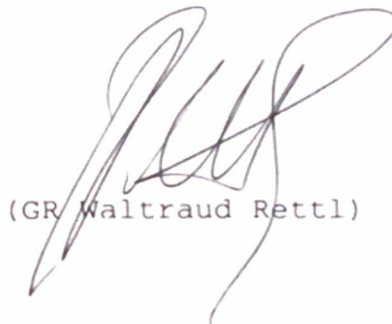


(Helmut Manzenreiter)

Der Protokollprüfer:



(GR Adolf Kopeinig)



(GR Waltraud Rettl)